

links

Sozialistische Zeitung

Verlagsort: Offenbach
Nr. 0 - 4/69 - DM 1,20

Arno Klönne Europa der Militärs und Monopole

In der Bundesrepublik selbst nahm man es kaum zur Kenntnis: In einem Interview mit der italienischen Wochenzeitung „L'Espresso“ hat Franz Josef Strauß massiver denn je den Führungsanspruch Bonns für ein vereinigtes Europa angemeldet, für dieses Europa atomare Bewaffnung gefordert und die machtpolitische und territoriale Ausdehnung nach Osteuropa als außenpolitische Zielsetzung proklamiert. Strauß sprach hier von einer „gründlichen, radikalen Revision der politischen Rolle, auf die Deutschland nach dem Kriege festgenagelt wurde“ und kündigte an, die „Unentschlossenheit“ der Bonner Politik, durch die Koalition der CDU/CSU mit der SPD bedingt, „sei nun vorbei.“ „Nixon im Weißen Haus“, „Frankreich in inneren Schwierigkeiten“ und die offensichtlich erhoffte absolute Mehrheit der CDU/CSU bei den kommenden Bundestagswahlen bieten nach Strauß die besten Möglichkeiten, für den Weg zur west-

In dieser Ausgabe:

Gerhard Zwerenz über die Lust am Sozialismus / SED und Novemberrevolution / Kommunismus auf italienisch / Eduard März über westeuropäische Wirtschaftspolitik / DGB vor dem Maikongreß / Arbeiterräte in der CSSR / Jörg Huffschild über Aktionsformen und Bündnisprobleme / Heinrich Hannover über Güter der Rechten / Internationaler linker Digest.

deutschen Herrschaft über Europa. Franz Josef Strauß weiß, wovon er redet. Tatsächlich treiben die Widersprüche in der europäischen Politik neuen Höhepunkten zu, worin Strauß (und jene Machteliten, deren Interessen er repräsentiert) neue Chancen sehen. Die im Tempo sich steigernde Durchsetzung eines verschärft autoritären Systems in der Bundesrepublik selbst soll den weit über die Bundesrepublik hinausgreifenden Ansprüchen den Rücken frei machen. Wie weit man dabei bereits auf Rücksichten auch gegenüber dem westlichen Ausland verzichten zu können glaubt, wurde bei der Bundespräsidentenwahl auf extreme Weise deutlich (wenn auch, nicht zuletzt infolge der Durchhaltepropaganda in Sachen Westberlin, der westdeutschen Öffentlichkeit kaum bewußt): Erstmals ging auf Bundesebene die CDU/CSU eine offene Koalition mit der NPD ein, um Schröder, den Exponenten der Rüstungs- und Notstandspolitik, zum Bundespräsidenten zu machen, nachdem von Hassel, Verkörperung deutschnationaler Traditionen, den Sessel des Bundestagspräsidenten besetzt hatte und während Strauß sich zum nächsten Bundeskanzler nach den Wahlen aufbaut.

Schärfere Repressionen gegenüber der demokratischen Opposition in der Bundesrepublik, wie sie nun auf breiter Front anlaufen, sind nur ein erster Schritt im Wege einer beabsichtigten Generalrevision der politischen Verfassung (der geschriebenen und der realen) der Bundesrepublik, wobei Verhaltensfehler einzelner Gruppen der oppositionellen Jugendbewegung lediglich als Scheinargument, als Blickfang für eine desorientierte Öffentlichkeit dienen. Es kann kein Zweifel bestehen: In Bonn will man auf einen industriefeudalistischen „Ordnungsstaat“ nach Athener Muster hinaus, dies freilich auf der, gemessen an Griechenland, ungleich potenteren Basis des westdeutschen Hochkapitalismus mitsamt seinen wirtschaftlich und politisch expansiven Zügen. Die NATO dient dabei als internationales Kartell, in dessen westeuropäischem Teilverband der stärkste Partner, nämlich die Bundesrepublik, den Ton angibt und die

FORTSETZUNG: SCHLUSS-SEITE



Zeichnung: Tomei

In Spanien wächst die Opposition. Streiks der Arbeiter, Demonstrationen der Studenten erschüttern die Machtpositionen Francos. Spanische Katholiken sind, zusammen mit Sozialisten, Kommunisten, Syndikalisten, ein Teil der Widerstandsfront. Aus ihrer Arbeit der folgende Bericht:

A. Pardo Spanien: Arbeiter- opposition und Katho- liken

Seit geraumer Zeit gärt es in der katholischen Kirche Spaniens. Junge Priester und Mitglieder der katholischen Aktion mucken gegen den regierungstreuen Kurs ihrer Bischöfe auf und fordern mehr Freiheit für die Wirksamkeit der Laien in der politischen und sozialen Aktion. Auch einzelne Intellektuelle machen sich zum Sprecher der kritischen Meinung, die innerhalb der Kirche immer mehr um sich greift. So erklärte dieser Tage der Präsident der katholischen Akademikerbewegung Pax Romana, Dr. Ruiz Jimenez, in einem Gespräch mit einem französischen Journalisten: „Die Art, wie man z. Z. Verhaftungen und Deportationen vollzieht, ist nicht nur moralisch nicht vertretbar, sie widerspricht auch dem positiven Recht. Diese Maßnahmen verletzen verschiedene Artikel der spanischen Verfassung, die noch in Kraft sind. Die Menschen, die durch die Maßnahmen des Ausnahmezustandes betroffen sind, haben weniger rechtliche Garantien als Kriminelle. Sie erleiden wahre Tantalusqualen. Sie wissen nicht, warum sie festgenommen sind, noch wann sie wieder in die Freiheit entlassen werden. Es gibt Arbeitgeber, die den Ausnahmezustand benutzen, um Arbeiter zu entlassen, was durch die spanische Gesetzgebung verboten ist. Gegen ein solches Vorgehen erhebe ich meine Stimme, wo es notwendig ist. Ich werde mit allen möglichen Mitteln kämpfen. Die Haltung der Opposition muß in der gegenwärtigen Situation ernst und ohne Feigheit sein. Sie darf nicht provozieren noch sich provozieren lassen.“

Doch was Provokation ist, das bestimmt letzten Endes das herrschende Regime. Für dieses ist es schon unerträglich, daß sich Mitglieder der spanischen CAJ (Christliche Arbeiterjugend) und KAB (Katholische Arbeiter-Bewegung), der beiden katholischen Arbeiterorganisationen, aktiv am gewerkschaftlichen Kampf um bessere Lebensbedingungen beteiligen. Die regimetreuen Bischöfe versuchten darum, diese Organisationen zur Annahme eines Statuts zu bewegen, das ihre Tätigkeit ausschließlich auf religiöse Bildung beschränken sollte.

FORTSETZUNG: SEITE 4

Warum machen wir „links“ – eine sozialistische Zeitung?



Anders als noch vor einigen Jahren ist die Frage nach einer unabhängigen sozialistischen Bewegung heute in der Bundesrepublik aktuell.

Die Frage nach der sozialistischen Alternative entzündet sich heute an folgenden gesellschaftlichen Widersprüchen, deren Existenz in wachsendem Umfang empfunden oder erkannt wird:

- Der Widerspruch zwischen dem ideologischen Anspruch unseres politischen Systems, nämlich der Volkssouveränität, und der autoritären Realität der politischen und sozialen Institutionen;

- der Widerspruch zwischen dem Gleichheitsgrundsatz und der ungleichen Verteilung sozialer Chancen, aktuell geworden z. B. am Bildungssystem, an der sozialen Situation der Frau, am Zugang zur öffentlichen Meinung;

- der Widerspruch zwischen der systematischen, auf Krieg hinterziehenden Vergeudung von Produktivkräften im hochindustrialisierten Rüstungsstaat und der Notlage der dritten Welt, zugleich aber auch der künstlichen Verweigerung von sozialen Chancen in den Industrieländern selbst.

Die Einsicht in solche Widersprüche führt immer mehr zu der Schlußfolgerung, daß ihnen nicht zufällige Unzulänglichkeiten, sondern strukturelle Ursachen zugrundeliegen. Das Signal „Sozialismus“ deutet an, wo diese wo und zugleich die Möglichkeit ihrer Überwindung vornehmlich zu suchen sind: nämlich in der politischen Ökonomie, in der privaten Aneignung von Produktionsmitteln, positiv gewendet: in der Forderung nach demokratischer Entscheidung und Kontrolle über die Produktion. In diesem Zusammenhang ist freilich zu erkennen, daß Herrschaft als private, demokratisch nicht kontrollierte und nicht legitimierte Verfügung über Produktionsmittel sich nicht nur auf traditionelle juristische Eigentumstitel, sondern ebenso sehr auf Akkumulation autoritärer Dispositionsbefugnisse oder auf Monopolisierung von Information und Kommunikation stützen kann — und dies nicht nur in kapitalistisch organisierten Staaten.

Jahre hindurch war die Frage nach der sozialistischen Alternative für das öffentliche Bewußtsein vielfach verstellt durch die Identifikation der Vorstellung vom Sozialismus mit dem gesellschaftlichen System und der Doktrin, wie sie sich in der

Sowjetunion und in einigen von ihr beeinflussten Gesellschaften unter und seit dem Stalinismus herausbildeten. Diese Identifikation löst sich jedoch mehr und mehr auf. Sie löst sich auf angesichts des Auftretens neuer sozialrevolutionärer Bewegungen in der dritten Welt, der in Gang kommenden inneren Differenzierung in den kommunistischen Parteien und Staaten und der Anfänge einer Neuen Linken in den kapitalistischen Industriestaaten. In der Realität und im öffentlichen Bewußtsein emanzipiert sich damit Sozialismus von der Bindung an Formen und Inhalte des sowjetischen Systems, ohne sich deshalb auf die Dogmatisierung eines konkurrierenden sozialistischen Systems oder einer anderen historischen sozialistischen Doktrin verlagern zu können. Zugleich entwickelt sich in der Auseinandersetzung mit der historischen Erfolglosigkeit alter sozialdemokratischer und kommunistischer Parteien in Westeuropa der Versuch, eine neue sozialistische Strategie für die Bedingungen industriell hochentwickelter Gesellschaften zu entwerfen.

In der Bundesrepublik können wir von folgenden Feststellungen ausgehen:

- Mit wachsendem Erfolg sind in den letzten Jahren oppositionelle politische Bewegungen aufgetreten, die ihren Ausgangspunkt in der Kritik an spezifischen Äußerungsformen der herrschenden Politik hatten, so etwa in der Opposition gegen die Rüstungs- und Formierungspolitik, gegen den Vietnamkrieg, gegen die autoritäre Verfassung der Schulen und Hochschulen. Innerhalb dieser Bewegungen wird zunehmend die Frage nach systemüberwindenden Alternativen, nach ihrer theoretischen und praktischen Entwicklung gestellt.

- Die Sozialdemokratische Partei als Gesamtverband kann keinen Anspruch auf Systemveränderung mehr vertreten.

- Die neukonstituierte Deutsche Kommunistische Partei artikuliert nicht die politischen Vorstellungen einer souveränen westdeutschen Linken.

- Die oppositionelle Studenten- und Jugendbewegung verabsolutiert teilweise schicht- und generationspezifische Verhaltensformen und verkennt teilweise die Notwendigkeit kontinuierlicher Organisationsformen für den Fortschritt sozialistischer Diskussion und Aktion.

Angesichts dessen scheint es notwendig und möglich, die Entwicklung einer neuen linken sozialistischen Bewegung in der Bundesrepublik unter folgenden Gesichtspunkten voranzutreiben:

- Sozialistische Bewegung kann gegenwärtig weder den Anspruch auf eine „ausgereifte“ und verbindliche sozialistische Theorie, noch den auf eine umfassende sozialistische Programmatik stellen. Sozialistische Bewegung muß sich gegenwärtig begreifen als Rahmen für eine permanente Diskussion und Aktion, die ausgehend von einigen verbindlichen Übereinstimmungen und Abgrenzungen sozialistische Theorie und sozialistische Politik neu entwickelt.

- Sozialistische Bewegung muß sich freihalten von Dogmatisierung und Tabuisierung. Für sie darf es keine Fakten geben, die nicht ständiger Diskussion und Untersuchung ausgesetzt, keine Konzepte, deren Gültigkeit nicht an der konkreten Situation gemessen, keine Zweifel, die nicht ausgesprochen werden. Ihre Sicht kann sich nicht nur auf die Beseitigung des Kapitalismus konzentrieren, sie muß auch sozialistische Praxis in ihre Analyse und Kritik einbeziehen.

- Sozialistische Bewegung darf sich nicht fixieren auf bestimmte, ein für allemal feststehende Organisationsformen, sie muß offen sein nicht nur für die ständige Überprüfung theoretischer Ansätze, sondern auch für die Entwicklung neuer Organisationsstrukturen.

- Sozialistische Bewegung muß sich freihalten von einem Parteian-spruch traditioneller Art, der illusionäre Erwartungen wecken und wirkliche Handlungsmöglichkeiten bescheiden würde.

Selbstorganisation vor allem im Feld der Produktion, in Betrieben, Büros, Schulen, Gemeinden und Wohngebieten, bietet die weitgefächerte Basis, von der aus größere Operationen in der „Öffentlichkeit“ und

in den sozialen und politischen Institutionen und Organisationen mit Erfolg geführt werden können.

Die sozialistische Bewegung wird heute und hier, nur dann reale gesellschaftliche Bedeutung gewinnen, wenn sie

- aus dem Dilemma unbrauchbarer traditionell-bürokratischer Organisationsvorstellungen hier, ebenso unbrauchbarer „reiner“ und teils blinder Spontaneität dort herausfindet;

- die chinesische Mauer zwischen isolierten Tageskämpfen einerseits, weitgespannten sozialistischen Zukunftsvorstellungen andererseits durchbricht;

- Handlungsmöglichkeiten entwirft, die in hochentwickelten Gesellschaften unter Umständen jene Funktion übernehmen können, die unter anderen historischen oder gesellschaftlichen Bedingungen „direkte“ Gewalt und „einmalige“ Revolutionsakte ausübten oder noch ausübten;

- eine neue, nicht autoritäre Antwort auf die Frage nach der internationalen Kooperation der Linken findet.

Die Entwicklung einer sozialistischen Bewegung kann nur Prozeßcharakter haben. Sowenig eine geschlossene, vereinheitlichte Organisation den gegenwärtigen Bedürfnissen der formellen und informellen sozialistischen Gruppierungen in der Bundesrepublik entsprechen würde, so sehr besteht doch andererseits objektiv und subjektiv das Bedürfnis nach einer beständigen Kommunikation unter Sozialisten, dies auch als Voraussetzung für die Entwicklung weiterer Gruppen, neuer Aktionsformen. Hier sieht das „Sozialistische Büro“, das die Zeitung herausgibt, seine Funktion.

Ein Instrument der besseren Kommunikation will „links“ sein — ohne Monopolansprüche. „links“ wird nicht jenen linken Journalismus pflegen, der dem Konsum revolutionär anmutender Euphorien dient. „links“ will aber auch keine Konkurrenz zu wissenschaftlichen Publikationsorganen der Linken darstellen. Unsere Zeitung sieht ihre Funktion dort, wo über Theorie der Praxis und Praxis der Theorie informiert und diskutiert wird, illusionslos, undogmatisch, verständlich für jeden, der linke Politik machen will.

links Redaktion: 463 Bochum Kettelerstraße 14
Verlag 2000, 605 Offenbach 4, Postfach 525.

Die Staatsgewalt gebietet über Polizei und Armee, Rechtsprechung und Schulen, Krieg und Frieden. Gefällt es der Staatsgewalt, eine Krise im Inneren oder Äußeren zu produzieren, so produziert sie die Krise und läßt zugleich behaupten, andere seien schuld.

Die Staatsgewalt hat den Staat, die Obrigkeiten in Parteien, Kirchen, Wirtschaft und Schulen in Besitz und macht davon hemmungslosen Gebrauch. Sie armiert sich mit alten Nazis, wirft Millionen für das Wohlergehen des nationalsozialistischen Führungskorps aus, zahlt Riesenpensionen, an Hitler-Generale und Blutrichter.

Die Staatsgewalt richtete in den zwei Jahrzehnten ihrer unbeschränkten Herrschaft unermesslichen Schaden an. Sie enttäuschte alle diejenigen, die nach 1945 eine grundsätzliche Änderung verlangten, paktierte mit den Bornierten, den Unverbesserlichen, den Unbelehrbaren, schmückte sich mit den Insignien der Lächerlichkeit, ließ sich von Figuren repräsentieren, deren Sprachlosigkeit so immens wie gefährlich ist.

Hat der Staat die Gewalt, und zwar die ganze, hat die Opposition die Intelligenz, und zwar die ganze. Einzelne kluge Köpfe, die sich in die Maschinerie des Staates verirren, geraten unverzüglich in Schwierigkeiten oder gaben ihren Geist auf. Dieser Staat hat die Gewalt, aber nicht die Jugend, nicht die Intelligenz, nicht die Geschichte. Seine Unklugheit, auf die Klugheit nicht nur zu verzichten, sondern sie auch noch zu schmähen, zu verfolgen, zu verprügeln, zu inhaftieren, diese seine staatlich-stattliche Unklugheit macht Leviathan jetzt zu schaffen. Seine Lehrer mucken auf, seine Polizisten murren, seine Richter wollen streiken, selbst seine Staatsanwälte fühlen sich hinter ihren verdrießlichen Amtsgesichtern zunehmend unwohl in der Pflicht, Unvertretbares zu vertreten.

Wir, so links wie dieser Staat rechts, so ergrimmt wie er restau-

rativ, so waffenlos wie er waffenstarr ist, haben den Zweifel kennengelernt. Den Zweifel an diesem Lande, an uns und unseren Möglichkeiten. Angesichts einer vom Staat in ihren Köpfen entworfenen und nationalisierten Arbeiterklasse sind wir auch verzweifelt. Es war kein erhebendes Schauspiel, zusehen zu müssen, wie dieser miserable Staat mit seinem auf Grenzrevision und Antikommunismus gründenden Größenwahn die Arbeiter und Bauern dieses Volkes chloroformierte.

An dieser unserer inzwischen verinnerlichten Verzweiflung muß es wohl liegen, daß wir die grundsätzlich neue Lage nicht erkennen und nutzen: diese Staatsgewalt zersetzt und sabotiert sich selbst, und das mit großem Geschick.

Stimmenmäßig mag die Rechte ihre ländlichen Gefolgschaften, die Zwergschulregimenter maulfeiler Mauer-Zerstörer mit Schlamm im Kopf und Strauß im Bauch, noch mobilisieren können. Da sollen die Herren nur stolz drauf sein, den zurückgebliebenen, in dümmlich-nationaler Frömmerei verharrenden Teil des Volkes hinter sich zu wissen. Zu denen können wir ihnen gratulieren. Was an denen noch besserungsfähig ist, wird eines Tages zu uns stoßen. Die anderen müssen sich wohl in ihrer CSU/CDU einwecken.

Wir aber stehen vor neuen Aufgaben und arbeiten auf neuen Gebieten. Wer in diesem Volke seinen Kopf zum Denken gebraucht, der merkt, etwas gänzlich Neues entsteht.

Ich nenne es „Die Lust am Sozialismus“. Es ist eine Lust am Neuen, am grundsätzlich Anderen, Fantasievollen, Überraschenden, am Modernen. Mit Sicherheit ist es eine Lust an der Mitbestimmung.

Es gab in der ersten Hälfte des vorigen Jahrhunderts eine vergleichbare Lust, den Aufbruch des Vormärz mit vorangehenden Studentenunruhen, mit Georg Büchner als Vorläufer, mit den Burschenschafts-

Lust am Sozialismus



Gerhard Zwerenz über sozialistische Reserven

bewegungen, mit dem zähen Widerstand der Potentaten und Metterniche, endlich mit den revolutionären Erhebungen und Klassenschlachten.

Ideen können zur materiellen Gewalt werden, wenn die Revolutionäre, das Milieu, in dem sie leben, nutzend, ihr Ziel verfolgen. Wir haben zu viele Pseudo-Revolutionäre auf unserer Seite. Für nicht weniger gefährlich halte ich die Sektierer, bei denen man oft argwöhnen muß, es handle sich um bezahlte Obrigkeitsspitzen und Staatsagenten, so eifrig widmen sie sich der Aufgabe, Linke mit Linken zu entzweien und die eigene Front zu schwächen. Darüber wird noch zu reden sein. Was wir aber jetzt und hier am dringendsten brauchen ist zweierlei: nüchterne Einsicht und gegenseitige Solidarität. Die Solidarität ist die von Partisanen, man braucht miteinander nicht unbedingt übereinzustimmen, aber man muß, da man sich nicht in bloßer sozialdemokratischer Vereinsgenossenschaft, sondern in sozialistischer Kampfgenossenschaft befindet, Seite an Seite den gleichen, gemeinsamen Feind bekämpfen können. Dazu ist Solidarität nötig.

Das zweite, die nüchterne Erkenntnis, brauchen wir, uns von unserer unstatthaft und altmodisch gewordenen Verzweiflung zu befreien. Unser Reservoir wächst. Wir müssen nicht jeden, der mit uns sympathisiert, zum Sozialisten machen, aber wir müssen begreifen, daß die Lust am Sozialismus als eine Lust an der Emanzipation die besten Teile unseres Volkes zu unseren Freunden verwandeln kann, verstehen wir nur, uns nicht abzukapseln und in inneren Zwistigkeiten zu schwächen.

Die Jugend ist im Prozeß massenhafter Emanzipation begriffen. Nicht die Herren mit den Zipfelmützen und nicht die mit dem Tschako können diese Entwicklung umkehren. Die Frauen, mit der Emanzipation beginnend, stehen da, wo die Jugend vor zwei Jahren sich befand. Die

Sozialistisches Büro für bessere Kommunikation der unabhängigen Linken

Hiermit zeigen wir die Gründung eines Sozialistischen Büros an.

Die Linke in der Bundesrepublik, scheint uns, schwankt zur Zeit außer zwischen unfaßbar vielen politisch-ideologischen zwischen zwei politisch-organisatorischen Einstellungen. Die einen machen Spontaneität zum Mythos und lehnen jede beständige Form der Kooperation ab. Die anderen flüchten aus der Enttäuschung über die

Schwierigkeiten der „Selbstorganisation“ in die nur scheinbar rettenden Arme traditioneller Organisationsvorstellungen — etwa der DKP. Wir meinen: Der Rückzug in überkommene Organisationsmuster und deren politische Fesseln hilft nicht weiter. Ebenso wenig kann man sich aber um die Antwort auf die Frage nach neuen, die (negativen und positiven) historischen Erfahrungen der Linken verarbeitenden Organisationsformen herumdrücken, indem man aus der Verlegenheit die Ideologie der reinen Spontaneität macht.

Die Linke wird Organisationsformen, die den veränderten gesellschaftlichen Bedingungen entsprechen, nicht in einem Wurf erreichen. Aber das Sozialistische Büro will den Versuch unternehmen, zu einem Teil in dieser Frage einen Schritt weiterzukommen.

Worum geht es dabei? Unabhängige Sozialisten arbeiten heute in lokalen

Gruppen, in Clubs, in Basisgruppen an den Hochschulen und Schulen und hier und dort auch schon in Betrieben, in Wohngebieten, in berufsbezogenen Gruppen, innerhalb der Jugendverbände, aber auch als kritische Gruppierungen innerhalb der „offiziellen“ Organisationen (Kirche, Parteien, Gewerkschaften). In dieser weitverzweigten Praxis liegt die Chance einer neuen sozialistischen Bewegung. Aber: Es fehlt an Kommunikation. Ergebnisse der theoretischen Diskussion, praktische Erfahrungen, politische Modelle spezifischer und lokaler Gruppen bleiben ohne allgemeine Auswertung für die unabhängige Linke, weil sie informatorisch nicht vermittelt, weil Kontakte nicht hergestellt werden. Materialien, Vorlagen für die Aufklärung im Sinne der unabhängigen Linken, Seminare usw., die über ihren spezifischen Entstehungszusammenhang hinaus

wichtig und anregend wären, bleiben unbekannt. Das Sozialistische Büro will (ohne Monopolanspruch und ohne Anspruch auf Endgültigkeit) eine bessere Kommunikation unter unabhängigen Sozialisten und ihren verschiedenen Gruppierungen entwickeln, Material sammeln, reproduzieren, anbieten, verteilen und damit zur größeren Effektivität der Linken beitragen.

„links“ wird die Vorschläge hierzu laufend veröffentlichen, diese selbst jeweils zur Diskussion stellen und über Ergebnisse berichten.

Um beide Projekte — das Sozialistische Büro wie auch „links“ — tragen zu können, haben wir den „Fördererkreis Sozialistisches Büro“ gegründet. Alle diejenigen, die diesen Projekten zustimmen und sie unterstützen wollen, bitten wir, dem Fördererkreis beizutreten.

Sozialistisches Büro, 605 Offenbach, Postfach 525.

Intellektuellen, soweit sie nicht autoritär-faschistisch infiziert sind, spüren einen natürlichen Abscheu vor den Mißgestalten gestriger Prügelordnungen.

Aber die Arbeiterklasse? Wo bleibt sie?

Erstens verringert sie sich zahlenmäßig. Zweitens ist niemand gehindert, in die Fabriken zu den Arbeitern zu gehen. Man kann es aber auch in den Gewerkschaften versuchen oder in der SPD, nur trifft man darin mehr Angestellte als Arbeiter.

Die orthodoxen Marxisten haben die Arbeiterklasse zu einem Mythos hochstilisiert. Ohne Arbeiterklasse geht es nicht, sagen sie. Man soll als Entgegnung darauf den Spieß nicht einfach umdrehen und sagen: Es geht auch ohne Arbeiterklasse! Versuchen wir es anders auszudrücken: Die Arbeiter werden kommen, wenn es an der Zeit ist und die Verhältnisse entsprechend sind. Eine Vorhut von Arbeitern nähert sich übrigens schon. Die anderen Schichten, die sich jetzt bereits angeschlossen haben an uns, kommen aufgrund anderer Bedingungen: Sie alle, diese Schüler, Studenten, Frauen, diese Freischaffenden und Angestellten, die kein BILD mehr vor dem Kopf haben, sie alle wollen sich ihr Leben anders einrichten. Wer nicht mehr gekauft und verkauft, an Geist und Leib beeinträchtigt und in seiner Lust geschädigt werden will, wer mehr erwartet vom Leben als die Degradierung zum Unternommenen, der gehört zu uns. Es sind mehr, die zu uns gehören, als wir mitunter annehmen. Wir haben ungeheure Reserven, selbst in den Apparaten des Staates — wir müssen sie nur endlich mobilisieren und zu sich selbst befreien.

Fortsetzung von: Arbeiteropposition und Katholiken

SEITE 1

Doch die Leiter der katholischen Arbeiterverbände lehnten dieses Ansinnen ab. Für sie gehört es zum Selbstverständnis eines Christen, daß er sich am Kampf für eine menschenwürdigere Gesellschaftsordnung beteiligt. Religion ist für sie keine Privatsache.

Das bringt auch ein Dokument zum Ausdruck, das vor einigen Wochen von Mitgliedern der spanischen Christlichen Arbeiter-Jugend und der Erwachsenenbewegung spanischer Arbeiter in der Bundesrepublik veröffentlicht wurde. Darin heißt es:

... Allen sind die Ereignisse in Guipúzcoa, Las Palmas, Bilbao, Asturias, Valencia, Santander... bekannt und die große Zahl von Männern und Frauen, die in fast allen Provinzen Spaniens im Gefängnis sind.



Foto: dpa

Griechenland: Analyse aus dem Gefängnis

„links“ bringt in der nächsten Ausgabe eine Analyse der politischen und sozialen Lage in Griechenland unter der Militärdiktatur. Verfasser unseres Beitrages ist Dr. Wassilis Filias; der Text nahm seinen Weg zu uns aus dem Athener Gefängnis. Wassilis Filias ist seit dem Juni 1968 in Haft. Er blieb ohne Rechtsbeistand, — einer der zahlreichen Fälle, in denen sich der Charakter eines Staates zeigt, der als Mitglied der NATO für demokratische Rechte und Freiheiten einzustehen vorgibt.

Filias, Jahrgang 1927, hat in

der Bundesrepublik studiert und in Hamburg promoviert. Er war Abteilungsleiter am Athener Institut für Sozialforschung, gehörte zum Beraterkreis von Andreas Papanastasiou, eines Diskussions- und Aktionskreises progressiver Intellektueller, sozialdemokratischer und sozialistischer junger Politiker. Nach dem Putsch bildete dieser Klub den Kern der Widerstandsorganisation „Demokratische Vereinigung“. Seit Oktober 1967 lebte Filias im Untergrund.

Diese Männer und Frauen sind nicht nur ihrer physischen Freiheit beraubt, sondern auch grausamen Foltern unterworfen, durch die viele für ihr ganzes Leben krank bleiben werden. Diese Foltern werden mit modernen Methoden durchgeführt, die in der Mehrzahl der Fälle keine äußerlichen Spuren zurücklassen. Die Scheußlichkeiten gehen bis zu Schlägen und Foltern in den Genitalien. Diese Menschen erleiden nicht nur physische Foltern, sondern auch moralische, wie Verleumdung, brutale Trennung von der Familie und der Zwang durch angstvolle Situationen zu gehen.

Das einzige Verbrechen dieser Menschen ist ihr heroischer Kampf für eine gerechtere Gesellschaft und gegen Strukturen, die die fundamentalsten Rechte der menschlichen Person mit Füßen treten, um die Privilegien und die Macht für einige wenige zu erhalten. Dies erreicht den Gipfel des Zynismus und des Unverständes, wenn wir sehen, daß diese Strukturen sich selbst „christlich“ nennen.

Als Glieder der Kirche sehen wir mit tiefem Schmerz, wie ein großer Teil unserer Kirche, im besonderen der Hierarchie, sich nicht nur an der Seite dieser Strukturen befindet, sondern integraler Bestandteil derselben sind.

Wir wollen nicht Personen richten, aber wir haben die Pflicht, Situationen zu beurteilen und anzuprangern. Es schmerzt uns tief, einen gewissen Teil der Kirche mit den weltlichen Mächten und unchristli-

chen Strukturen verbündet zu sehen, wo sie doch eine Vorhut der Befreiung der Tausenden von Armen sein sollte, die verfolgt werden und denen die Möglichkeit verweigert wird, sich als Personen und als Ebenbilder des Schöpfers zu entfalten.

Unsere Brüder in Spanien kämpfen und leiden Verfolgung und bedürfen unserer wirtschaftlichen und moralischen Hilfe, ebenso eine feste und klare Haltung des Protestes und des Kampfes gegen diese Situation. Jedenfalls die beste Hilfe, die wir ihnen geben können, ist das Bewußtsein, daß die Situation in Spanien ein Resultat der kapitalistischen Organisation der Gesellschaft ist. Das fordert die Zerstörung dieser Strukturen und ihre Ersetzung durch gerechtere, die im Dienst aller Menschen stehen.“

Hier wird eine Tendenz zum Sozialismus deutlich, die allerdings klar erkennbare Konturen noch vermischen läßt. Diese zu entwickeln, wird eine der wichtigsten zukünftigen Aufgaben für die katholische Arbeiteropposition in Spanien sein. Ob jedoch die jugoslawische Modell-Jacke auch für spanische Maße zugeschnitten ist — wie manche glauben — kann wie vieles andere im Augenblick nicht beantwortet werden. Was heute auf der Tagesordnung Spaniens steht, ist der Kampf um die bürgerlichen Freiheiten und die Politisierung der Massen. Bei der Beurteilung dieser Entwicklung sollte man mehr als bisher die katholische Opposition in Rechnung stellen. Franco tut dies schon lange.

Soldaten der Bundeswehr!

Wer kann berichten
wie es ist?

Wer die Demokratie in unserem Lande für bedroht hält, hat die Sorge, daß die Bundeswehr zum Werkzeug der Ewig-gestrigen hochgezüchtet wird, daß sie für offensive Aufgaben, die mit dem Völkerrecht nicht zu vereinbaren sind, und schließlich für Bürgerkriegszwecke ausgebildet werden könnte.

Wächst in der Bundeswehr eine Gefahr für die Bevölkerung und die Demokratie heran, oder ist sie, wie offiziell beteuert wird, zu unserem Schutz da?

Um das entscheiden zu können, muß man herausbekommen, welche Aufgabe der Bundeswehr von den Mächtigen in Politik und Wirtschaft tatsächlich zugemessen wird. Und um das zu erkennen, muß die Öffentlichkeit wissen, was hinter den Kasernentoren wirklich praktiziert wird, wozu und in welchem Geist die Soldaten ausgebildet werden, wie die Ausbildungsmethoden sind und wie der Kasernenalltag.

Wie die Selbstdarstellungen der Bundeswehr aussehen, ist hinreichend bekannt. Was fehlt, ist die Stimme des einfachen Soldaten, gleich ob Arbeiter, Angestellter oder Student. Deshalb möchte ich ein Buch zusammenstellen, in dem diejenigen, die sonst nicht zu Wort kommen (die heute dienen oder in den letzten Jahren beim „Bund“ waren), darüber berichten, ob sie in der Bundeswehr tatsächlich demokratischem Verhalten, Respekt vor den Grundrechten unserer Verfassung, sozialer Gerechtigkeit und der Bereitschaft zu Frieden und Völkerverständigung begegnet sind — oder inwieweit die Praxis der Truppe den schönen Worten ihrer Befehlshaber und ihrer Werbeprospekte widerspricht. Das ist keine Frage von „militärischen Geheimnissen“, die Sie mir nach dem Gesetz nicht zuschicken dürfen und die mich nicht interessieren.

Schicken Sie mir Kurzberichte, Tagebuchaufzeichnungen oder einfache Hinweise über Schleifermethoden, Rechtsverstöße, Schikane, Diskriminierungen wegen weltanschaulicher, politischer oder religiöser Anschauungen, besondere soziale Härten, Unterdrückung von Kritik Andersdenkender, tendenziösen politischen Unterricht, Huldigung nazistischer Vorbilder, scharfmacherische oder revanchistische Äußerungen von Vorgesetzten, kriegsverherrlichende Lieder und Parolen, völker- und rassenverhetzende Tendenzen.

Öffentlichkeit ist Voraussetzung für demokratische Kontrolle. Tragen Sie mit dazu bei. Schreiben Sie an

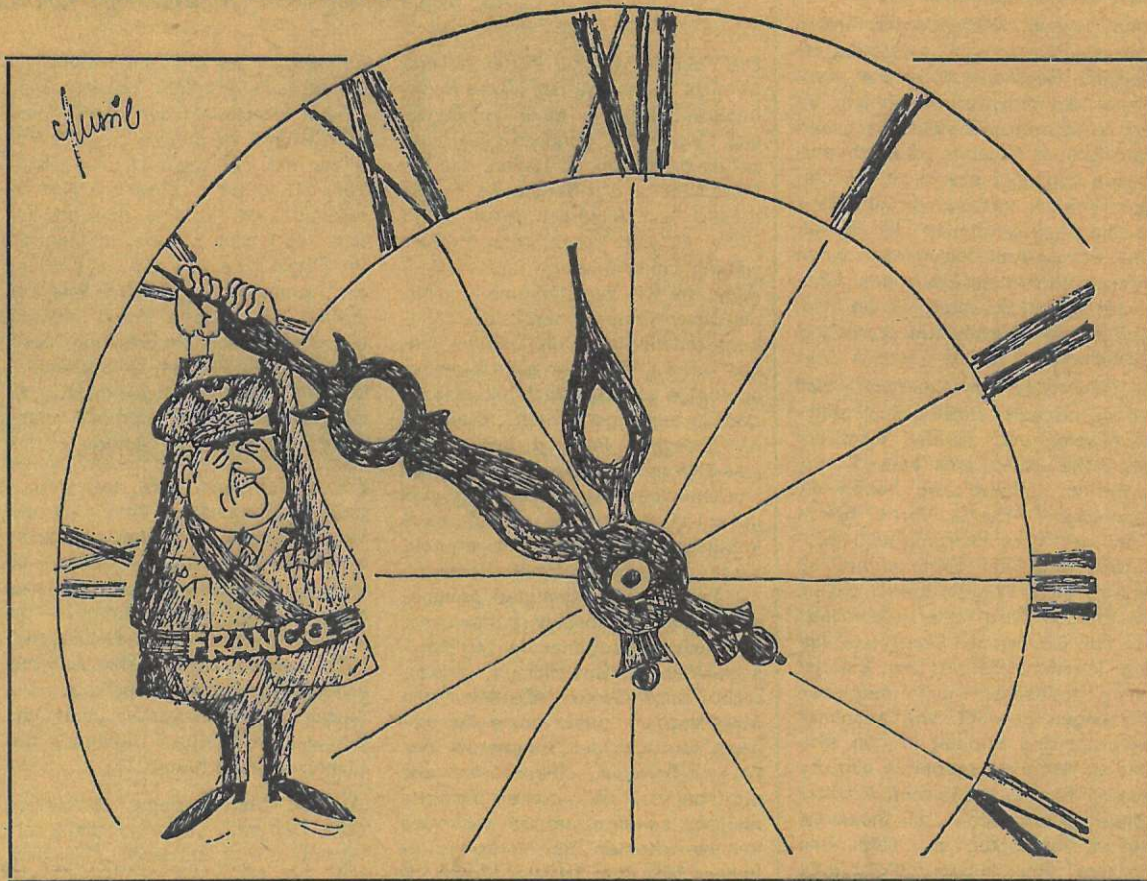
H. Günter Wallraff,
5 Köln-Weidenpesch,
Hildebrandstraße 3

Bitte an Soldaten der
Bundeswehr weitergeben!

Die Comisiones Obreras

international

„In den Comisiones Obreras zeigt sich, wie sehr die spanischen Massen eine reale Demokratie wünschen und sich nicht damit abfinden, daß ein paar Vertreter der Großindustrie, der Banken und des Militärs auch in Zukunft über die Arbeiter verfügen.“



Direkt nach dem Bürgerkrieg begannen die progressiven Demokraten, die am Leben geblieben waren, mit dem Versuch, die Arbeiter in den traditionellen geheimen Syndikaten der UGT (Union General de Trabajo) und der CNT (Confederacion Nacional de Trabajo) zu organisieren. Bei diesem Versuch landeten sehr viele Antifrancoisten im Kerker, denn in dem Moment, wo eine Gruppe relativ groß wurde, nahm die Polizei sie auseinander und die meisten ihrer Mitglieder verschwanden im Gefängnis. Dazu folgendes Beispiel.

1964 wurden der Bergarbeiter Langreo Misael Zapico und der Bauarbeiter Fermin F. Zabaleta aus der Haft entlassen, nachdem sie 20 Jahre wegen des Versuchs hinter Gittern verbracht hatten, im Jahre 1944 Gruppen der Union General und der UGT zu organisieren. Ebenfalls exemplarisch für die Brutalität und Repression jener Zeiten ist der Mord im Kommissariat von Gijon an dem kommunistischen Metallarbeiter Castro Garcia Roza, der ebenfalls einen Versuch unternommen hatte, die Syndikate der UGT und der CNT zu organisieren. Bald machte solche Erfahrung die Unmöglichkeit der Organisation eines geheimen Syndikats manifest, das die Arbeiterklasse hätte einigen können. Man ging deshalb dazu über, in den Minen und Fabriken gemeinsame Aktionen zu machen, um Arbeitsverbesserungen, Gefahrenzulagen und andere kleine Fort-

schritte zu verlangen und zu erhalten.

Diese ersten Kämpfe schmiedeten und unterwiesen die Arbeiter in der Aktion gegen die Patrone, wobei man hinzufügen muß, daß in den asturischen Minen das Beispiel an Mut und Initiative gegeben wurde, angespornt besonders durch die unmenschlichen Umstände, unter denen man dort den Unterhalt verdienen mußte. In Stollen, die Wasser hatten, mußte dieselbe Förderung erreicht werden wie in normalen. Man kann sagen, daß sich in Asturien im Jahre 1956 die ersten Comisiones Obreras spontan bildeten, die den Zweck hatten, sich an die Direktion der Unternehmen zu wenden, um im Namen aller Arbeiter, die sie repräsentierten, die Forderungen zu präsentieren.

Die ersten Initiatoren dieser neuen Form des Kampfes verschwanden oft im Gefängnis, aber die Solidarität und der angestrenzte Einsatz der Genossen, die erneut eine Kommission nominierten, welche die Freilassung ihrer verhafteten Genossen unter Androhung von Arbeitsniederlegung oder Streik forderten, erreichte echte Erfolge in dieser Hinsicht. Man kann behaupten, daß sie in der Mehrzahl der Fälle dieses Vorgehen durch das angestrebte Ergebnis gekrönt sahen.

Diese Beispiele wurden sehr schnell an anderen Orten und in anderen Industriezweigen populär. Wir kön-

nen sagen, daß sie bis zur Perfektion entwickelt wurden, als sich die Comisiones Obreras eines ganzen Industriezweiges bildeten, wie zum Beispiel der metallurgische Zweig von Madrid, dessen Kommission am 2. September 1964 im Büro des offiziellen Syndikats gegründet wurde. Bald folgten diesem Beispiel andere Zweige, und so entstanden die Comisiones Obreras des Graphischen Gewerbes, des Bauwesens, des Transports, der Chemischen Industrie, des Brennstoffwesens und der Elektrizität.

Diese Comisiones Obreras, die aus der demokratischen Abstimmung in den Fabriken und an den Arbeitsplätzen hervorgingen, genossen keine offizielle Unterstützung, aber sie bildeten und bilden sich in der Tat heraus, denn, wenn man versucht, eine auseinander zu nehmen, entsteht an anderer Stelle eine neue, die mit derselben Unerschrockenheit den angefangenen Kampf fortsetzt. Nach und nach verbreitet sich die Ansicht, daß die Comisiones Obreras existieren und agieren, und Patrone und Teile der Regierung verhandeln mit ihnen direkt über ihre Beschwerden und Forderungen. Was im Moment ihres Entstehens ein Versuch im Kampf gegen unmenschliche Arbeitsbedingungen und für Gefahrenzulagen war, erweiterte sich zu einem Aktionsfeld, das von den Forderungen des täglichen Mindestlohns von 250 Peseten bis zur syndikalen und

Streikfreiheit reicht. Sie verwandelten sich zu einer ernststen Gefahr für die vertikalen Syndikate, die Regierung eingeschlossen, denn wie man weiß, sind es oft die Comisiones Obreras gewesen, die an verschiedenen Plätzen zum Streik aufgerufen haben, um ihren Forderungen nach Verbesserungen Nachdruck zu verleihen oder die Freilassung ihrer festgesetzten Genossen und die Wiedereinstellung der Entlassenen zu verlangen. Sie erreichten exemplarische Erfolge, die würdig sind, in Rechnung gestellt zu werden, wenn man die Härte der Repression seitens der Diktatur bedenkt.

Angesichts der Unmöglichkeit, eine so vollendete syndikale Opposition, wie sie die Comisiones Obreras repräsentieren, zu zerschlagen, entwarfen die Ideologen der Regierung Franco einen Plan, um diese progressivistischen Bewegungen wieder in die Kanäle des vertikalen Syndikalismus umzuleiten. Sie begannen, die Nachricht zu verbreiten, daß sie eine Abstimmung vorschlagen würden, um syndikale Verbindungsleute und Treuhänder des Unternehmens im nationalen Maßstab auszuwählen und daß diese Wahl nach einem Pyramidensystem durchgeführt würde, d. h. auf Unternehmensebene, lokaler Ebene, schließlich Provinz und letztlich nationaler Ebene.

Angesichts dieser Perspektive bereitete sich die ganze spanische Opposition darauf vor, den vertikalen

Syndikaten die große Schlacht zu liefern. Es konzentrierte sich in sämtlichen großen Unternehmen die Aufmerksamkeit darauf, daß als syndikale Verbindungsleute dieselben gewählt werden, die die Arbeiter für ihre Comisiones Obreras gewählt haben, um so die Möglichkeit zum Kampf in einer offiziell anerkannten Form zu haben.

Man konnte während der ersten Zeit beobachten, daß selbst die offiziellen Repräsentanten der Syndikate die Arbeiter ermahnten, an der Wahl teilzunehmen. Sie waren vielleicht im Glauben, die Arbeiterklasse kümmere sich nicht um dieses Problem und sie selbst könne so die Repräsentanten des Syndikats wählen und dem ganzen einen offensichtlich demokratischen Charakter geben, um alles auf die Prinzipien der Vertikalität zurückzuschrauben.

Im Gegensatz zum Geschwätz, daß die spanischen Massen nicht politisiert seien und deshalb nicht auf der Höhe wären, eine echte Demokratie zu unterstützen, haben die spanischen Arbeiter ihren hohen Grad der Verantwortung und politischer Aktualität demonstriert, so daß bei ihren Wahlen überall, wo sie die Freiheit dazu hatten, Genossen von den Comisiones Obreras gewinnen konnten. Es wurden Männer aller politischen und religiösen Richtungen gewählt, von absoluter Integrität und Freiheit in den syndikalen Kämpfen, getrieben von der Absicht für die spanischen Arbeiter Löhne zu erkämpfen, die ihnen erlauben, anständig zu leben und mehrere Anstellungen gleichzeitig verhindern. Sie fordern syndikale Freiheit, Freiheit zum Streik und die Emanzipation der Frau und gleiche Bezahlung ihrer Arbeit.

Die Erfolge der Comisiones Obreras sind vielfältig. Von der Erhöhung der Löhne, der Einführung neuer Prämien und Reformen in den Methoden inadäquater und gefährlicher Arbeit bis zu den Kämpfen für die Wiedereinstellung entlassener Arbeiter mit Hilfe von Arbeitsniederlegungen und Streiks, sowie Solidaritätsstreiks für den Kampf der Arbeiter anderer Unternehmen oder der Studenten für ihre politischen Rechte. Der Haupterfolg der Comisiones Obreras besteht darin, daß sie es verstanden haben, sich in einem Regime durchzusetzen, das nicht einmal die Versammlung von drei Personen erlaubt hat, in dem die politischen Parteien verboten sind, in dem offiziell nicht die Möglichkeit einer Arbeiterpresse existiert und in dem ein vertikales Syndikat, gesteuert von Unternehmern und Cañiques, einen Druck auf den spanischen Arbeiter ausübt, der ihn den Launen des Kapitals unterwirft.

Wenn man all diese widerwärtigen Umstände in Rechnung stellt, so haben die Comisiones Obreras mutig alle Schwierigkeiten überwunden, um eine echte Opposition gegen die vertikalen Syndikate zu werden und sich zu legalisieren, um die Arbeit erfolgreicher durchzuführen.

international

Kommunistische Politik - auf italienisch

Berichte vom Kongreß der KPI von J. O. Grézer und P. Gellert

Die Kommunistische Partei Italiens ist nicht etwa eine nur kleine Funktionärs-Gruppe in einer ausweglosen Opposition, sondern eine reale politische Macht in Italien, die im Parlament und öffentlichen Leben deutlich zum Ausdruck kommt: rund 27 v. H. der italienischen Wähler wählen kommunistisch und machen damit die KPI zur stärksten kommunistischen Organisation in der nicht-kommunistischen Welt. Darüber hinaus ist die KPI aber auch eine respektable soziale Macht, insbesondere in der sogenannten „roten Zone“ zwischen Po und dem Tiber, was sich im Zusammenhang mit der anstehenden Regionalisierung des italienischen Staates gewiß noch deutlicher zeigen wird. Schwerpunkt dieser Zone ist die Emilia Romagna mit ihrem weitverzweigten kommunistischen Genossenschaftswesen, wo auch der sogenannte „emilianische Weg zum Sozialismus“ — eine recht unorthodoxe Spielart des Marxismus — zuerst seine Ausprägung fand. In der Hauptstadt der Emilia, Bologna, dieser Hochburg nicht nur des italienischen Kommunismus, sondern gerade auch des kommunistischen „Revisionismus“ in Italien, fand der XII. Parteikongreß der KPI statt.

Eigenwillige Ideen standen bereits an der Wiege des italienischen Kommunismus. Die Gedanken des KPI-Gründers Antonio Gramsci (1891—1937), eines sardinischen Autodidakten, der schließlich unter nie ganz aufgeklärten Umständen in faschistischem Kerker starb, wird man in Buchform heute ebenso in der UdSSR wie auch in der DDR vergeblich suchen: österreichische und tschechoslowakische Kommunisten haben ihn hingegen erst kürzlich erneut für das breitere Publikum wiederentdeckt, und wer ihn in deutscher Sprache lesen will, muß schon zu einer erst neulich im S. Fischer-Verlag editierten westdeutschen Ausgabe (Gramsci: „Philosophie der Praxis“) greifen. Gramscis Schüler und Nachfolger Palmiro Togliatti (gest. 1964) hat nach Chruschtschows Verdammung Stalins als erster die sich daraus ergebenden Konsequenzen auch in der Theorie gezogen: seine Thesen vom kommunistischen „Polyzentrismus“, in seinem Politischen Testament nochmals zusammengefaßt, haben seither nicht nur den „eigenen Weg“ der KPI gewiesen — sie sind aus der inner-kommunistischen Diskussion nicht mehr wegzudenken.

Luigi Longo (70), Togliattis Nachfolger, hat in den letzten fünf Jahren all jene widerlegt, die in ihm nur einen farblosen Funktionär sehen wollten: er hat Gramscis und Togliattis Ideen inzwischen nicht nur

im Rahmen der KPI zum praktischen Durchbruch verholfen, sondern eben in den Mittelpunkt der internationalen Debatte zu stellen gewußt. Vor allem seit der Invasion der CSSR vom 21. August v. J. hat die KPI internationales Prestige hinzugewonnen: nicht etwa nur ein intellektueller Flügel (wie in Paris oder Wien) der Kommunisten, sondern fast der ganze KPI-Apparat blieb seither standhaft in der Verurteilung jenes sowjetischen Vorgehens, und selbst bilaterale Verhandlungen in Moskau brachten keinen Kompromiß mehr mit der sowjetischen Haltung.

Enrico Berlinguer (45), wie Parteigründer Gramsci aus Sardinien und heute Longos Nachfolgekandidat, betonte erst kürzlich — von seiner zweiten Moskareise innerhalb weniger Wochen wieder zurück — im ideologischen KPI-Organ Rinascita: „Wir werden uns von den sowjetischen Mythen trennen müssen...“, nachdem er kurz vorher dem Ostberliner SED-Organ „Einheit“ die Liviten gelesen hatte!

„Es ist falsch“, sagte Berlinguer beim Kongreß, „daß wir die Intervention in Prag als einen ‚Zwischenfall‘ oder nur als einen ‚Irrtum‘ betrachtet hätten. Wir sehen sie als das Ergebnis einer Bedrängnis, die ihre Wurzeln hat in den Widersprüchen und objektiven Schwierigkeiten der sozialistischen Welt.“ Auch diese Widersprüche seien mit marxistischer Kritik zu analysieren, denn „es wäre wirklich merkwürdig, wenn der Marxismus, nach einhundertjähriger Geschichte, ausgerechnet im Urteil über die Realität der sowjetischen Gesellschaft in utopische Haltungen zurückfiele“.

Berlinguer untermauerte die Autonomie gegenüber Moskau: „Es handelt sich nicht nur um eine organisatorische und politische Autonomie, sondern auch um eine volle Autonomie unseres Urteils über das, was die Realität der Sowjetunion angeht, die politische Richtung der Sowjetunion sowie die einzelnen Maßnahmen dieser Politik. Wir unterscheiden zwischen dem, was uns positiv, und dem, was uns negativ erscheint. Wir werden nicht aufhören, die Wahrheit zu sagen, ohne diplomatische Feinessen. Das ist unsere Pflicht, auch gegenüber der Jugend, die heute wissen will, wie die Sachen stehen.“

Beim KPI-Kongreß war man darin einig, daß nicht nur der „eigene Weg zum Sozialismus“ gefordert und jede Vorstellung von der Führungsrolle oder Avantgarde einer einzigen Partei „zurückgewiesen werden“ müßte („Die politische Krise... kann nicht durch den Führungsanspruch einer Partei bewäl-

tigt werden“), sondern ebenfalls die „Selbständigkeit in der Wahl des Typs der sozialistischen Gesellschaft für jede einzelne Partei zu gewährleisten“ sei.

Luigi Longo



Foto: dpa

„Die internationale kommunistische Bewegung“, sagte Longo, „ist nicht die ganze revolutionäre Bewegung.“ „Die kommunistische Bewegung“, fuhr er fort, „muß eine offene Haltung gegenüber allen anderen revolutionären, fortschrittlichen und demokratischen Kräften an den Tag legen und sich endgültig von der schädlichen Methode der summarischen Urteile und der Etiketten befreien. Niemand ist der Alleinherr der Wahrheit. Deshalb ist eine Vision des Internationalismus vonnöten, die der neuen Realität der Welt entspricht.“

Neben dieser ideologischen Option gegen die These von dem „einzig wahren Sozialismus (der Sowjetunion)“ gab es noch drei weitere Kernprobleme, die im Mittelpunkt des Parteikongresses standen:

1. die außenpolitische Linie der KPI,
2. das Verhältnis der Partei zur Jugend-Rebellion,
3. die Frage der innerparteilichen Demokratisierung.

Während in den beiden letzten Punkten ebenfalls sehr erheblich von der sowjetischen Doktrin abgewichen worden ist, wurde darüber hinaus eine außenpolitische Konzeption — in erster Linie von Parteichef Longo selbst — entwickelt, die nicht nur für andere KP's im Westen, sondern auch für die nicht-kommunistische Politik von Interesse sein mag.

Ausgehend von der Anerkennung der heutigen Grenzen in Europa — und damit ebenfalls der beiden deutschen Staaten — wurde der Status quo als einziges Mittel zur

schrittweisen Auflockerung und damit zur Überwindung dieses Status quo angesprochen, womit „einzig und allein auch der CSSR in ihrer heutigen Situation geholfen werden könnte: „Status quo nicht zur weiteren Erstarrung, sondern im Gegenteil als Voraussetzung größerer Bewegungsfreiheit... Wir fordern nicht die Auflösung des Westblocks zugunsten einer eventuellen Verstärkung des Ostblocks, sondern gemeinsame stufenweise Maßnahmen zur gleichzeitigen Überwindung bei beiden Blöcken NATO und Warschauer Pakt... Daher auch für Italien Austritt aus der NATO und Neutralität im Rahmen eines neutralisierten Mittelmeerraumes und umgeben von anderen neutralen und blockfreien Ländern wie Jugoslawien, Österreich, Schweiz und — eines Tages vielleicht auch Frankreich.“

Carlo Galluzzi, Mitglied der Parteileitung und Verantwortlicher der Abteilung Internationale Beziehungen im ZK der KPI, wies darauf hin, daß der Kampf gegen den Klassengegner angesichts der immer stärkeren Verflechtung der Monopole nicht nur auf nationaler Ebene, sondern weiter gefaßt geführt werden muß. Die NATO sei das einigende Instrument der militärischen, politischen, ökonomischen Durchdringung, und deshalb sei der Kampf gegen die NATO und der Austritt Italiens aus dieser Allianz ein grundlegender Teil des gesamten Kampfes der KPI.

Einer innerparteilichen Demokratisierung galt die Rede der Partei-„Linken“ Pietro Ingrao und Luigi Pintor, die auf diese Weise eine Brücke zur protestierenden studentischen Jugend („apertura verso i giovani“) zu schlagen gedachten, welche nicht zuletzt der „Degeneration der Funktionäre“ mißtraut.

Es sei Aufgabe der KPI, „sich die Forderung nach neuen Formen der Mitbestimmung und Mitbeteiligung an der öffentlichen Gewalt, wie sie von den Studenten verlangt werden, zueigen zu machen und auch unter die Arbeiter, Bauern und in die Kommunalverwaltungen zu tragen“. Dies würde freilich eine „Demokra-

tie von unten“ zuerst in der KPI selbst anstelle „jeder Art von Funktions-Diktatur“ voraussetzen, in der alle Macht beim Apparat liegt.

Während etwa die westdeutsche DKP derartigen Überlegungen bisher verständnislos gegenübersteht, glaubt man in der KPI erst auf diese Weise eine echte Alternative zur „Mitte-Links“-Koalition, ja selbst zu einer hypothetischen „Volksfront“ gefunden zu haben, der man im Rahmen etablierter Klischees auch keine Chancen mehr gibt: die Voraussetzungen zu jener „neuen Linken“, die eines Tages als „neue Mehrheit“ aus allen Progressivkräften von den Katholiken und Pazifisten über die linken Liberalen und Sozialisten bis zu den Kommunisten hervorgehen könnte.

Demokratische Prinzipien und der geistige Pluralismus sind für die KPI keineswegs ideologische Haresien, sondern zu Voraussetzungen einer sozialistischen Gesellschaft geworden... Denn „nicht etwa die militärische Stärke einer Großmacht, sondern das konkrete Einverständnis der jeweils betroffenen Völker“ sind nach Carlo Galluzzi „die eigentlichen Säulen der internationalen Bewegung des Sozialismus, was jedoch nur durch eine Strukturreform (der kommunistischen Parteien) in lebendiger Dialektik zwischen Basis und Führung erreichbar ist“.

Einen großen Raum in den Debatten nahm die Frage der Haltung zu den spontanen Protestbewegungen, insbesondere der Studenten und der Jugend, ein. Diese Frage habe sich im französischen Mai als äußerst wichtig erwiesen. Es gehe darum, ein Gleichgewicht zwischen der spontanen „Kontestation“ (ein Wort, das in der italienischen und der französischen politischen Sprache immer wieder auftaucht und vielleicht am besten mit „Anfechtung des Bestehenden“ übersetzt werden kann) und der organisierten politischen Bewegung zu finden. Die Aufgabe bestehe darin, Formen der Zusammenarbeit für gemeinsame Ziele zu finden, ohne den Versuch, die studentische Protestbewegung

der politischen Taktik der Partei unterzuordnen, aber auch ohne der globalen Mythologie der Revolte, der unreflektierten „Kontestation“ Konzessionen zu machen.

Mit der Haltung der Kommunisten zur Jugend- und Studentenbewegung beschäftigte sich unter anderen der Sekretär der Metallarbeitergewerkschaft, Bruno Trentin. Er sah die Studentenbewegung als eine neue Realität von großer Wichtigkeit an. Er berichtete, wie viele Studenten bei Streiks mit den Arbeitern auf Streikposten stehen. Wo es nihilistische und anarchistische Auffassungen in der Studentenbewegung gebe, würden sie nicht durch ein „pädagogisches“ Herangehen überwunden, sondern nur in der gemeinsamen Aktion der Arbeiter und Studenten, beim Kampf um konkrete Ziele in Schule und Gesellschaft.

Das zentrale Thema, zu dem alle Redner Stellung nahmen, war die Strategie und Taktik der Partei in einem Moment, in dem sich in Italien das bisherige System und die Parteien, die es beherrschen, in einer schweren Krise befinden, in dem die Massen große Kampfbereitschaft an den Tag legen, in dem aber nicht eine revolutionäre Situation im traditionellen Sinn besteht.

Es geht der KPI um eine Strategie, die weder Reformismus noch eine „Barrikaden“-Auffassung des Klassenkampfes ist. In dieser Strategie gewinnt die klare Definition von Zwischenzielen große Bedeutung, zu deren Erreichung die Bewegung von unten, der Kampf der Massen der Arbeiter, Bauern und Studenten, notwendig ist, ebenso wie politische Veränderungen der bestehenden (politischen) Formationen und die Herstellung neuer Allianzen. Die Erreichung eines Zwischenzieles bedeute in dieser strategischen Sicht nicht das Ende des Kampfes, sondern im Gegenteil einen neuen Ausgangspunkt für die Fortführung des revolutionären Prozesses. Der revolutionäre Sprung wird dabei nicht als einmaliger Augenblick aufgefaßt, sondern als eine konse-

quente Serie von Zielsetzungen, die den Prozeß des Überganges zum Sozialismus charakterisieren.

Pietro Ingrao, der Leader des linken Flügels, sagte: „Wir sind nicht in der Illusion, daß es genügt, an die Schalthebel der Macht zu kommen. Wir sind nicht wie Pietro Nenni. Ohne einen großen Kampf von unten kann die parlamentarische Aktion die politische Richtung nicht ändern.“

Eine große Rolle spielte in der Diskussion die Forderung nach dem Recht auf Vollversammlungen in Betrieben, Schulen und Hochschulen als eine Form der direkten Demokratie, wo unmittelbar auf Entscheidungen Einfluß genommen werden kann. Die Entwicklung neuer Formen der direkten Demokratie wurde nicht als Gegenüberstellung zu parlamentarischen Institutionen aufgefaßt, sondern als ein Weg zu deren Neubelebung. Die KPI beansprucht nicht ein Monopol bei der Erarbeitung und Führung des Kampfes für Demokratie und Sozialismus. Sie bekräftigte ihre Vorstellungen vom Übergang zum Sozialismus in Form eines Mehrparteiensystems, wobei auch die Gewerkschaften und andere Massenorganisationen eine selbständige, autonome Funktion haben. Sie bekräftigte erneut ihre Garantie für Versammlungsfreiheit, kulturelle und Meinungsfreiheit in einer italienischen sozialistischen Gesellschaft.

An dem Parteitag nahmen 815 Delegierte teil, die auf den 109 Kongressen der Provinzföderationen als Vertreter von 1 502 589 Parteimitgliedern gewählt worden waren. Das Durchschnittsalter dieser Delegierten war 39 Jahre. 334 oder 41 Prozent von ihnen waren Arbeiter aus Betrieben. Am Parteitag nahmen weiter 129 Delegierte des kommunistischen Jugendverbandes teil.

Heute gibt es in der KPI 250 000 Parteimitglieder unter dreißig Jahren. Die Partei stellt sich die Aufgabe, eine neue entscheidende Mitarbeit junger Arbeiter und Studenten an der politischen Realität Italiens zu verwirklichen.

Millionen streiken

Eine Streikwelle erfaßt in Italien Millionen Werktätige. Zweieinhalb Millionen Landarbeiter streikten, um auf Beschluß aller Gewerkschaften gegen den Bruch der Vertragsverhandlungen durch die Unternehmer zu protestieren. Die Weigerung der Industriellen, die Lohnzonen abzuschaffen, führte in der Emilia-Romagna zu einem ebenfalls von den drei Gewerkschaften ausgerufenen Generalstreik. In der Provinz Novara wurde ein Generalstreik zur Unterstützung der 4000 streikenden Arbeiter der Rhodiatocce durchgeführt. Neben der kommunistischen und den beiden sozialistischen Parteien solidarisierten sich auch die lokalen Christlichdemokraten mit den Streikenden.

Foto: dpa



CSSR-Gewerkschaften für Demokratisierung

Der 7. Kongreß der tschechoslowakischen Gewerkschaften hat nach Ansicht von Beobachtern die große Bedeutung der 5,5 Millionen Mitglieder umfassenden Organisation als Verfechter des Reformkurses in der CSSR bestätigt.

Wichtigster wirtschaftspolitischer Beschluß dürfte die formelle Festlegung des Streikrechts „zur Unterstützung von politischen, wirtschaftlichen und sozialen Interessen der Arbeitenden“ sein.

Eine nicht minder wichtige Resolution betrifft die Wirtschaftsformen, insbesondere die von der Regierung geplanten Gesetze über die Neuordnung der sozialistischen Betriebe und deren Leitung durch demokratische Verwaltungsorgane. Für diese Betriebsräte fordern die Gewerkschaften optimale Autonomie bei Lenkung der Unternehmen. Das schließt ihre Mitwirkung an Investitions- und Produktionsplänen sowie in der Personalpolitik ein, z. B. Ernennung oder Abberufung eines Direktors.

In einem Interview mit dem Parteisekretär der Prager Fabrik Povierna, veröffentlicht in „Der Gewerkschafter“ (IG Metall), heißt es: „Die Woge der Demokratisierung hat in der CSSR nicht den Kommunismus über Bord gespült, sondern das, was diesen bisher diskreditiert hat.“ In diesem Gespräch wurde von den Arbeitern auch die Wahl des Direktors gefordert. Tatsächlich war ein diesbezügliches Gesetz in Vorbereitung, es konnte aber nach der Intervention dem Parlament zunächst nicht mehr vorgelegt werden. Auf der 10. Plenartagung des Zentralrats der Gewerkschaften, die den neuen Kurs bestätigte, erklärte der Vorsitzende der Gewerkschaftszentrale, daß Ministerpräsident Cernik zugesagt habe, im April 1969 das verschobene Gesetz dem Parlament vorzulegen. Bis dahin sollen die bereits bestehenden Räte der Werktätigen in großen Betrieben experimentieren. Die Gewerkschaftszentrale besteht auf ihrer Forderung, „daß qualifiziert demokratisch gewählte Organe bei der Leitung und Verwaltung der sozialistischen Unternehmen entscheidend mitwirken“.

Diesen Beschlüssen entsprechend hat, zum ersten Male in seiner Geschichte, der größte Betrieb der CSSR, „Skoda“ in Pilsen, die Wahl des Generaldirektors vorgenommen. Nach dem Bericht der „Prager Volkszeitung“ hatten sich für den ausgeschriebenen Posten zehn Bewerber gemeldet, darunter auch ein Vizeminister. Sie mußten die erforderlichen Dokumente samt ihren Programmklärungen vorlegen und sich psychologischen Tests unter-

ziehen. Der Betriebsrat holte Referenzen aus dem bisherigen Tätigkeitsbereich der Kandidaten ein und führte mit jedem Aussprachen durch. In die engere Auswahl gelangten fünf Kandidaten, die auf einer Plenartagung des Rates ihre Erklärungen vorlegten und viele Fragen beantworten mußten. In geheimer Abstimmung wurde dann mit dem erforderlichen Zweidrittelmehr der Ingenieur Jan Martinek zum neuen Generaldirektor gewählt.

9. Kongreß der Kommunisten Jugoslawiens

Eine weitere Demokratisierung der Organisation — das war das Leitmotiv des 9. Kongresses des Bundes der Kommunisten Jugoslawiens, der die Aufgabe hatte, ein völlig neues Statut zu beschließen.

Die neuen Statuten beschränken sich nicht darauf, die eigene Organisation zu demokratisieren. Sie bemühen sich auch, den Einbau einer sich demokratisierenden kommunistischen Partei in ein sich demokratisierendes politisches Leben des

im Ton, enthält in kondensierter Form eine harte Absage an die sowjetische Politik. Die Militärblöcke und die Blockdisziplin in Ost und West werden gleichermaßen abgelehnt, die Intervention in der CSSR wird verurteilt. Nicht minder deutlich ist die Warnung vor dem „Bestreben der Großmächte, die Lösung der großen internationalen Probleme zu monopolisieren“.

Für die jugoslawischen Kommunisten ist der Fall CSSR kein einmaliges Kavaliärsdelikt Moskaus. Die Krise des Kommunismus ist ihrer Meinung nach älter als der 21. August 1968 und hat nach den Kongreßdokumentationen ihre tiefste Ursache darin, daß die Sowjetunion seit 50 Jahren ihre eigenen Theorien und Praktiken anderen kommunistischen Parteien aufzwingt und diese an ihrer eigenständigen Entwicklung hindert. Einen Ausweg aus dieser Misere bietet nach Belgrads Meinung nur eine neue, demokratischere Rolle der kommunistischen Partei in der Gesellschaft.

90,1 Prozent der Delegierten des Kongresses nehmen zum erstenmal an einem Parteikongreß teil. 43,8 Prozent wurden von Betriebsorganisationen delegiert. 11,6 Prozent waren Frauen; ungefähr ebenso viele Delegierte waren jünger als 27 Jahre. Der Bund der Kommunisten Jugoslawiens hat gegenwärtig mehr als 1 120 000 Mitglieder. Seit dem



Foto: dpa

Tito:

Eine unaufhaltsame Welle der nationalen Befreiung geht durch die Welt und kommt vor allem im Kampf der Völker Asiens, Afrikas und Lateinamerikas für ihre Unabhängigkeit zum Ausdruck. Dabei hat sich die Überzeugung gefestigt, daß die unerläßliche Vorbedingung für die Erhaltung des Weltfriedens die Unabhängigkeit, Souveränität und Gleichberechtigung aller Völker ist. Die Politik der Blockfreiheit ist der klarste Ausdruck dieser Bestrebungen. Die Ent-

wicklung hat den Wert dieser Politik als echte Alternative zur Politik der Stärke, des Drucks, der Beherrschung und der Diskriminierung bewiesen. Die Orientierung der größten Mächte auf die Vermeidung einer atomaren Katastrophe ist zweifellos positiv. Gleichzeitig kann jedoch die Politik des Friedens und Fortschritts nicht allein auf der Teilung der Welt basieren — unter Ausschluß der Mehrheit der Staaten von der Lösung internationaler Probleme.

Gesamtstaates durchzuführen. Die führende Rolle der Partei dürfe nicht durch administrative Mittel gesichert werden, sondern sie müsse sich ständig durch klarere Zielsetzung der Organisation, durch bessere Arbeit der Mitglieder, durch überzeugende Argumente durchsetzen. Ausdrücklich wurde darauf hingewiesen, daß der Bund der Kommunisten gegenüber Kritiken und Vorschlägen aus der Arbeiterschaft, aus den Selbstverwaltungskörpern und aus anderen Organisationen „offen“ sein muß.

Die außenpolitische Resolution des Parteitag, obwohl zurückhaltend

8. Kongreß im Dezember 1964 traten 270 000 Mitglieder bei. 32 Prozent davon sind Arbeiter. 80 Prozent waren zur Zeit ihres Beitritts unter 25 Jahren. In der gleichen Zeit wurden 49 000 Mitglieder ausgeschlossen, und 37 000 traten aus der Partei aus.

62 Prozent der Parteimitglieder sind jünger als 40 Jahre, und nur 4,5 Prozent sind über 50 Jahre alt. „Mit einer so jungen Partei, der gegenüber andere osteuropäische KPs wie Altenheime wirken müssen, kann Tito es noch mit manchen Widrigkeiten aufnehmen“, meinte ein Beobachter.

China: Tendenz zur Zentralisierung

Die schweren Zwischenfälle an der sowjetisch-chinesischen Grenze und die in letzter Stunde erfolgte Absage des in Peking festgesetzten chinesisch-amerikanischen Treffens stellen China wieder ins Zentrum einer starken internationalen Spannung. Und doch fehlte es in der letzten Zeit nicht an Anzeichen, daß in die Isolierung, in die das große asiatische Land gedrängt worden war, einige Breschen geschlagen werden könnten. Mindestens zwei Faktoren schienen ermutigend. Im Westen haben zwei atlantische Staaten, Italien und Kanada, ihre Absicht, mit Peking normale diplomatische Beziehungen aufzunehmen, bekanntgegeben.

Im Osten stellt man eine gewisse vorsichtige Entspannung in den Beziehungen zwischen China und einer ganzen Reihe von asiatischen Ländern, von Indien bis Japan und mit Ausnahme Indonesiens, fest.

Alles, was man über die Zeit seit dem Oktober in der VR China weiß, bestätigt, daß die Phase der „Kulturrevolution“ als abgeschlossen betrachtet wird und daß man in die Periode eingetreten ist, in der man versucht, eine festere Organisationsstruktur und einen festeren politischen Rahmen des Landes wieder aufzubauen.

Der größte Einsatz gilt dem „Wiederaufbau“ der von den Stürmen der „Kulturrevolution“ aufgewühlten und oft zerwühlten Partei. Krönung dessen soll der jetzt beginnende Parteitag werden. Alle sind überzeugt, daß aus dem Kongreß eine neue Partei hervorgehen müsse, mit zum größten Teil neuen, eben aus der „Kulturrevolution“ hervorgegangenen Führern, neuen Provinzkadern und neuen Organisationskriterien. Im „demokratischen Zentralismus“, der noch immer als richtungsweisend für die politische Struktur von Partei und Land verkündigt wird, liegt das Hauptgewicht heute vor allem auf dem Zentralismus. Die Theorie der „verschiedenen Zentren“ wird als eine perverse Erfindung Liu Schao-tschis angeprangert, obwohl sie tatsächlich aus den Reihen der Träger der „Kulturrevolution“ zur Zeit ihrer größten Explosion hervorgegangen ist.

Es muß den chinesischen Führern zugebilligt werden, daß sie sich einige „freiheitliche“ Auslegungen der „Kulturrevolution“ nie angeeignet hatten, Interpretationen, die hingegen im Westen herumgeboten wurden. Wahrscheinlich liegt in der großen Anstrengung zur „Vereinheitlichung“ die Synthese der „Kulturrevolution“, des heftigen politischen Kampfes, der sie begleitet hat und ihrer gegenwärtigen organisatorischen Verlängerung.

Angelus
H. Johansen

Manipulierte sozialistische Erbschaft

Bemerkungen zur
Aufarbeitung der
November-
revolution 1918
durch die SED



Der Vorsitzende der SED-W sagte am 21. 10. 68: „Niemand kann übersehen, daß 50 Jahre nach der Novemberrevolution und nach der Gründung der Kommunistischen Partei Deutschlands ein sozialistischer Staat deutscher Nation besteht — die Deutsche Demokratische Republik... Die Machtfrage ist endgültig zugunsten der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten entschieden; die führende Rolle der Arbeiterklasse und ihrer marxistisch-leninistischen Partei wird erfolgreich verwirklicht; sie sichert die schöpferische Teilnahme der Volksmassen an der Leitung des Staates, der Wirtschaft, der Kultur und des Bildungswesens.“(1) Diese Aussage unterscheidet sich nicht wesentlich von jener der Wissenschaftler im Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED: „Unsere Partei hat die Lehren der größten deutschen Wissenschaftler Karl Marx und Friedrich Engels — unter sorgfältiger Auswertung der Lehren Lenins und der großen Erfahrungen der Kommunistischen Partei der Sowjetunion und der internationalen Arbeiterbewegung — in einem Drittel Deutschlands verwirklicht. Sie hat die Forderungen der Geburtsurkunde der Kommunistischen Partei, des Kommunistischen Manifestes verwirklicht.“(2) Zu beiden Behauptungen läßt sich in Kürze nur sagen: einen sozialistischen Staat kann es — nach marxistischen Kriterien — nur geben mit sozialistischen Produktionsverhältnissen.

Bedeutet die Verstaatlichung der

Produktionsmittel, wie sie in der DDR und den übrigen Volkdemokratien vorgenommen wurde, bereits Sozialismus? Die Begründer des wissenschaftlichen Sozialismus waren anderer Ansicht. In HERRN EUGEN DÜHRINGS UMWÄLZUNG DER WISSENSCHAFTEN schrieb Engels: „Weder die Verwandlung in Aktiengesellschaften, noch die in Staatseigentum hebt die Kapitaleigenschaft die Produktivkräfte auf... Das Staatseigentum an den Produktivkräften ist nicht die Lösung des Konflikts, aber es birgt in sich das formelle Mittel, die Handhabe der Lösung.“(3) Die Verstaatlichung stellt also nur einen ersten Schritt in Richtung auf sozialistische Verhältnisse dar, aber keineswegs bereits ihre Erreichung. Die stellte sich Marx, in der KRITIK DES GOTHAER PROGRAMMS, vor als eine „...genossenschaftliche, auf Gemeingut an den Produktionsmitteln gegründete Gesellschaft.“(4) Wenn man sich weiter ins Gedächtnis ruft, daß im Kommunistischen Manifest die sozialistische Gesellschaftsordnung beschrieben wird als „... Assoziation, worin die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist“ (5), ermißt man unschwer die Versteigerung jener SED-Behauptungen.

Die SED und die SED-W betrachten sich als die legitimen Erben der revolutionären Traditionen der deutschen Arbeiterbewegung, u. a. auch als die Testamentsvollstrecker Rosa Luxemburgs und Karl Liebknechts. „Heute“, sagte das Sekre-

tariatsmitglied des Parteivorstandes der SED-W, Kniestedt, am 15. 1. 69, „lebt das Wirken Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs im Kampf der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands... Es lebt im Kampf unserer Partei, der SED-W...“ (6)

Inwieweit ist eine solche Selbsteinschätzung bei Parteien gerechtfertigt, deren innere Struktur noch autoritärer als die der SPD ist und die einen ungeheuren besoldeten Funktionsapparat unterhalten, der zentral dirigiert wird, während Karl Liebknecht schon in seinen Gefängnisaufzeichnungen feststellte: „Das ist der verhängnisvolle Zirkel, in dem sich die großen zentralisierten mit fest besoldeten, und von ihrem bisherigen Klassenniveau aus gut besoldeten Funktionären versehenen Organisationen bewegen, daß sie in der Berufsbürokratie eine der revolutionären Interessen des Proletariats geradewegs feindliche Schicht nicht nur erzeugen, sondern zu ihrem bevollmächtigten Führer und gar leicht Tyrannen machen, die ein energisches Interesse gegen eine revolutionäre Taktik des Proletariats haben, während die geistige und moralische Selbständigkeit, der Wille, die Initiative, die Eigenaktion der Massen zurückdrängt oder ganz ausgeschaltet wird.“(7) Als Abhilfe empfahl Liebknecht: „Beseitigung der besoldeten Bürokratie, oder ihre Ausschaltung von allen Beschlüssen, ihre Einschränkung auf technische Hilfsarbeit. Verbot der Wiederwahl aller Funktionäre

nach bestimmter Dauer, wodurch zugleich die Zahl der organisations-technisch bewanderten Proletarier erhöht wird; jederzeitige Initiative Absetzungsmöglichkeit während der Amtsdauer; Beschränkung der Zuständigkeit der Instanzen; Urabstimmung für wichtige Fragen (Veto und Initiative.“(7a) Hier genügt wohl die Gegenüberstellung dieser Forderungen zur Praxis des SED-Apparates, dessen Funktionäre allein von der Spitze her entfernt werden können, um die Distanz zwischen „Liebknechts Wirken“ und der SED-Wirklichkeit festzustellen.

Folgende Lehren zog Dietmar Ahrens, Sekretariatsmitglied des Parteivorstandes der SED-W, aus dem deutschen November: „Verlauf und Ergebnisse der Novemberrevolution vermitteln aber auch die Lehre, daß die Arbeiterklasse, um siegreich zu sein, eine revolutionäre marxistisch-leninistische Partei braucht. Der Spartakusbund hatte an der Spitze der revolutionären Kräfte einen unbeirrbar und aufopferungsvollen Kampf geführt, um die Revolution zum Siege zu führen.

Aber aller Heroismus der Arbeiterklasse konnte die fehlende revolutionäre Partei nicht ersetzen... So wurde im Feuer der Revolution von den deutschen Marxisten-Leninisten mit der Gründung der KPD ein für den Sieg der Arbeiterklasse in jedem Lande gesetzmäßig notwendiger Schritt vollzogen.“(8) Zum gleichen Thema bemerkte Walter Ulbricht am 30. 12. 68: „Die Gründung der KPD bedeutete nicht nur die Fortführung der marxistischen Tradition der Frühzeit der deutschen Arbeiterbewegung, sondern einen Fortschritt zum Marxismus-Leninismus. Das Programm der Partei basierte auf der Leninschen Lehre von der sozialistischen Revolution und enthielt das Bekenntnis zum Kampf um die Diktatur des Proletariats und zur Entwicklung der KPD zu einer Partei neuen Typus.“(9)

Es ist grotesk, wenn in diesen Äußerungen allen Ernstes die Mitglieder des Spartakusbundes als Leninisten bezeichnet werden und ihrem Programm unterstellt wird, es basiere auf leninschen Lehren. Schon 1904 schrieb Rosa Luxemburg gegen Lenins Vorstellung eines straff zentralisierten Parteaufbaus: „Fehlritte, die eine wirklich revolutionäre Arbeiterbewegung begeht, sind geschichtlich unermesslich fruchtbar und wertvoller als die Unfehlbarkeit des allerbesten Zentralkomitees.“(10) Und wie wenig ihre Auffassung mit der Praxis der SED, die sich als Leninsche Partei neuen Typus' begreift, zu tun hat, zeigt ihre Kritik an der Starrheit von Parteiorganisationen: „Die steife,

mechanisch-bureaucratische Auffassung will den Kampf nur als Produkt der Organisation auf einer gewissen Höhe ihrer Stärke gelten lassen. Die lebendige Dialektische Entwicklung läßt umgekehrt die Organisation als ein Produkt des Kampfes entstehen.“(11) Mit diesem Äußerungen ist Rosa Luxemburg der SED-Bürokratie natürlich sehr unangenehm, weshalb es bis heute noch nicht einmal eine vollständige Ausgabe ihrer Schriften in der DDR gibt. Wie wenig die Spartakusführer sich bei der KPD-Gründung von diesen Ansichten abgewandt hatten, zeigt das Programm selbst. U. a. findet sich hier der Satz: „Das Wesen der sozialistischen Gesellschaft besteht darin, daß die große arbeitende Masse aufhört, eine regierte Masse zu sein, vielmehr das ganze politische und wirtschaftliche Leben selbst lebt und in bewußter freier Selbstbestimmung lenkt...“ (12) Dem steht zum Beispiel in der SED-Wirklichkeit entgegen, daß die von den Belegschaften gewählten Betriebsräte bereits 1948 aufgelöst und durch Vertrauensleute der vom Staat abhängigen Gewerkschaften ersetzt wurden. Im Gegensatz zu Lenins Auffassung von der Behauptung der Macht durch Terror schrieb Rosa Luxemburg in dem von ihr entworfenen KPD-Programm: „Die proletarische Revolution bedarf für ihre Ziele keines Terrors, sie haßt und verabscheut den Menschenmord.“ (12a) Und zur Leninschen These von der Rolle der Partei als Vorhut der Arbeiterklasse heißt es im Programm: „Der Spartakusbund ist keine Partei, die über die Arbeitermassen oder durch die Arbeitermasse zur Herrschaft gelangen will... Der Spartakusbund wird nie anders die Regierungsgewalt übernehmen als durch den klaren, unzweideutigen Willen der großen Mehrheit der proletarischen Massen in Deutschland, nie anders als Kraft ihrer bewußten Zustimmung zu den Ansichten, Zielen und Kampfmethoden des Spartakusbundes.“ (12b) Während die Bolschewiki im August 1917 den „demokratischen Zentralismus“ als Organisationsprinzip in das Parteistatut übernommen hatten, Beschlüsse höherer Parteigremien für die unteren unbedingt verbindlich waren, sagte Eberlein als Organisationsreferent auf dem Gründungsparteitag der KPD: „Es darf von oben her nicht uniformiert werden. Die einzelnen Organisationen müssen völlige Autonomie haben. Sie dürfen nicht auf Parole von oben her warten, sondern sie müssen aus eigener Initiative arbeiten.“ (12c)

Die angeführten Zitate zeigen wohl deutlich die Haltlosigkeit der Klassifizierung der Spartakusführer als Leninisten. Warum aber legt die SED solchen Wert auf diese Klassifizierung, was veranlaßt sie — und in ihrem Gefolge die SED-W, deren Geschichtsbild sich nicht von dem der Bruderpartei unterscheidet — zu solchen Entstellungen des tatsächlichen Geschehens? Gewisse Aufschlüsse darüber finden wir in der Entstehung der GESCHICHTE

DER DEUTSCHEN ARBEITERBEWEGUNG, herausgegeben vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED.

Nach mehreren Ansätzen befahl das ZK der SED am 29. 7. 56: „In den nächsten Jahren ist ein Lehrbuch der Geschichte der Partei der deutschen Arbeiterklasse vorzubereiten.“ (13) Kommissionen wurden eingesetzt, aber erst 1962 konnte ein „Grundriß zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung“ vorgelegt werden, der im April 1963 vom ZK nach leichten Änderungen gebilligt wurde. Nach diesem Grundriß arbeitete man die seit 1966 erschienenen 8 Bände der GESCHICHTE... aus. Für die sehr lange Entstehungszeit, gemessen an der Zahl der eingesetzten Historiker und der materiellen Mittel, war in erster Linie die politische Bevormundung der Historiker verantwortlich. Denn, wie das Politbüromitglied Kurt Hager 1962 eindeutig sagte, die SED verlangt, „daß sich die Geschichtswissenschaft in der gesamten Arbeit jederzeit von den politischen Erfordernissen des gegenwärtigen Kampfes leiten läßt und daher von den Beschlüssen der Partei ausgehen muß.“ (14) Die Partei bestimmt also, was in der Geschichte stattgefunden haben darf, und was nicht.

KPD/SU als Maßstab

Vor allem aber wird die deutsche Arbeiterbewegung — schon im 2. Band, der 1917 endet, werden in zunehmendem Maße nur mehr die KPD bzw. ihre Vorläufer behandelt — ausschließlich am Vorbild der bolschewistischen Entwicklung gemessen: alle anders verlaufenden Prozesse und Entscheidungen gelten als Fehler. Beispielsweise heißt es: „W. I. Lenin hatte unter den Bedingungen des Imperialismus die Lehre von der Partei neuen Typus entwickelt, die Möglichkeit des Sieges des Sozialismus zunächst in einem Lande begründet und die Strategie und Taktik des Kampfes um die Diktatur des Proletariats ausgearbeitet. Die Große Sozialistische Oktoberrevolution war ein Triumph der Ideen des Marxismus-Leninismus und bestätigte die Genialität W. I. Lenins als des Fortsetzers des Werkes von Karl Marx und Friedrich Engels... Da sich in jeder sozialistischen Revolution unvermeidlich die Grundzüge der Oktoberrevolution wiederholen, besaßen und besitzen ihre grundsätzlichen Lehren und Erfahrungen allgemeingültige Bedeutung.“ (17) Diese Behauptung wird innerhalb der Geschichtsschreibung kommunistischer Parteien Moskauer Prägung nicht kritisch analysiert, sondern als Dogma betrachtet.

Lenin hingegen wußte sehr wohl, daß die industrielle Rückständigkeit Rußlands nach marxistischen Kriterien eine proletarische oder sozialistische Revolution ausschloß; es war auch keine Rede vom „Aufbau des Sozialismus in einem Lande“, sondern mit allen Mitteln versuchten die Bolschewiki die Ausdehnung der Revolution in die Industrieländer Europas zu erreichen, um

den Sieg des Sozialismus zu ermöglichen. Noch auf dem 7. Parteitag der KPdSU erklärte Lenin: „Es ist eine absolute Wahrheit, daß wir ohne die deutsche Revolution zugrunde gehen.“ Angesichts dieser Einschätzung der Oktoberrevolution durch Lenin zeugt es von einem weitgehend undialektischen Denken, diese als allgemein gültiges Revolutionsrezept hinzustellen, ohne die jeweils spezifischen Verhältnisse ökonomischer, politischer und bewußtseinsmäßiger Art zu berücksichtigen. „Marx und Engels haben die von ihnen begründete neue ‚materialistisch-dialektische‘ Methode und ‚kommunistische Weltanschauung‘ niemals als eine ‚rein wissenschaftliche Lehre‘ hingestellt, die als solche dazu berufen sei, eine ‚Umwälzung der Wissenschaft‘ hervorzubringen... Sie haben sich auch die praktische Wirksamkeit ihrer Theorie niemals in der Form der sukzessiven Ausbreitung einer für die Massen ihrer Anhänger und schließlich gar für die bürgerlichen Staatsgewalten ‚richtunggebenden‘ Lehre vorgestellt... Im zweifachen Gegensatz zu dem ideologischen Standpunkt der bürgerlichen Wissenschaftstheoretiker die ‚reine‘ oder wissenschaftliche Erkenntnis als eine selbständige Wesenheit der geschichtlichen Praxis gegenüberstellt, und zu dem doktrinären Standpunkt der utopischen Sozialisten und Kommunisten ihrer Zeit besteht für Marx und Engels das neue wissenschaftliche Prinzip ihrer materialistisch-dialektischen Methode und kommunistischen Weltanschauung gerade in der kritischen Vernichtung aller solcher ideologischer und doktrinärer Selbsttäuschungen und in der allgemeinen, also auch auf die materialistisch-dialektische Auffassung selbst an-

Spartakusbundes, den die SED als Vorläufer des marxistisch-leninistischen Partei ansieht, gewaltsam aufgewertet und ihm die führende Rolle bei den revolutionären Aktionen zugeschrieben. Die „enge“ Zusammenarbeit beim Januarstreik 1918 sah folgendermaßen aus: „Der Spartakusbund hatte keinen Vertreter in dem Kreis der revolutionären Obleute. Es wurde auch keiner zugelassen, weil man die frühzeitige Bekanntgabe der Beschlüsse fürchtete.“ (20) Auch hatten die Obleute ohne Einflüsse durch die Oktoberrevolution ihre Organisation bereits im Juni 1917, wie sich auf dem Kölner Metallarbeiter-Verbandstag zeigte, über ganz Deutschland ausgedehnt.

Die Abhängigkeit vom sowjetischen Leitbild äußert sich auch in der Bewertung der Novemberrevolution. Vor dem XX. Parteitag der KPdSU, auf dem Chruschtschow öffentlich eingestand, daß Stalin sich schwerster Verbrechen schuldig gemacht hätte, galt innerhalb der SED-Geschichtsschreibung uneingeschränkt der KURZE LEHRGANG DER GESCHICHTE DER KPdSU (B) von 1938: „Allerdings war die Revolution in Deutschland eine bürgerliche Revolution und keine sozialistische, waren die Räte das gefügige Werkzeug des bürgerlichen Parlaments...“ (21) Nach 1956 herrschte auch in der innerparteilichen Diskussion der SED ein Hauch von Tauwetter und unter den Historikern begann eine Auseinandersetzung mit den sowjetischen Thesen. Im Januarheft der EINHEIT 1957 schrieb der Altkommunist Robert Leibbrand: „Die Charakterisierung der Novemberrevolution schlechthin als eine bürgerliche Revolution verleitete zu einer Unterschätzung und Verkleinerung dieses

„Socialism is the name given both to a widespread body of doctrines and to a world-wide movement taking many different forms. A short and comprehensive definition is impossible...“

„Encyclopaedia Britannica“, Band 20, London

Sozialismus ist die Bezeichnung für eine weitverbreitete Sammlung von Lehren wie auch für eine über die ganze Welt gehende Bewegung von vielerlei Gestalt. Eine kurze und umfassende Begriffsbestimmung ist unmöglich...“

gewandten Einsicht, daß alle wissenschaftliche Theorie nur das Erzeugnis der historischen Bewegung selber ist.“ (18)

Die starre Übertragung des sowjetischen Vorbildes steigert sich in der SED-Geschichtsschreibung manchmal bis zum Grotesken, so wenn z. B. gesagt wird: „... die Spartakusgruppe (rief) Anfang Januar 1918 auf, zum Massenstreik zu rüsten. Dabei arbeitete sie eng mit linken Kräften der USPD zusammen, vor allem mit den revolutionären Obleuten in den Betrieben der Metall- und Rüstungsindustrie. Die Obleute... hatten ihre illegale Organisation nach der Oktoberrevolution erweitert und ausge-

baut.“ (19) Hier wird die Rolle des großen Kampfes des deutschen Proletariats... Meines Erachtens war die Novemberrevolution nach ihrer historischen Aufgabe, nach ihren Grundkräften und nach den Zielen des Proletariats eine sozialistische Revolution.“ (22) Auch andere Historiker, der SED, darunter Albert Schreiner, rückten von der stalinistischen Charakterisierung der Novemberrevolution ab, und schließlich erklärte Roland Bauer im März 1958, wobei er durch sorgfältige Quellenhinweise die Stimmigkeit seiner Einschätzung mit den Ansichten Lenins, Luxemburgs u. a. zeigte: „Die Novemberrevolution war folglich ihrem Charakter nach

eine über die ersten Anfänge nicht hinausgekommene, niedergeschlagene proletarische Revolution. Eine solche Einschätzung entspricht sowohl den Auffassungen von Marx, Engels und Lenin über die proletarische Revolution als auch den Einschätzungen der Novemberrevolution durch den Spartakusbund und die Kommunistische Partei Deutschlands.“(23) Ein immer größer werdender Kreis von SED-Historikern schloß sich dieser Bewertung an.

Dann veröffentlichte NEUES DEUTSCHLAND am 18. 6. 1958 einen Artikel Ulbrichts, der erklärte, daß Politbüro verwerfe die „falschen Auffassungen vom sozialistischen Charakter der Novemberrevolution“ und habe nach eigenen Arbeiten den Revolutionscharakter näher bestimmt: „Auf Grund der Ergebnisse muß man die Novemberrevolution als bürgerlich-demokratische Revolution einschätzen, die in gewissem Umfang mit proletarischen Mitteln und Methoden durchgeführt werden mußte.“(24) Mit diesem Machtanspruch, dem entsprechende Drohungen an die Geschichtswissenschaftler folgten — „Die Diskussionen über den Charakter der Novemberrevolution zeigen, daß es notwendig ist, daß die Geschichtsinstitute in unserer Republik überprüfen, inwieweit der historische Materialismus die Grundlage und Methode ihrer Arbeit ist“(17a) —, war die Diskussion beendet. In Band III der GESCHICHTE... steht denn auch auf Seite 197 die wörtliche Wiederholung dieser These, wobei nicht einmal in diesem genügend Raum bietenden Werk die verwendeten zentralen Begriffe: Bürgerliche Revolution, Demokratische Revolution, Sozialistische Revolution klar definiert werden. Es wird in diesem Zusammenhang nur behauptet:

„Eine Revolution nimmt erst sozialistischen Charakter an, wenn unter Führung der marxistisch-leninistischen Partei das Klassenbewußtsein und die Organisiertheit der Arbeiterklasse und das Bündnis mit der werktätigen Bauernschaft und den anderen werktätigen Schichten so gefestigt sind, daß die Arbeiterklasse ihre Hegemonie verwirklichen... kann...“(25)

Diese Behauptung spricht dem tatsächlichen Verlauf der chinesischen Revolution, der Entwicklung der vietnamesischen Befreiungsfront oder der cubanischen Revolution zwar Hohn, aber die SED beharrt auf allgemein gültigem Anspruch ihrer Auffassung und erklärt andere Konzeptionen für fehlerhaft wegen „der Unterschätzung der führenden Rolle der marxistisch-leninistischen Partei“. Hier liegt nun auch der Grund, warum die Novemberrevolution nicht „sozialistisch“ gewesen sein kann: Da der Spartakusbund keine Partei des „neuen Typus“ war — das ist erst die SED — darf die Novemberrevolution eben nicht „sozialistisch“ gewesen sein. Und eine sozialistische Revolution ohne die „führende Rolle“ einer „marxistisch-leninistischen Partei“ ist der SED ohnehin unheimlich, was sie übrigens mit allen

etablierten KPs Moskauer Prägung gemein hat — es sei nur an die Haltung der lateinamerikanischen KPs zur cubanischen Revolution, zur bewaffneten Guerilla erinnert oder an die KPF im Mai 1968 oder an die Stellung der SED während der CSSR-Invasion.

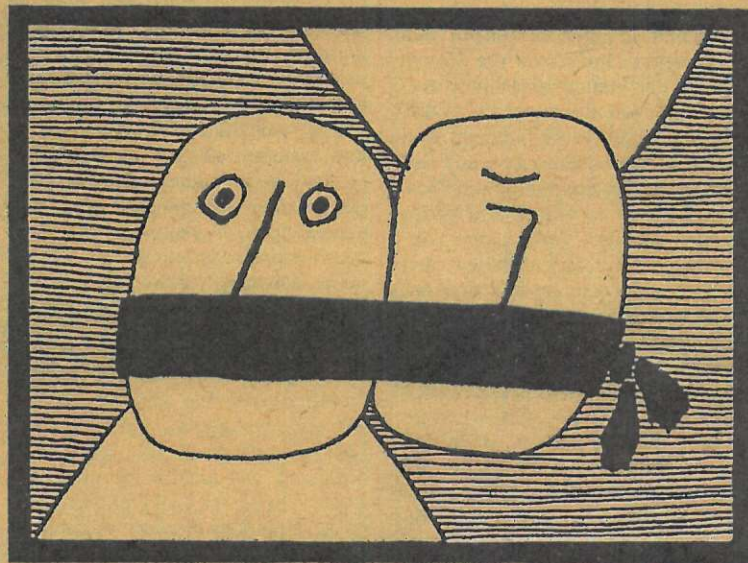
Abgesehen von diesen allgemeinen Erwägungen gab es für die SED noch einen speziellen Grund, der Ulbrichts Entscheidung notwendig machte: „Der 1. Sekretär des ZK der SED“, schrieb der Historiker Engelberg 1963, „hätte in dieser Streitfrage um den Charakter der Novemberrevolution nicht Stellung zu nehmen brauchen, wenn es lediglich um eine rein historische Frage gegangen wäre. — Hier ging es aber um die zentrale Frage der politischen Strategie im Kampf um die Macht.“(26)

SED und Rosa Luxemburg

Angesichts dieser Einstellung, die wegen momentaner Zweckmäßigkeitserwägungen die Vergangenheit zu einem Zerrbild karikiert, das die „Richtigkeit“ taktischer Entscheidungen der Gegenwart nachzuweisen hat, verwundert es nicht weiter, wenn die SED auch die Geschlossenheit ihres doktrinären Weltbildes krampfhaft verteidigt. Einer der neuralgischsten Punkte dieses Weltbildes ist nach wie vor das Verhältnis zu Rosa Luxemburg: Einerseits ist ihre Bedeutung in der II. Internationale und der deutschen Linken zu groß gewesen, als daß man sie erfolgreich totschweigen könnte, und ihr Märtyrertod bewahrte sie auch in den Zeiten des extremsten Stalinismus vor der völligen Verdammung, andererseits sind ihre revolutionären Gedanken für jeden bürokratischen Parteiapparat sehr gefährlich. Daher versucht die SED mit zweierlei Methoden Luxemburgs Ansehen zu usurpieren, zugleich jedoch ihre Gedanken zu unterdrücken. Die eine ist die der Vertuschung: soweit ihre Ansichten von denen Lenins abweichen, werden sie zu Fehlern erklärt, ansonsten die Differenzen bagatellisiert. Ein Glanzstück dieser Methode ist etwa folgendes Zitat des vorhin erwähnten Kniestedt in der WAHRHEIT vom 16. 1. 1969:

„Was die Frage des Verhältnisses Rosa Luxemburgs zu den Bolschewiki und Lenin anbetrifft, so können die Geschichtsfälscher der Bourgeoisie ihre Widerspruchskonstruktionen ruhig dem Papierwolf überlassen.“ Da wir schon einige der Differenzen Luxemburgs mit Lenin besprochen haben genügt es wohl, wenn wir dieser Dreistigkeit, die anscheinend mit der völligen Unkenntnis der Zuhörer und Leser rechnet, nur noch einmal die konträren Standpunkte demonstrieren. Zu den Organisationsprinzipien der Partei sagt Lenin: „Der Bürokratismus entgegen dem Demokratismus, das ist eben das Organisationsprinzip der revolutionären Sozialdemokratie entgegen dem Organisationsprinzip der Opportunisten.“(27) Dagegen Luxemburg:

„Der von Lenin befürwortete Überzentrismus scheint uns in seinem ganzen Wesen nicht vom positivschöpferischen, sondern vom sterilen Nachwächter-Geist getragen zu sein. Sein Gedankengang ist hauptsächlich auf die Kontrolle der Parteitätigkeit und nicht auf ihre Befruchtung, auf die Einengung und nicht auf die Entfaltung, auf die Schurigelung und nicht auf die Erziehung der Bewegung zugeschnitten.“(28)



Sehen und sagen

Ungarische Karikatur

Die andere, weit wirkungsvollere Methode praktiziert die SED schon seit ihrer Entstehung sehr erfolgreich, nämlich die des Verschweigens. Noch immer, obwohl die SED große Beträge für die Erforschung der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung ausgibt, zahlreiche Institute unterhält, die sich vornehmlich diesem Thema widmen, und umfangreiche archivarische Materialien besitzt, gibt es keine vollständige Ausgabe der Werke Karl Liebknechts, geschweige denn der Rosa Luxemburg. 1951 sind zwei Bände AUSGEWÄHLTE REDEN UND SCHRIFTEN erschienen, in denen alle der SED prekären Werke (z. B. die Kritik der russischen Revolution), genauer, das meiste, was sie je geschrieben hat, nicht enthalten ist. Die Berechtigung der SED, sich als legitimen Erben der revolutionären Traditionen der deutschen Arbeiterschaft, des Spartakusbundes und seiner Führer im besonderen zu betrachten, ist bei dieser Sachlage äußerst fragwürdig. Im Falle Rosa Luxemburgs kann sie sich daüber hinaus nicht einmal auf die Autorität Lenins berufen, der 1922, nachdem Paul Levi ihre Gefängnisschrift DIE RUSSISCHE REVOLUTION herausgegeben hatte, in seinen NOTIZEN EINES PUBLIZISTEN schrieb: „...sie irrte in ihren Gefängnisschriften 1918 (wobei sie selbst beim Verlassen des Gefängnisses Ende 1918 ihre Fehler zum großen Teil korrigierte). Aber trotz aller dieser Fehler war und bleibt sie ein Adler; und nicht nur wird die Erinnerung an sie den Kommunisten der ganzen Welt immer teuer sein, — der nachfolgende Teil dieses Zitats wird bislang in der gesamten

SED-Literatur sorgfältig ausgespart

— „sondern ihre Biographie und die vollständige Ausgabe ihrer Werke (womit sich die deutschen Kommunisten in unmöglicher Weise verspäten, wofür sie nur teilweise mit der unerhörten Menge der Opfer in ihrem schweren Kampf zu entschuldigen sind) werden eine sehr nützliche Lehre darstellen.“(29)

Das Wort vollständig ist im Original unterstrichen.

QUELLENNACHWEIS

- 1) Danelius in WAHRHEIT vom 9./10. 11. 1968
- 2) Sonderheft der EINHEIT, August 1962, S. 2
- 3) Friedrich Engels: HERRN EUGEN DÖHRINGS UMWALZUNG DER WISSENSCHAFTEN, Moskau, 1946, S. 345
- 4) Karl Marx: KRITIK DES GÖTHAER PROGRAMMS in ausgewählte Schriften, Dietz-Verlag, Berlin 1951, Band II, S. 15
- 5) Ebd., Band I, S. 43
- 6) WAHRHEIT, 16. 1. 1969
- 7) Karl Liebknecht: POLITISCHE AUZEICHNUNGEN AUS DEM NACHLASS, Berlin 1921, S. 27 f.
- 7a) ebd.
- 8) WAHRHEIT, 9./10. 11. 1968
- 9) Ulbricht, NEUES DEUTSCHLAND, 31. 12. 1968
- 10) Paul Frölich: ROSA LUXEMBURG, Hamburg 1949, S. 111
- 11) Rosa Luxemburg: AUSGEWÄHLTE REDEN UND SCHRIFTEN, I, S. 219, Berlin 1951
- 12) einschl. a-c) BERICHT ÜBER DEN GRÜNDUNGSPARTEITAG DER KOMMUNISTISCHEN ..., o. O. u. o. J., S. 51, 54, 56, 44
- 13) DOKUMENTE DER SED, VI, Dietz Verlag Berlin, 1958, S. 127
- 14) Sonderheft der EINHEIT, Sept. 1962, S. 100, 31. 39
- 17) GESCHICHTE DER DEUTSCHEN ARBEITERBEWEGUNG, III, S. 15 f.
- 18) Karl Korsch: DIE MATERIALISTISCHE GESCHICHTSAUFFASSUNG, Leipzig 1929, S. 10
- 19) GESCHICHTE III, S. 27
- 20) Richard Müller: VOM KAISERREICH ZUR REPUBLIK, Wien 1924, S. 101
- 21) GESCHICHTE DER KPdSU (BOLSCHEWIKI) KURZER LEHRGANG, Moskau 1939, S. 279
- 22) EINHEIT, I 1957, S. 107
- 23) ZEITSCHRIFT FÜR GESCHICHTSWISSENSCHAFT, I 1958, S. 32, 168
- 24) NEUES DEUTSCHLAND, 18. 6. 1958
- 25) GESCHICHTE III, S. 198
- 26) ZEITSCHRIFT FÜR GESCH., IV 1963, S. 661
- 27) Wladimir I. Lenin: EIN SCHRITT VORWÄRTS ZWEI ZURÜCK, zit. nach Anm. 10, S.
- 28) Rosa Luxemburg: ORGANISATIONSFRAGEN DER RUSSISCHEN SOZIALDEMOKRATIE, zit. nach Anm. 10, S. 111
- 29) AUSGEWÄHLTE SCHRIFTEN, München 1963, S. 1120

Gewerkschafts- jugend und Mitbestimmung

Die Gewerkschaftsjugend ist selbstbewußter geworden. Das zeigen einmal die Entschließungen der verschiedenen Jugendkonferenzen des vergangenen Jahres, die die Unterstützung der vietnamesischen Revolution, die Anerkennung der DDR und der Oder-Neiße-Grenze, den Austritt der Bundesrepublik aus der NATO und den Kampf gegen Notstandsgesetze und Neofaschismus gefordert haben. Viele junge Gewerkschafter haben auch an den Anti-Springer-Aktionen und den Anti-Notstandsaktionen der außerparlamentarischen Opposition teilgenommen. Und das ist das Neue. Sie haben gelernt, wie ihre politischen Forderungen in die Öffentlichkeit gebracht werden können, ohne daß der Gewerkschaftsapparat für sie denkt und lenkt. Sie haben jedoch auch erfahren, wie dieser Gewerkschaftsapparat die Notstandsopposition im Stich gelassen hat und alles vermeidet und unterdrückt, was der SPD und der Konzentrierten Aktion schaden könnte.

Kann man von kritischen Gewerkschaftern erwarten, daß sie sich bedingungslos hinter die Mitbestimmungsforderung der Gewerkschaftsführungen stellen? Wohl kaum. Wenn die Mitbestimmung keine wirksame Gegenmacht der Arbeiter gegen Entlassungen, gegen die Konzentrations- und Preispolitik der Monopole ist, wird sie auch nicht allzu viele Arbeiter interessieren. Wenn die Mitbestimmung kein Instrument des Kampfes der Lohnabhängigen, sondern — wie die Praxis der Mitbestimmung und die Beteuerungen des DGB zeigen — ein Instrument zur Verhinderung ihres Kampfes ist, warum sollten die Lohnabhängigen dann für sie kämpfen? Die Arbeitsdirektoren und Aufsichtsräte in den Mitbestimmungsorganen sind aufgrund gesetzlicher Bestimmungen nur dem „Wohl des Unternehmens“ verpflichtet; sie sind rechtlich „Arbeitgeber“. Gegenüber der Belegschaft und der Gewerkschaft haben sie zu schweigen. Was aber soll die Lohnabhängigen an „Vertreter“ binden, die ihnen keine Verantwortung und Rechenschaft schulden dürfen, die nicht mit ihnen kämpfen dürfen? Das alles sind Fragen, die die Gewerkschaftsführungen ihren eigenen Mitgliedern bislang nicht beantwortet haben, Fragen, die in der innergewerkschaftlichen Diskussion autoritär unterdrückt werden. Stattdessen begreifen sich die Gewerkschaften als „Integrationsfaktor“, d. h. sie wollen eine Organisation sein, die die Arbeiter, Angestellten und Beamten in das bestehende Gesellschaftssystem der Bundesrepublik möglichst reibungslos und ohne

Konflikte einpaßt — eben durch die Mitbestimmung. Was aber ist das für ein Staat, den die Gewerkschaften vorbehaltlos bejahen? Es ist der Staat, der seit über zwanzig Jahren von einer Minderheit von Reaktionsären, ehemaligen Nationalsozialisten und Vertretern der mächtigsten Kapitalgruppen beherrscht wird, der sich die Notstandsgesetzgebung geschaffen hat, um den gewerkschaftlichen und politischen Kampf der Arbeiterschaft zu verhindern, — der Staat, dessen aggressive Außenpolitik eine ständige Quelle internationaler Spannungen darstellt. Was ist das für eine Gesellschaft, in die sich die Arbeiterschaft einordnen soll? Die politische und wirtschaftliche Macht liegt in den Händen einiger Weniger: die Masse der Lohnabhängigen ist ausgeschlossen von den wichtigen Entscheidungen, unmündig gehalten durch Monopolisierung der „öffentlichen Meinung“, abhängig von den Launen des Profits und des kapitalistischen Marktes.

Der abgegriffene Satz, daß die Demokratie unteilbar sei, hat in der Mitbestimmungsdiskussion seine volle Berechtigung: Es kann keine Trennung von politischer und wirtschaftlicher Demokratie geben. Mehr noch. Eine Gesellschaft kann nicht dadurch demokratischer werden, daß die Vertreter der Arbeiter und Angestellten in den Betrieben Verantwortung für das Unternehmen übernehmen, während gleichzeitig in Regierung, Parlament, Justiz und Militär ein umfassender Abbau der Demokratie erfolgt. Autoritärer Staat und Wirtschaftsdemokratie sind logische und politische Gegensätze. Wer sie trotzdem zusammenzwingt, wer das eine fordert, um das andere zu verschweigen, der fördert Illusionen und verfälscht das Bewußtsein der Lohnabhängigen. Der will in der Tat nichts anderes als die „Integration“, die Unterordnung der Gewerkschaften und der Arbeiterklasse unter die Bedingungen des Kapitalismus.

Der ÖTV-Vorsitzende Heinz Klunker sagte zum Stand der Mitbestimmungsdiskussion: „Der Schlüssel zur Verwirklichung der Mitbestimmung liegt jetzt bei der CDU/CSU.“ Damit hat er auch den Schlüssel zum Verständnis der DGB-Politik geliefert. Der Schlüssel zur Verwirklichung eines Mitbestimmungskonzeptes, das umfassende Kontrolle auf allen Ebenen ermöglicht und ein entscheidender Schritt zur Selbstbestimmung der Lohnabhängigen darstellt, ist dagegen einzig der Kampf der Arbeiter und Angestellten. Dieser Kampf muß aber auch — und gerade — gegen jene Kräfte gerichtet werden, die in der Regierung der Großen Koalition und in der Konzentrierten Aktion die Interessen des Kapitals vertreten und auf die gewerkschaftliche Autonomie — vor allem in der Lohnpolitik — verzichtet haben: d. h. gegen die Führungsgruppen der Sozialdemokratie und des DGB.

Junge Gewerkschafter haben in den Aktionen des letzten Jahres erkannt, daß ihre Interessen von der Sozial-

demokratie und den Gewerkschaftsapparaten nicht vertreten, sondern zertreten werden. Auch die Mitbestimmungsforderung entspricht gegenwärtig nicht diesen Interessen, denn als gewerkschaftliches Partnerschaftsangebot verwehrt sie die eigenständige Aktion und Organisation von jungen Gewerkschaftern, Lehrlingen und Jungarbeitern im Betrieb selbst. Hier gibt es vielfältige Probleme, die viel näher liegen: die Politisierung der Wahl des Betriebsjugendsprechers und die Forderung nach einer Betriebsjugendversammlung, Kontrolle des Berufsausbildungssystems usw. Die Diskussion solcher Probleme kann schnell zu einer Kontrolle der Unternehmenspolitik, der Politik des Betriebsrates und auch der jeweiligen gewerkschaftlichen Verwaltungsstelle werden. Sie kann unmittelbare Interessengegensätze und Konflikte sichtbar machen und damit in der Praxis weit über die abstrakte Programm- und Kundgebungs-forderung „Mitbestimmung“ hinausweisen. Das ist der Weg, auf dem sich die gegenwärtige Opposition der Gewerkschaftsjugend zu einer jungen und starken Gewerkschaftsopposition entwickeln kann.

Frank Deppe

Otto Brenner



„Der Rebell von damals, heute noch für Unwissende und Voreingenommene der linke Buhmann, hat als Vorsitzender der IG Metall eine wichtige Aufgabe: Unauffällig vermittelt er zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern, zwischen Sozialisten und Christen, zwischen der APO und dem Staat. Daß er sich dann und wann radikal gebärdet, sollte nicht täuschen. Das ist seine Taktik.“

Die „Kölnische Rundschau (18. 1. 69) über Otto Brenner.

Der DGB vor dem Mai-Kongreß

Ein Betriebsfunktionär schreibt uns:

Der 8. ordentliche Bundeskongreß des DGB vom 18. bis 24. Mai 1969 in München soll den Nachfolger von Ludwig Rosenberg und drei weitere Mitglieder des geschäftsführenden Bundesvorstandes wählen. Die Vorentscheidung über den zukünftigen DGB-Bundesvorsitzenden war „intern“ schon gefallen. Kurt Gscheidle, jetzt 2. Vorsitzender der Postgewerkschaft, soll es werden, wenn nicht eine Privataffäre in Westberlin einen unpolitischen Strich durch die Rechnung macht...

Für einen Funktionär, der im Betrieb die Beschlüsse des Kongresses vertreten soll, ist es interessant, welche Vorstellungen der „neue Mann“ von einer organisatorischen Stärkung des DGB hat.

Kurt Gscheidle hat sich dazu schon sehr deutlich geäußert. Er will die Wahlen im Ort, im Kreis und beim Landesbezirk ersetzen durch die Einsetzung von Bevollmächtigten, die dem geschäftsführenden Bundesvorstand verantwortlich sein sollen. Der entsprechende Entwurf einer neuen Satzung liegt schon vor und soll in München angenommen werden.

Der Patient wird durch diese „Kur“ nicht genesen, sondern nur noch kränker werden. Die Bevollmächtigten der DGB-Organen, die die Vorstellungen des Bundesvorstandes unten durchsetzen sollen, würden damit noch weiter von den Mitgliedern getrennt, als sie es jetzt schon sind. Die politische und gewerkschaftliche Gleichgültigkeit der Arbeitnehmer würde noch verstärkt.

Die Ursache dieser Passivität wird in allen möglichen Zusammenhängen gesucht, und schließlich immer dem Arbeiter angelastet, aber es gibt Beweise genug, daß hier kein zwangsläufiges, unabänderliches Naturgesetz herrscht. Das immer wieder vorgebrachte Argument der Arbeiter: „Weshalb sollte ich in eine Gewerkschaftsversammlung gehen, die da oben machen ja doch, was sie wollen.“ Oder: „Warum soll gerade ich mir den Mund verbrennen“, kommt aus einer jahrelangen bitteren Erfahrung.

Da gab es doch einmal das Schlagwort von der Versachlichung der Lohnverhandlungen. Man hatte bei der Gewerkschaftsführung geglaubt, die Einsicht der Unternehmer in gesamtwirtschaftliche Interessen wecken zu können. Seit der Wirtschaftskrise 1967 ist dies doch wohl deutlich widerlegt.

Anstatt den Arbeiter, dort wo er bereit war zu kämpfen, in den Kampf zu führen, haben die Gewerkschaften beschwichtigt, auf Gesetze und Gerichte verwiesen und ihre Verhandlungskunst gepriesen. Wo

Gewerkschaftsfunktionäre und Betriebsräte entlassen wurden, hat man ihre aufgebrauchten Kollegen erst einmal beruhigt und dann in einem jahrelangen Instanzenweg Recht gesucht. Die Betroffenen, die froh waren, wenn sie in einem anderen Betrieb Arbeit gefunden hatten, waren inzwischen müde geworden und begnügten sich dann mit einer finanziellen Abfindung. Der Unternehmer aber hatte in seinem Betrieb seine Macht demonstriert. Die eigentlich Geschädigten waren die Arbeiter, deren gewählte Vertreter, oft gerade die besten, auf diese Weise ausgeschaltet wurden. Solche Erfahrungen lassen die Sätze der Springer-Zeitung „Die Welt“ über den zukünftigen DGB-Bundevorsitzenden: „... der klassenkämpferische Hang, der einigen deutschen Gewerkschaftsführern noch immer anhaftet, ist ihm sicher ebenso fremd, wie jene marxistischen Gedanken, die die Vergangenheit seiner Partei bestimmten...“ in einem seltsamen Licht erscheinen.

Angesichts des ständig von den Unternehmern praktizierten Klassenkampfes werden die Arbeiter den neuen Vorsitzenden nach der Wahl auf dem Bundeskongreß mit den Worten: „Da habt ihr wohl den Bock zum Gärtner gemacht“ quittieren, wenn er das Lob der „Welt“ und die Organisationsänderungen realisiert. Die Funktionäre, die in direktem Kontakt mit den Arbeitern stehen, sollten erkennen, daß die Entdemokratisierung ihrer Funktionen, die Friedhofsstille unter der Mitgliedschaft sich noch weiter verstärken wird. Sie hätten dann nur noch die Grabreden zu halten.

Begreifen diese Funktionäre nicht, daß das Interesse der Mitglieder zwangsläufig zurückgehen muß, wenn die in der Organisation vorhandenen Strömungen und Auffassungen, auch kritischer Art, nicht ausgetragen, sondern überspielt werden? Kritische Tagesordnungspunkte gehören nicht an das Ende, sondern an den Anfang einer Versammlung! Bequemer geht es natürlich andersherum, aber dann

Kurt Gscheidle



Foto: dpa

„Oft hat er den Mächtigen auf dem linken Flügel widersprochen. Er galt bisher immer als ein Mann, der die Gewerkschaftsaufgaben undogmatisch und unberührt von marxistischen Gedanken anpackte. . . .“

Allgemein wird seine Nominierung in den Gewerkschaften begrüßt. Auch bei den christlich-demokratischen Gewerkschaftlern spricht man von einem sehr interessanten Vorschlag.“

Die FAZ über den als DGB-Vorsitzenden vorgesehenen Bundestagsabgeordneten Kurt Gscheidle, 27. 1. 69

sollte man auch nicht dem Arbeiter die Schuld geben, wenn er nicht mehr in die Versammlungen kommt. Funktionäre, die in Wahlen per Akklamation durch Handaufheben öffentlich gewählt werden, sollten einsehen, daß es ihrer Person und ihrem Amt nützlicher wäre, wenn sie wüßten, wie viele Gegner sie haben, was ja nur in einer geheimen Abstimmung ermittelt werden kann. Öffentliche Wahl ist Selbstbetrug. Die Aufstellung von mindestens zwei Kandidaten bei der Wahl zu einer Funktion müßte eigentlich zur

Pflicht gemacht werden, um von dem, der einen zweiten Kandidaten vorschlägt, den Geruch des Störenfrieds zu nehmen. Dann würden die Versammlungen auch wieder voll besucht werden, dann käme wieder Leben in die Organisation.

Es zeichnet sich ab, daß der DGB-Kongreß eher zu einer Feierstunde, als zu einem lebendigen Forum der Austragung innergewerkschaftlicher Probleme werden soll. Dabei müßte dort eigentlich ein entscheidendes Problem zur Debatte stehen, nämlich die Stellung der Gewerkschaften, insbesondere der Dachorganisation des DGB, zu der Politik der großen Koalition. Welche Vorteile haben die Arbeiter bisher gehabt von diesem Bündnis? Sie haben kurzgetreten, um die Wirtschaftspolitik von Schiller nicht zu stören. Haben sie in diesem Jahr ihren Anteil vom Ergebnis des Wirtschaftsaufschwungs erhalten?

Welche Stellung soll der DGB einnehmen, wenn nach den Bundestagswahlen die große Koalition fortgesetzt wird?

Welche Haltung sollen die Spitzenfunktionäre einnehmen, wenn sie als Mitglieder des Bundestages und der Regierungsparteien gegen die Beschlüsse und Forderungen ihrer Gewerkschaftsorganisation Stellung nehmen sollen?

Wenn diese Dinge auf dem Bundeskongreß nicht zur Sprache kommen und geklärt werden, dann wird das zwar für das Geschick der Spitzenbürokratie sprechen, aber die Gewerkschaftsbewegung wird den Schaden davontragen.

Der vorgesehene neue 1. Vorsitzende des DGB forderte im „Volkswirt“ daß die Gewerkschaften ihr Verhältnis zum Gesellschaftssystem in der Bundesrepublik und ihren Standort darin bestimmen sollten.

Das sollte man beim Wort nehmen!
Willi Michel



„Mein Kampf“ wieder in jeder Buchhandlung zu haben!

Allerdings: mit Zeichnungen von Kurt Halbritter

240 Seiten
180 Zeichnungen, DM 16,80

Verlag Bärmeier & Nikel

Hat uns heute Adolf Hitler's „Mein Kampf“ noch etwas zu sagen? Ja!

Was Hitler damals gesagt und geschrieben hat, und wie seine Volksgenossen darauf reagierten, das zeigt in Originaltexten und in Szenen, wie sie eindringlicher und wirklichkeitsnäher kaum denkbar sind, dieses Buch.

Pleß über DGB-Reform

Auf der Landesbezirkskonferenz des DGB-Hessen plädierte der Landesbezirksvorsitzende, Philip Pleß, für demokratische Reformen des DGB. Auf den DGB kämen große gesellschaftspolitische Aufgaben zu, die Entscheidungen verlangten, die nicht von Einzelgewerkschaften getroffen werden könnten. Sie erforderten vielmehr Koordinierung für alle. Pleß nannte folgende Zielvorstellungen für eine Reform:

„Im Bereich des DGB müssen Beschlüsse gefaßt werden, die in allen, vornehmlich in den großen Gewerkschaften, durchgeführt werden.“

Die demokratische Willensbildung muß von unten aus erfolgen und in die DGB-Spitze als dem Exekutivorgan hineinwirken.

Das bedeutet die Zusammensetzung der DGB-Organe, vor allem des legislativen Bundesausschusses, nach der Mitgliederstärke der Gewerkschaften.

Absichten, die auf den Abbau demokratischer Postulate abzielen, sind abzulehnen.“ Dazu gehöre auch die „einfältige Idee“, Landesbezirks- und Kreisvorstände zu „simplen Befehlsempfängern“ zu degradieren, das heißt, sie nicht zu wählen sondern zu berufen und abuberufen.“

Die Antragsfähigkeit der unteren Organisationseinheiten müsse ebenso bewahrt werden wie das Antragsrecht der Delegierten.

Pleß erklärte zusammenfassend: „Wir wollen dazu beitragen, daß der achte Bundeskongreß Beschlüsse faßt, die unseren großen Bund fähig machen, die Zukunftsaufgaben zu bewältigen. Vor uns steht die Aufgabe, den einseitigen Machtanspruch des Unternehmertums zu brechen und die Gesellschaft, in der wir leben, und den Staat, der sie tragen soll, mitzugestalten.“

Pleß setzte sich für eine Koordinierung der Gewerkschaftsarbeit im Bereich der EWG ein. Dabei müsse es im Interesse der Erarbeitung eines Aktionsprogramms zu Gesprächen auch mit im WGB organisierten Gewerkschaften kommen.

Kurt Halbritter
Adolf Hitlers
Mein Kampf
Gezeichnete Erinnerungen
an eine Große Zeit
Bärmeier & Nikel



„Das Recht der
persönlichen Freiheit
tritt zurück gegenüber
der Pflicht der
Erhaltung der Rasse.“

Adolf Hitler „Mein Kampf“ S. 279

Integration der Linken in den bürgerlichen Staat?

Eduard März, Wien, zur Wirtschaftspolitik in Westeuropa

Die westeuropäische Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsphilosophie der unmittelbaren Nachkriegszeit sind von den traumatischen Ereignissen der Depression und der Kriegszeit geprägt.

In der Depression der dreißiger Jahre wird der Bankrott des Kapitalismus liberaler Prägung offenkundig. Das „freie Spiel der Marktkräfte“ führt nicht zu der von der liberalen Lehre so zuversichtlich angekündigten automatischen Wiederherstellung der Vollbeschäftigung und der optimalen Ausnutzung der materiellen Ressourcen; der bürgerliche Staat ist vielmehr gezwungen — unter dem Druck breiter Schichten der Bevölkerung —, ein reichhaltiges interventionistisches Instrumentarium zu entwickeln. Zu dem Druck von „innen“ gesellt sich im Laufe der dreißiger Jahre auch der Druck von „außen“ — in der Gestalt der sowjetischen Planwirtschaft, die zum ersten Male die praktische Realisierbarkeit eines zentral gesteuerten Wirtschaftsmechanismus demonstriert.

Die Reaktion des bürgerlichen Staates auf die Herausforderung von innen und von außen ist je nach den Traditionen, der Stärke der demokratischen Einrichtungen und der politischen Kraft der Arbeiterklasse recht verschieden. In den USA und in England kommt es zu den ersten schüchternen Experimenten mit der Keynes'schen Wirtschaftstherapie. In Deutschland, und in einem geringeren Maß auch in Italien, wird ein höherer Grad der Ausnutzung der Produktivkräfte durch forcierte militärische Aufrüstung erreicht.

Der zweite Weltkrieg bringt dann den Beweis, daß die Keynes'sche These von der vollen Ausnutzung der Produktivkräfte durch eine entsprechend dosierte Ausgabenpolitik des Staates ihre volle Gültigkeit besitzt. Auf diese Weise wächst während des Krieges in den westlichen Demokratien die Überzeugung — in sozialistischen sowie im konservativen Lager —, daß eine Rückkehr zum Liberalismus der Vorkriegszeit ein Ding der Unmöglichkeit ist.

In der unmittelbaren Nachkriegszeit treten zwei mächtige reformatorische Strömungen in Westeuropa auf. Die eine ist gemäßigt und gradualistisch; sie zielt auf eine Verbesserung der Funktionsweise der kapitalistischen Wirtschaft ab. Die zweite möchte einen Umbau der kapitalistischen Wirtschaft durchsetzen, durch eine rasche Ausdehnung ihres gesamtwirtschaftlichen Sektors. Beiden Richtungen ist das Streben nach Planung gemeinsam, aber die eine möchte Planung unter Beibehaltung

des Kapitalismus, die andere Planung unter sozialistischen oder wenigstens gemischtwirtschaftlichen Auspizien.

Zunächst — etwa in den Jahren 1945 bis 1949 — werden die beiden Tendenzen durch bürgerlich-konservative Parteien auf der einen Seite und sozialistische sowie kommunistische Parteien auf der anderen Seite repräsentiert. Je nach dem politischen Druck, den die Linke auszuüben vermag, kommt es zu mehr oder minder großen Nationalisierungsaktionen in Westeuropa. Aber recht bald macht sich der Gegensatz von Planung unter bürgerlichen Auspizien und Planung unter sozialistischen Auspizien auch innerhalb der sozialistischen Parteien bemerkbar. Und in dem Maße, als der gemäßigte, gradualistische Flügel des sozialistischen Lagers die Oberhand gewinnt, kommt es zu einer immer stärkeren ideologischen Annäherung zwischen dem bürgerlichen und dem sozialistischen Lager. Man beginnt allgemein von einer Integration des westeuropäischen Sozialismus in das bestehende sozio-ökonomische System zu sprechen...

Eine wirtschaftspolitische „Skandinavisierung“ ist bei den meisten sozialistischen Parteien zu beobachten, insbesondere in England und in der Bundesrepublik Deutschland. In der Bundesrepublik haben die Auseinandersetzungen einen mehr pragmatischen als theoretischen Charakter. Insbesondere nach dem Tode Schumachers geht man bei der Diskussion der sozialistischen Taktik weniger von Grundsatzprogrammen als von den Ergebnissen demoskopischer Untersuchungen aus. In dem Godesberger Programm vom Jahre 1959 wird schließlich ein Bruch mit den bisherigen sozialistischen Überlieferungen vollzogen, der radikaler ist als in irgendeiner anderen sozialistischen Partei. Es ist wohl keine Übertreibung, zu sagen, daß die SPD seit Godesberg nur noch als eine große liberale Reformpartei verstanden werden kann.

Der Prozeß der Integration der Linken in den bürgerlichen Staat hat jedoch bei den sozialistischen Parteien nicht haltgemacht. Auch die großen kommunistischen Parteien sind davon in mehr oder minder großem Maße in Mitleidenschaft gezogen worden. Die Kommunistische Partei Italiens hat wohl für ihre Taktik der Erzwingung von beschäftigungs- und investitionspolitischen Maßnahmen mit Hilfe der Agitation und des Massenstreiks das Schlagwort von der Strukturreform in die Welt gesetzt, aber man dürfte mit der Annahme nicht fehlgehen,

Spitzenjahr für Aktionäre

In einem Aktionärsbrief der Farbenfabrik Bayer-Leverkusen heißt es, daß das Jahr 1968 als ein Spitzenjahr in die Geschichte des Unternehmens eingehen werde. Der Umsatz des Konzerns konnte um 20 Prozent oder 1,5 Milliarden DM auf 8,8 Milliarden gesteigert werden. Der Gewinn erhöhte sich sogar um 44,4 Prozent auf 728 Millionen DM. Abschließend heißt es in dem Brief, auch im neuen Jahr setze sich die günstige Geschäftsentwicklung fort.

Vermögensverteilung in der BRD

Nach einer Untersuchung von Prof. Gleitze, dem Leiter des Wirtschaftswissenschaftlichen Instituts des DGB, beträgt der Realvermögenszuwachs in der BRD von Kriegsende bis zur Krise von 1966/67 bzw. bis zum Beginn der Großen Koalition 922 Mrd. DM. Der Anteil der Arbeitnehmer an diesem neugebildeten Sachvermögen beträgt 160 Mrd. DM oder etwas über 17 Prozent. Die Arbeitnehmer bilden 83 Prozent der erwerbstätigen Bevölkerung. Auf weniger als 10 Prozent der erwerbstätigen Bevölkerung, die als Unternehmer oder als Selbständige tätig sind und auf das vom Staat angehäufte Sachvermögen entfielen 739 Mrd. DM, das sind 80 Prozent. Nach dem Gutachten von Prof. Föhl „Kreislaufanalytische Untersuchung über die Vermögensbildung in der BRD“ ist die Verteilung des Geldvermögens noch weniger günstig für die Arbeitnehmer als die Verteilung des Sachvermögens.

daß keine der von den italienischen Kommunisten inspirierten Reformen einen wesentlichen Druck zum sozialistischen Umbau der italienischen Wirtschaft ausgeübt hat.

Ähnlich liegen die Dinge auch in Frankreich.

Der ideologische Erosionsprozeß, von dem so gut wie keine der großen westeuropäischen Linksparteien verschont geblieben ist, weist darauf hin, daß es hier nicht allein um den Vorgang der Anpassung an eine bestimmte sozio-ökonomi-

sche Umwelt geht, sondern um soziale Veränderungen von solcher Tragweite, daß sie die raison d'être der sozialistischen Bewegung schlechthin berühren. Zwei strukturelle Veränderungen scheinen eine solche Bedeutung zu besitzen: Erstens die erstaunliche Dynamik der kapitalistischen Produktionsweise in der Nachkriegszeit, die allerdings — wie John Strachey und andere vermerkt haben — nicht zuletzt mit dem starken „Gegendruck“ zusammenhängt, der von der Arbeiterbewegung ausgegangen ist. Zweitens die Krise der zentralistischen Planwirtschaft, die sich insbesondere nach Stalins Tod in zunehmenden sozialen und politischen Spannungen manifestiert hat. Unter diesen Umständen hat der Osten nur eine geringe Attraktionskraft auf die westeuropäische Arbeiterbewegung in der Nachkriegszeit auszuüben vermocht. Mit der Demokratisierung der Wirtschafts- und Lebensform, mit der heute in einigen Oststaaten experimentiert wird, wird jedoch der sowjetische Einfluß im Westen zweifellos neuerlich zunehmen.

Nach dem bisher Gesagten mag es angehen, von einer vergleichsweise bescheidenen Zielsetzung der westeuropäischen Arbeiterbewegung in den zwei letzten Jahrzehnten zu sprechen, die im wesentlichen auf die Verbesserung der Funktionsweise der bestehenden Wirtschaftsordnung und auf die Hebung der Lebenslage der arbeitenden Bevölkerung innerhalb dieser Ordnung hinauslief...

Die unmittelbare Nachkriegszeit steht im Zeichen einiger großer Reformen; der Nationalisierung bedeutender Teile der Volkswirtschaft in England, Frankreich, Italien und Österreich; der Verankerung der Vollbeschäftigungspolitik im politischen Bewußtsein der führenden westlichen Nationen; der Weiterentwicklung der Vollbeschäftigungspolitik zur aktiven Arbeitsmarktpolitik und der Errichtung des modernen Gebäudes der Sozialpolitik. Aber es ist klar, daß keiner dieser Reformen das Attribut einer qualitativen Veränderung der bestehenden Wirtschaftsordnung zugesprochen werden kann. Nur einige schüchterne Experimente weisen darauf hin, daß Ambitionen dieser Art in den ersten Nachkriegsjahren mit echtem Engagement verfolgt worden sind.

Es ist natürlich klar, daß überall dort, wo Arbeiterparteien oder Koalitionsparteien mit sozialistischer Beteiligung ans Ruder gekommen waren, Exponenten der Arbeiterbewegung Einfluß auf die Gestaltung der Wirtschafts- und Sozial-

politik gewinnen. Aber dieser Einfluß ging normalerweise von einer zahlenmäßig geringen „Expertokratie“ aus, die sich kaum darum bemühte, die breiten Massen in die Mysterien ihrer Geheimkunst einzuführen...

Die beiden letzten Dezennien bilden ein außergewöhnliches Kapitel in der Wirtschaftsgeschichte Westeuropas. Nur in den zwei Jahrzehnten vor dem ersten Weltkrieg — der sogenannten Belle-Epoque — konnte eine ähnlich stürmische Aufwärtsentwicklung der europäischen Volkswirtschaft beobachtet werden. Allerdings unterscheidet sich die neue langfristige Prosperitätsperiode von ihrer Vorgängerin in einem wichtigen Punkt: In den Phasen der konjunkturellen Abschwächung ist es in den meisten Ländern zu keinem wirklichen Rückschlag, sondern bloß zu einer Verlangsamung der Aufwärtsbewegung gekommen. Auf diese Weise hat es Westeuropa vermocht, den gewaltigen Vorsprung der Vereinigten Staaten, der zu Ende des zweiten Weltkrieges bestand, erheblich zu verringern.

Es ist hier nicht der Ort, die Ursachen der langjährigen westeuropäischen Prosperität zu analysieren. Es sei lediglich am Rande vermerkt, daß die stärksten Impulse von den folgenden Faktoren herühren dürften: von der eminenten Bedeutung des öffentlichen Sektors, der mit 30 bis 40 Prozent am gesamten Bruttonationalprodukt teilziplerte; von dem raschen Tempo der technischen Entwicklung; von den reichen Arbeitskraftreserven im Primärsektor, die insbesondere in Deutschland, Frankreich und Italien ausgeschöpft werden konnten; von der Liberalisierung des Außenhandels und nicht zuletzt von der geschickten Handhabung der Vollbeschäftigungspolitik.

Ständiges Wachstum weckt natürlich das Bedürfnis nach vermehrtem Wachstum. Zu Anfang der fünfziger Jahre erwarteten noch Ökonomen sowie Nicht-Ökonomen die Rückkehr der scharf ausgeprägten Konjunkturzyklen früherer Perioden. Als diese Erwartung jedoch nicht eintraf, begann jene sonderbare Epoche in der Geschichte des Kapitalismus, die der Amerikaner Adlai Stevenson einmal als die „revolution of rising expectations“ bezeichnet hat. Im Verlauf der fünfziger Jahre wurde es allen Bevölkerungsschichten klar, daß der, welcher es im Wettlauf um einen höheren Lebensstandard unterläßt, vermehrte Ansprüche an das Sozialprodukt in regelmäßigen Zeitabständen anzumelden, unweigerlich ins Hintertreffen geraten muß. Lohnrunden, Gehaltsrunden, steigende agrarische und industrielle Preise waren so der Ausdruck dieses Bestrebens um einen vermehrten oder zumindest unveränderten Anteil an dem wachsenden volkswirtschaftlichen Kuchen. Auf diese Weise war die stetige wirtschaftliche Aufwärtsbewegung auch von einer stetigen Aufwärtsbewegung des Preisniveaus begleitet. Die Ära der sogenannten säkularen Inflation hielt ihren Einzug.

Die „revolution of rising expectations“ zwang die westeuropäischen Regierungen dazu, das Ziel der Vollbeschäftigung mit dem Ziel des Wachstums zu verbinden. Da man sich recht bald überzeugen mußte, daß ein kausaler Zusammenhang zwischen wachsender Wirtschaft und steigendem Preisniveau besteht, wurde recht bald das populäre Wort vom „magischen Dreieck“ geprägt. Die sogenannte „schleichende Inflation“ hat sich seither als eine ernste Schranke für das Wachstum der westeuropäischen Wirtschaft erwiesen.

Vollbeschäftigungspolitik kann man auch als „Planung auf kurze Sicht“ definieren. Es gilt dabei Geld- und insbesondere Finanzpolitik so zu manipulieren, daß der globale Ausgabenstrom ein möglichst hohes Maß von personellen und materiellen Ressourcen in Bewegung setzt. Die kurzfristige Wirtschaftsprognose ist natürlich ein wesentlicher Bestandteil einer solchen konjunkturdämpfenden Therapie.

Es ist klar, daß nur ein kurzer logischer Schritt von der Planung auf kurze Sicht zur längerfristigen Planung führt. Falls der Staat ein kurzfristiges Budgetkonzept durch einen mehrjährigen Budgetplan ersetzt, schafft er damit einen Rahmen, innerhalb dessen die Unternehmungen des öffentlichen sowie des

Prof. Karl Schiller



„Vor allem war es die nationalsozialistische politische Zielsetzung... welche die alte liberale Handelsvertragslehre überwand und zur Gesamtleitung der Volkswirtschaft durch den Staat führte.“

Karl Schiller in: Nationale Wirtschaftsordnung u. Großraumwirtschaft, Dresden 1941.

Man ist versucht, die Wirtschaftsphilosophie von Männern wie Schiller, Wilson, Galbraith, Myrdal und Genossen als die Theorie von der unbegrenzten Manipulierbarkeit der bestehenden Wirtschaftsordnung zu bezeichnen. Alle guten Dinge des Lebens, wie Vollbeschäftigung, ewiges Wachstum, Währungsstabilität und eine mehr egalitäre Einkommensverteilung können gleichsam spielend durchgesetzt werden, wenn man nur über die entsprechenden wirtschaftspolitischen Kenntnisse verfügt und an den Hebeln der politischen Macht sitzt.

Aber wir glauben, daß die Ereignisse der letzten Jahre sehr deutlich gezeigt haben, daß der Theorie von der unbegrenzten Manipulierbarkeit der kapitalistischen Wirtschaft ein fataler Konstruktionsfehler anhaftet. Trotz wachsendem staatlichem Interventionismus, der in den gewaltigen öffentlichen Haushalten Englands und der Bundesrepublik einen beredten Ausdruck findet, hat es in der Nachkriegszeit nicht an Krisensymptomen gefehlt. Zunehmende Vergeudung des gesellschaftlichen Reichtums — in der Form der Aufrüstung und der hypertrophen Verteilungs- und Werbungsapparate —, mächtige inflationäre Strömungen, die sich als ständige Bedrohung des von der Arbeiterschaft erkämpften Lebensstandards erweisen, und die hartnäckige Fortexistenz der Armut inmitten des Überflusses sind wohl die auffallendsten dieser Krisensymptome.

Es scheint uns, daß Planung à la Schiller und Wilson an der Dichotomie zwischen Programmierung im öffentlichen Sektor und oligopolistischen Wettbewerb im privaten Sektor letzten Endes scheitern muß.

Man darf ohne Gefahr der Übertreibung sagen, daß seit Anfang der fünfziger Jahre die Wirtschaftsphilosophie und Propaganda aller politischen Parteien Westeuropas — von der Rechten bis zur äußersten Linken — im Dienste einer einzigen Idee gestanden ist — der Idee der stetigen, raschen und grenzenlosen Vermehrung des Reichtums der Nationen.

Man muß hinzufügen, daß Reichtum hier in einem sehr engen physischen Sinne aufzufassen ist. Es geht um die kontinuierliche Anhäufung und Konsumation materieller Güter, wobei die Gesellschaft, die dieser noblen Aufgabe obliegt, keinerlei qualitativen Veränderungen unterworfen ist. Gleichsam nach der Manier der *Ordre Naturel* der Physiokraten ist auch der moderne Kapitalismus als ein rein statisches Gebilde gedacht. Bernstein hielt bekanntlich an dem sozialistischen Endziel fest, wengleich er ihm nur wenig aktuelle Bedeutung beimaß; der moderne Revisionismus der Schiller und Wilson — und vielleicht auch der Luigi Longo und Waldeck-Rochet — wird dagegen von der Vision eines ewig expandierenden Kapitalismus getragen. Die Tendenz zur Zementierung der gegenwärtigen Gesellschaftsordnung — im geistigen sowie im materiellen Sinne —

Konzentration

Die Ankündigung, daß es in Kürze zu einer „Zusammenarbeit“ der Volkswagen AG (VW) und der NSU-Motorenwerke kommen wird und ein Verbund Mercedes/BMW in Aussicht steht, hat die Frage nach der wirtschaftspolitischen Bedeutung solcher Konzentration erneut aufgeworfen.

Die Farbenfabriken Bayer wollen die Chemischen Werke Hüls kaufen, aber die Farbwerke Hoechst wollen ihre Hüls-Beteiligung offensichtlich so schnell nicht preisgeben.

Wenn Bayer die Mehrheit des Hüls-Kapitals erworben hat, dann wird der Konzern als erster der drei deutschen Chemie-Riesen einen Jahresumsatz von zehn Milliarden Mark erreichen. Auch ohne spektakuläre Firmenkäufe wuchsen die Umsätze der Großen im vergangenen Jahr zwischen 18 und 20 Prozent. Bayer erreichte 8,85, Hoechst 7,89 und die BASF über 6 (geschätzt) Milliarden Mark.

Nachdem sich erst kürzlich ein neuer beherrschender Energiekonzern konstituiert hat (RWE/GBAG), bildete sich durch eine Kooperations-Fusion ein neuer Konzernriese im Stahlbereich für den Röhrenmarkt: Gemeinschaftsunternehmen Thyssen-Mannesmann. (Die endgültige Firmenbezeichnung ist noch nicht bekannt.) Diese beiden bedeutendsten Röhrenproduzenten der Bundesrepublik vereinigen in ihrer anteiligen neuen Gesellschaft rd. 70% der westdeutschen Produktion.

privaten Sektors ihre langfristigen Investitionspläne zu entwickeln vermögen. Ein solches Zusammenspiel zwischen öffentlicher Hand und privater Wirtschaft wird um so besser gelingen, je höher der Grad der Konzentration und Zentralisation in einer Industriegesellschaft ist.

Nun sieht weder das englische noch das deutsche Planungssystem die Möglichkeit eines Eingriffs in die Dispositionsfreiheit der großen oligopolistischen Konzerne vor. Die sogenannte Globalsteuerung soll — gemäß Schiller — zweierlei sein: Programm zur Bekämpfung zyklischer Schwankungen und „Zusammenfassung aller auf den verschiedensten Gebieten aufgestellten langfristigen Ausbau- und Entwicklungspläne sowie Darstellung ihrer Vereinbarkeit...“. Wir haben es also hier nicht bloß mit der kurzfristig konzipierten Keyneschen Ausgabenplanung zu tun, sondern mit der mittelfristigen Planung der öffentlichen Infrastrukturausgaben plus einer Vorausschau auf die wirtschaftliche Gesamttätigkeit.

Wie läßt sich Schillers Bekenntnis zur „freien“ Marktwirtschaft mit einer Globalsteuerung im oben erwähnten Sinne vereinbaren? Die Antwort auf diese Frage fällt nicht allzu schwer, wenn man sich den Charakter der heutigen Marktwirtschaft vor Augen hält, die durch das Verhalten einer Handvoll von Oligopolisten bestimmt wird. Die Investitionsplanung der öffentlichen Hand ist bloß das Korrelat zur Investitionsplanung der großen Konzerne, die heute mit einem mehrjährigen Zeithorizont operieren.

ist durch die verschiedenen Projekte der sogenannten Eigentumsbildung in Arbeitnehmerhand noch weiter untermauert worden.

Die Theorie von der unbegrenzten Manipulierbarkeit der kapitalistischen Wirtschaft ist jedoch unter vielen Wirtschaftstheoretikern und Soziologen in jüngster Zeit immer mehr in Mißkredit geraten. Dafür war eine Reihe von Erscheinungen maßgebend, von denen hier nur die wichtigsten erwähnt werden können: die auffallende Verlangsamung des wirtschaftlichen Wachstums; das immer häufigere Auftreten der sogenannten Strukturkrisen; die Beschleunigung der schleichenden Inflation und die damit im Zusammenhang stehenden Währungs-krisen. Jedes dieser Krankheits-symptome, und insbesondere das Syndrom in seiner Gesamtheit, weist auf eine Erkrankung hin, der unseres Erachtens mit keiner der früher genannten therapeutischen Methoden beizukommen ist.

Es ist deshalb kein Zufall, daß die wirtschaftspolitische und sozialpolitische Diskussion in Westeuropa in den letzten Jahren eine stärkere „fundamentalistische“ Orientierung angenommen hat. Die alte Trinität von Sozialisierung, Mitbestimmung und Planung feiert heute wieder Auferstehung.

Allerdings hat sich die wiederentdeckte Trinität von Nationalisierung, Planung und Mitbestimmung bisher nicht als ernster ideologischer Rivale der weithin geübten Wachstumsreligion erwiesen. Da aber die Anziehungskraft der letzteren — insbesondere vom Standpunkt der Jugend — einem raschen Schrumpfungsprozeß unterliegt, ist ein geistiges Vakuum entstanden, das von einigen außereuropäischen Ideologien notdürftig ausgefüllt wird.

Welches sind die Perspektiven der weiteren Entwicklung? Wir halten die Besinnung auf die alte Trinität für eine recht hoffnungsvolle Erscheinung, aber fürchten, daß sie die Religion einiger kleiner Sekten bleiben muß, solange sich Planung und Demokratie im Osten Europas in einem Zustand der Stagnation und sogar der Krise befinden. Ereignisse in Osteuropa können deshalb für die weitere Entwicklung des Sozialismus im Westen Europas von größter Bedeutung sein.

Der vorstehende Artikel ist die gekürzte Wiedergabe eines Referats, das im Rahmen der „Gespräche zwischen Ost und West“ in Wien gehalten wurde.

parteien

SPD - Baden-Württemberg: Demokratie von oben

Der Verlauf der Aufstellung von Bundestagskandidaten ist ein Pegel für den Gehalt an demokratischer Substanz in einer Partei: Der Landesvorsitzende Bühringer der baden-württembergischen SPD gab im Januar ohne Rücksprache mit seinem Landesvorstand der Presse seine Namensliste für die ersten sieben Plätze der Landesliste bekannt. Auch die Nominierung der Direktkandidaten in den Wahlkreisen geht fast überall ohne politische Diskussionen vor sich. Nur in wenigen Städten kam es zu Versuchen, den politischen Kurs der Partei bei der Bestimmung der Bundestagsanwärter zur Debatte zu stellen. Eine dieser wenigen Städte war Ulm. Dort wurden im Laufe der Diskussion mit den Bewerbern fünf Maßstäbe entwickelt, nämlich: Ende der großen Koalition, eine andere Politik der SPD gegenüber der rebellierenden Jugend, Anerkennung der DDR und der Oder-Neiße-Grenze, Senkung der Rüstungsausgaben und Korrekturen an der Notstandsgesetzgebung. Bei den Abstimmungen sorgten allerdings von konservativer Seite mobilisierte, politisch wenig interessierte und sonst passive Mitgliederbestände für den Sieg des zu ihnen passenden Bewerbers. Zwei Dutzend aktive, vorwiegend jüngere Mitglieder hatten vorher in einer gemeinsamen Presseerklärung ihre politischen Auswahlmaßstäbe veröffentlicht. Ihr dadurch erhobener Anspruch auf Politisierung und

Öffentlichkeit parteilicher Vorgänge löste rechts im Ortsverein unbeherrschte Wut aus. Im Ergebnis ist die fortschrittlich argumentierende Gruppe in Ulm wie anderswo unterlegen, jedoch hat sie den politischen Stil aller Beteiligten für jeden erkennbar gemacht und sich für kommende Politik qualifiziert.

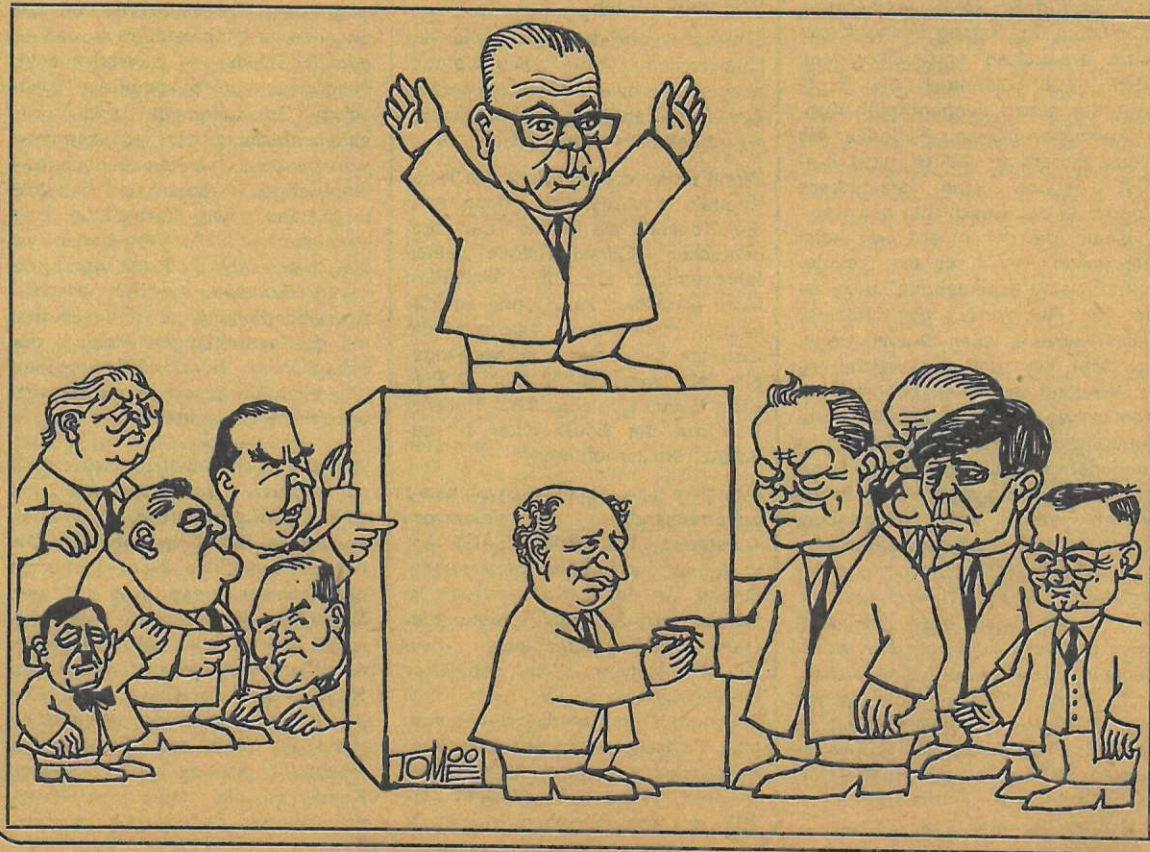
Durch überörtliche Gruppenbildung brachte in der baden-württembergischen SPD erstmals wieder der „Tübinger Kreis“ jüngerer Mitglieder Auseinandersetzung in die Partei. Diesem Kreis liberaler und linker Jungsozialisten und „Eierköpfe“ mangelt es also an Zusammenarbeit mit Gewerkschaftern, und das schlägt sich in seinen Thesen nieder. Es knüpften sich jedoch manche Hoffnungen an ihn, besonders seit dem Sieg der „Rotkehlchen“ über den koalitions-wütigen Landesvorstand und Ministerflügel auf der Konferenz in Kehl im Mai 1968. Auf dem Mannheimer Landesparteitag (November 1968) verpuffte dann aber die Tübinger Initiative; es wurde der Eintritt in die große baden-württembergische Koalition nicht mehr gerügt, sondern „in die Zukunft diskutiert“. Nun ist die bevorstehende Sindelfinger Parteikonferenz über die Landesliste eine neue Bewährungsprobe. Das vorbereitende Treffen des Kreises in Karlsruhe am 1. März verspricht nicht viel. Man tagte mit dem Thema „Die Unruhe und unsere Antwort“ unter Ausschluß der Öffentlichkeit und zu Protokoll eines mitschreibenden Parteibediensteten. Alex Möllers Begrüßungsworte lauteten: „Herzlich willkommen im Speisesaal der Karlsruher Lebensversicherung... wenn mancher wüßte, wie ich als 25jähriger Abgeordneter radikal war... ich habe später gemerkt, daß es nicht ganz klug war“, — und sie wurden nicht von allen als peinlich empfunden... Die Diskussion der zum Teil sehr

kritischen Anwesenden schwemmte ein vorbereitetes „Arbeitspapier“ gegen den SDS zwar weg, aber dies gegen den Widerstand der in Mannheim in den Landesvorstand eingerückten Tübinger-Kreis-Leitung. Politische Maßstäbe für die Sindelfinger Landeslistenkonferenz wurden nicht erarbeitet, Kandidatenvorschläge nicht ins Auge gefaßt. Führt der Weg vom Kehler Aufbruch über Mannheimer Selbstabwägung und Teilintegration zu Sindelfinger Bedeutungslosigkeit? Oder hilft ein neuer Anlauf mit mehr Entschiedenheit, deutlicherer Aussage, weniger Rücksicht auf die Altvorderen? Oder verkommt jede kritische Gruppierung in der mehrheitlich doch konservativen Partei zwischen ewiger Minderheitenrolle und schleichender Integration dort?

Carl Weinberger

SPD: Ansätze innerparteilicher Demokratie

In die Sozialdemokratische Partei, die seit langem innerparteilicher Demokratie in der Praxis entwöhnt war, hat die Kandidatenaufstellung für die kommende Bundestagswahl an etlichen Stellen Leben gebracht. Was eigentlich in einer Partei das Selbstverständlichste sein sollte, wurde hier fast zur Sensation: Alt-eingesessene Bundestagsabgeordnete, selbst Prominente, stießen in manchen Wahlkreisen auf innerparteiliche Gegenkandidaten, und dies, obwohl die Vorstandsbürokratie solche Unannehmlichkeiten zu meist nicht wünschte. In etlichen Wahlkreisen arbeiteten sich Gegenkandidaten, die meist links in der Partei stehen, hart an prominente Rechte heran, ein Phänomen, das



Leber attackiert Professoren

BORKEN, 16. März (bjh). Bundesverkehrsminister Leber, Spitzenkandidat der hessischen SPD bei den letzten Bundestagswahlen, mußte sich beim außerordentlichen Bezirksparteitag der SPD Nordhessen heftige Angriffe aus den Reihen der Jungsozialisten gefallen lassen, als er zum Thema Außerparlamentarische Opposition unter der Jugend Stellung nahm. Er sprach dabei von einer „verschwindend kleinen radikalen Minderheit“ und stellte die Frage: „Wissen die Professoren, die jahrelang eine radikale Saat gesät haben, was sie damit anrichten haben?“ Unter Zwischenrufen fügte er hinzu „Ich bin bereit einigen Studenten der Soziologie und Politologie den Hintern zu verhauen, und bin dabei bereit, mindestens einigen Professoren dazu den Hintern zu verhauen.“

nicht zu Illusionen über einen „Linksruck“ in der SPD verführen sollte, das jedoch neue strukturelle Chancen zeigt. Nachfolgend ein Beispiel für manchen ähnlichen Fall: Auf der SPD-Delegiertenkonferenz des Bundestagwahlkreises 140 (südliche und westliche Frankfurter Stadtteile) wurde Verkehrsminister Georg Leber mit 83 von 133 Delegiertenstimmen wieder zum Direktkandidaten für den Bundestag nominiert. Sein Gegenkandidat, der 27 Jahre alte Karsten Dietrich Voigt, erhielt 46 Stimmen (rund 36 %).

Damit ist einem Mitglied des Frankfurter Unterbezirksvorstands der SPD; das seit langem zu einer der Lebers Politik in erklärter Gegnerschaft stehenden Gruppe gehört, ein überraschender Einbruch in den seit acht Jahren von Leber vertretenen Wahlkreis gelungen. Der Abstimmung vorausgegangen war eine Vorstellung und Befragung der Kandidaten innerhalb fast vier Stunden.

Leber berichtete über seine Tätigkeit als Abgeordneter und Mitglied der Regierung.

Angesprochen auf die Notstandsverfassung: „Ich habe dafür gesorgt, daß es eine Notstandsgesetzgebung gibt, die man als Demokrat guten Gewissens verantworten kann.“ Die Notwendigkeit eines Einsatzes der Bundeswehr im Innern begründete er damit, daß Polizisten mit Revolvern nichts gegen organisierte bewaffnete Aufständische verrichten könnten, die eventuell mit Panzern, Maschinengewehren und Granatwerfern kämpfen würden. Zur Frage nach seiner gesellschaftspolitischen Vorstellung erklärte er, der Arbeitnehmer müsse Zugang zu Eigentum und Vermögen haben, das zu enteignen sei.

Karsten Voigt ging es bei seiner Vorstellung mehr um grundsätzliche politische Postulate. In der Großen Koalition erzielte Kompromisse dürften nicht das Endziel der SPD sein.

Ziel nach dem Godesberger Grundsatzzprogramm sei immer noch eine neue Wirtschafts- und Sozialordnung im Sinne des demokratischen Sozialismus. Bei dieser Zielsetzung dürfe auch trotz Großer Koalition die Auseinandersetzung mit der CDU nicht gescheut werden.

Der Unterbezirk mache auch bewußt deutlich, daß er in Fragen der Vorbeugehaft und des Wahlrechts anderer Meinung sei als der Parteivorstand. Das habe sich auch beim Protest gegen die Notstandsgesetzgebung gezeigt. Das Hinnehmen der Verabschiedung sei aber eine krasse, bedauernde Fehlentscheidung. In der Deutschlandpolitik komme man an einer Anerkennung der DDR nicht vorbei.

Voigt sprach sich für eine Mitbestimmung vor allem am Arbeitsplatz aus. Die Entwürfe des DGB und der SPD dürften keine Endziele, sondern müßten Ansätze zu einer grundsätzlichen Veränderung der Gesellschaft sein. Dazu gehöre auch die Ausdehnung der Mitbestimmung auf die Universitäten, und auf die Schulen. An konkreten Forderungen nannte Voigt ein soziales Boden- und Wohnrecht.

Nach einem Bericht in der Frankfurter Rundschau vom 26. 2. 69

Was soll die AdF?

Das kann man drehen, wie man will: Es bleiben mehr oder weniger dieselben Personen und es bleibt dieselbe Taktik bei diesen Bündnispartnern unserer kommunistischen Genossen. Da spaltete sich die DFU in Baden-Württemberg, es entstand eine demokratische Linke und die schloß dann mit der verbliebenen DFU-Rest ein „breites Bündnis“. Das war gestern. Da nimmt man heute die etwas ausgelaugte DFU im Bundesgebiet, aus der sich zuvor auch zahlreiche kommunistische Genossen zurückgezogen haben, addiert die inzwischen konstituierte DKP in dieser oder jener Auftrittsform und ein paar einzelne Persönlichkeiten (Prof. Hofmann und Prof. Abendroth) hinzu und nennt das Ganze dann „Aktion Demokratischer Fortschritt“, — wiederum ein „breites“ Bündnis...

Warum macht man sich selbst ständig etwas vor?

Falls das so sein sollte: Die Kampagne für Demokratie und Abrüstung läßt sich als AdF nicht wiederholen oder fortsetzen. Daß diese Kampagne als bisher umfassendste Aktion progressiver Kräfte — einschließlich linksliberaler, kritischer Pastoren, linker Sozialdemokraten und Gewerkschafter — zustande kam und bedingte Wirkungen erzielte, hing von Faktoren ab, die insgesamt für die AdF nicht zu treffen. Die wichtigsten: Die Kampagne blieb unabhängig gegenüber westlichen und östlichen ideologischen Glaubenssätzen; sie wurde

von ihren Anhängern und heimlichen und offenen Befürwortern als Stoßkeil angesehen, der versteinerte Verhältnisse aufbrechen sollte — auch zugunsten der Operation in der eigenen Institution. Die Kampagne engagierte sich nicht zugunsten einer Partei, sie war Stimulator nach allen zugänglichen Seiten und bewußt kein Einstiegsversuch in den bundesdeutschen Parlamentarismus.

Nun ist es endlich soweit, daß in diesem Land wieder gesellschaftliche Ursachen und Wirkungen in ihren Zusammenhängen diskutiert werden. Ein gewisser Durchbruch ist gelungen. Klassengegensätze erhalten allmählich Konturen, der Sozialismus gilt, zunächst verbal, wieder als Alternative. In dieser Zeit, unter diesen Gegebenheiten liberal und bürgerlich-demokratisch etikettierte Minibündnisse zu konstruieren, ist — gelinde gesagt — eine höchst verfehlte Taktik.

Aber es steckt natürlich mehr dahinter. Zur Parlamentarismusdebatte hier nur soviel: Wir halten nichts von dem Streit, auf welcher einzigen Ebene man operative Opposition entwickeln kann und soll. Wir sagen: selbstverständlich auf allen Ebenen, die geeignet sind, Klassenkämpfe effektiv zu führen und das kann auch im Parlament geschehen. Was aber hinter dem verschrobene Bündnisfetischismus der DKP steckt ist die ihr auferlegte Doktrin, außenpolitische Sicherheitsinteressen der Sowjetunion zum unreflektierten obersten Erfordernis zu erheben. Und wenn man dem im praktischen Erfolg nicht entsprechen kann, dann wenigstens tut man's per Deklaration. Was dahinter steckt, ist die Unsicherheit unserer kommunistischen Genossen, sich unter eigenem Programm und Namen selbst den Wählern zu stellen. Die Auswirkungen der Illegalität, des Stalinismus und der antikommunistischen Psychose, die auferlegte Zustimmung zur sowjetischen Intervention in der CSSR stecken ihnen — verständlicherweise — zutiefst in den Knochen. Außerdem resultiert das neue „Bündnis“ aus der — von wenigen begreifenden Köpfen abgesehen — Unfähigkeit, die gesellschaftlichen, ökonomischen und soziologischen Umschichtungen in diesem Land zu erfassen und den Marxismus auf konkrete Verhältnisse in geeigneter Sprache anzuwenden. Mittels der AdF und ähnlicher Scheingebilde kommen Intellektuelle und Arbeiter, rebellierende Jugend und erfahrene Sozialisten und Kommunisten nicht zusammen. Die Anerkennung der DDR und der bestehenden Grenzen in Europa, konstruktive Abrüstungspläne etc. kann man heute wirksamer in der FDP und in linken Flügeln der SPD propagieren. Dorthin sieht auch das liberale Bürgertum, soweit es in der BRD überhaupt vorhanden ist. Gesellschaftliche Veränderung als langwierige, zugegeben: ungeheuer schwierige, aber unaufhebbare Aufgabe dagegen erfordert ein sozialistisches Programm und Eigenständigkeit im politischen Auftreten...

Heiner Halberstadt

Neuerscheinung:

NEUE LINKE

— Fragmente einer kritischen Theorie —

erscheint ab April 69

Preis pro Heft: 2 DM

Aus dem Inhalt:

Oskar Negt:

Die neue Linke u. das Problem der politischen Herrschaft

Diether Schür:

Von der Schwierigkeit der sexuellen Revolution

Joseph Scholmer:

Kybernetik und sozialistischer Dogmatismus

Bestellung:

Redaktion NEUE LINKE

53 Bonn, Königsstraße 65

Es genügt nicht, die Kirche rechts liegen zu lassen.

Deshalb bekämpfen wir die Unauferklärtheit innerhalb der Linken darüber, wie kirchliche Vorgänge, Machtpolitik und Sanktionierung vorhandener Autoritäten in konkrete gesellschaftliche Entscheidungen hineinwirken.

„kritischer Katholizismus“ entlarvt die Verfilzung von religiöser Macht und sozialen Strukturen, schafft Öffentlichkeit und organisiert den Widerstand.

kritischer Katholizismus

die Zeitung der antiautoritären Opposition der katholischen Kirche in der Bundesrepublik.

80 Pfg. jeden Monat — 10 DM Abo (8 DM für Lehrlinge, Schüler, Studenten) jährlich.

Nr. 1/2: Sakramentenpraxis als Erziehung zur politischen Unmündigkeit, Priesteraufstand in Bilbao,

Nr. 3: Der Vietnamkrieg und die Katholiken, AEG profitiert vom spanischen Ausnahmezustand,

Nr. 4: Hollands Kirche: die beschleunigte Emanzipation.

Probeexemplare und Bestellung beim Verlag kK, 7 Stuttgart, Burgherrenstraße 85/b

Gewerkschaften und Arbeiterräte in der CSSR

Worum ging und geht es bei dem Versuch einer neuen Wirtschaftspolitik in der CSSR: um technokratische Reformen oder um ein neues Modell des Sozialismus?



Foto: dpa

War die Entwicklung in der CSSR nach dem Januar 1968 nur dadurch gekennzeichnet, daß die bis dahin herrschende Bürokratie durch eine Technokratie abgelöst, d. h. ein rationelles Herrschaftssystem durch ein rationelleres ersetzt wurde? Oder war es das Bestreben der progressiven tschechoslowakischen Kommunisten, ein qualitativ neues Modell des Sozialismus einzuführen? Ein Modell, das der demokratischen Tradition und dem industriellen und kulturellen Standard des tschechoslowakischen Volkes entsprach und damit auch für die Arbeiterbewegung der westlichen Industriestaaten eine nicht zu unterschätzende Bedeutung erlangt hätte? Erlangt hätte: denn durch den Einmarsch der fünf Okkupationsmächte — der sog. „brüderlichen Hilfe“ — ist momentan nicht abzusehen, inwieweit das tschechoslowakische Experiment fortgesetzt werden kann.

Die Meinungen über das „Experiment CSSR“ gehen auseinander. Allzusehr wird die Reformbewegung nur im Hinblick auf die Aktivität der Intellektuellen gesehen. Eine Analyse der Vorjanuarzeit zeigt eindeutig, daß die Reformbewegung nicht allein das Werk der Schriftsteller und Wissenschaftler war. Diskussionen, die weit vor dem Januarumschwung in den verschiedensten Gremien — auch der Gewerkschaft — geführt wurden, zeigen, daß im Mittelpunkt all dieser Diskussionen das Problem „Sozialistische Demokratie oder Technokratie“ stand. Es sei hier nur eine Diskussion genannt, die vom Ge-

werkschaftsblatt „Prace“ zum Thema „Sozialistische Wirtschaft und Demokratie“ anfangs 1966 veranstaltet wurde und auf der Dr. Samalik von der Rechtsfakultät der Karlsuniversität feststellte:

„...Die Produktion ist nicht nur eine technische, sondern auch eine politische Tatsache. Hier wird doch das Problem der schöpferischen Befriedigung des Menschen gelöst. Darum muß uns daran gelegen sein, auch die Produktionsbeziehungen, das Verhältnis zwischen notwendiger Autorität und Unterordnung innerhalb der Unternehmen auf geeignete Weise zu humanisieren. In allen Dokumenten betonen wir doch die Gedanken des Sozialismus, der Demokratie, das also bei uns ein jeder die Wirtschaft mitbestimmen muß. Diesen Gedanken können Bestrebungen entgegenwirken, die fachmännische Qualität der Leitungstätigkeit dadurch zu steigern, daß man den Kreis der Leitenden auf jene beschränkt, die sich darauf verstehen: das sind die Tendenzen zur Technokratie und zum Managertum. Es ist Aufgabe der sozialistischen Gesellschaft, ein demokratisches Modell hervorzu- bringen, das sowohl Demokratie als auch Fachkenntnis gewährleistet.“ Und Dr. Bystrina vom Institut für Staats- und Rechtswissenschaft der tschechischen Akademie der Wissenschaften ergänzte diesen Hinweis mit der Feststellung: „...Ein konsequent demokratisches System ... kann sich in unserer modernen Zeit keineswegs der wirtschaftlichen Demokratie und Selbstverwaltung entziehen.“

Was hat nun der „Prager Frühling“ von diesen Vorstellungen verwirklicht? Ich bin der Ansicht: mehr als man zur damaligen Zeit erwarten konnte.

Ansätze des neuen Modells wurden bereits im Aktionsprogramm der KPTsch aufgezeigt. So ist z. B. dort zu lesen: „Das System der sozialistischen Demokratie — der Staat, die gesellschaftlichen Organisationen und die Partei als führende Kraft — streben zielbewußt danach, daß die verschiedensten Interessen und Anschauungen der Werktätigen über gesellschaftliche Probleme demokratisch und im Rahmen der Organisationen der sozialistischen Gesellschaft vom Standpunkt der gesamtgesellschaftlichen Ziele aus ihren Ausdruck finden können. Die Entwicklung der Demokratie muß dabei Hand in Hand mit der Verstärkung der wissenschaftlichen und fachlichen Grundlagen der Gesellschaft fortschreiten.“ Wie ist aber die Partei als „führende Kraft“ definiert? „Sie kann sich ihre Autorität nicht erzwingen, sondern muß sie immer aufs neue durch ihre Taten gewinnen. Ihre Linie kann sie nicht durch Verordnungen durchsetzen, sondern nur durch die Arbeit ihrer Mitglieder und die Wahrfähigkeit ihrer Ideale.“ Aus dieser Einstellung ergab sich auch die Trennung der Partei vom Staatsapparat. Die Partei besann sich wieder auf die ursprüngliche Marxsche Definition der „Kommunisten“, die besagt: „Die Kommunisten sind also praktisch der entschiedenste, immer weiter treibende Teil der Arbeiterparteien aller Länder, sie

haben theoretisch vor der übrigen Masse des Proletariats die Einsicht in die Bedingungen, den Gang und die allgemeinen Resultate der proletarischen Bewegung voraus.“ So wollten sich auch die tschechoslowakischen Kommunisten wieder verstehen.

Die KPTsch proklamierte: „Es ist also nicht das Wichtigste, einmal für einige Zeit vertrauenswürdige Männer an die Spitze des Staates zu stellen, damit sie dort ihren besten Verstand oder die Ergebnisse ihrer vielleicht genialen Erkenntnisse zur Geltung bringen; sondern das Wichtigste ist, einen Mechanismus zur Verwaltung der Gesellschaft zu schaffen, der es bei optimalem Funktionieren ermöglicht, daß jene, die an der Spitze des Staates stehen, tagtäglich die gemeinsamen Erkenntnisse aller denkender Menschen sich zu eigen machen und anwenden können.“ Wie sollte dieser Mechanismus in der CSSR funktionieren?

Nach der Trennung von Partei und Staatsapparat — der in Zukunft ein fachliches Organ zur Ausführung der Regierungsbeschlüsse unter Aufsicht verschiedener demokratisch gewählter Kontrollorgane sein soll — soll die Regierung wieder regieren und nicht Parteibeschlüsse ausführen. Das bedeutet, daß die Regierung wieder der Nationalversammlung als oberster demokratischer Körperschaft der nationalen Front direkt verantwortlich ist. Gleichzeitig sollen die Nationalausschüsse, die als demokratische Organe der Staatsmacht fungieren, wieder die fortschrittlichen Traditio-

nen der örtlichen Selbstverwaltung und der Volksverwaltung fortführen. Die Gewerkschaften werden vom reinen „Transmissionsriemen“ der Partei wieder zu einer echten Interessenvertretung der Arbeiterschaft, die als letzte Waffe zur Verteidigung der Arbeiterinteressen auch den Streik nicht ablehnt. In den Betrieben bilden sich „Räte der Werktätigen“ als demokratische Selbstverwaltungskörperschaften der Belegschaft. Diese Veränderungen bilden die Basis des neuen Modells des Sozialismus in der CSSR — eines Modells, in welchem Wissenschaft, fachliche Qualität und sozialistische Demokratie die optimale Entwicklung der Gesellschaft gewährleisten soll, einer Gesellschaft, in der nach Marx die „freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist“.

Die Basis dieser Gesellschaft bildet das Gesellschaftseigentum an Produktionsmitteln. Der Rahmen der Entwicklung der Gesellschaft ist durch die Nationale Front gegeben. Die Nationale Front ist der Zusammenschluß aller politischen Parteien und Gruppierungen auf Grund eines gemeinsamen politischen Programmes, auf der Basis des Gesellschaftseigentums an Produktionsmitteln zur weiteren Entfaltung der sozialistischen Gesellschaft. Innerhalb dieses Programms können die verschiedenen politischen Gruppierungen ihre Alternativvorschläge zur optimalen Entwicklung der verschiedenen Probleme vorbringen. In der CSSR war die Möglichkeit einkalkuliert, daß die KPTsch überstimmt werden konnte, wenn sie nicht die überzeugendste Lösung vorbringt.

Alle Mitgliedsorganisationen der Nationalen Front können eigene Kandidaten für die Wahl zur Nationalversammlung (dem Parlament der CSSR) aufstellen. In diesem politischen System wird jede Interessenorganisation zur politischen Organisation, sobald sie Mitglied der Nationalen Front wird. Z. B. ist der Studentenverband eine Interessenvertretung; sobald er Mitglied der Nationalen Front ist, stellt er eine politische Organisation dar und kann eigene Kandidaten für die Nationalversammlung aufstellen, die dort im gesamtgesellschaftlichen Rahmen die Interessen der Studenten vertreten. Analoges gilt für die Gewerkschaften. Als Mitglieder der Nationalen Front sind sie politische Organisationen und haben dadurch eine viel weiterreichende Funktion als hier im Westen.

Nur unter diesem Aspekt läßt sich auch die eminent wichtige Rolle der Gewerkschaften in der CSSR in der Nachjanuar-Periode erklären. So heißt es im Entwurf zum neuen Gewerkschaftsprogramm: „... Wir werden die Maßnahmen der Regierung unterstützen, die die Entwicklung der Gesellschaft und die Bedürfnisse der breiten Schichten der Werktätigen sichern. Bei dieser Unterstützung halten wir uns das Recht zur Opposition gegenüber Vorschlägen, die der Öffentlichkeit vorgelegt werden, vor.“ Und etwas weiter heißt es dann: „... In Fra-

gen, die in die Interessensphäre der Gewerkschaften fallen, werden wir in der Nationalversammlung vor allem durch Vermittlung eigener Abgeordneter eine selbständige gesetzgebende Initiative entfalten. Wir werden auch zu den Vorschlägen der Staats- und Wirtschaftsorgane eigene Varianten und eigene Vorschläge und Anregungen für ihre Tätigkeit vorbereiten.“

Diese neue Rolle der Gewerkschaft in einem sozialistischen, hochindustrialisierten Lande müßte ein interessantes Studienobjekt für alle westlichen Gewerkschaften sein!

In den meisten sozialistischen Ländern ist der Staat noch der eigentliche Träger der Betriebspolitik; diese wird weitgehend durch staatliche Instanzen vorgegeben, die Belegschaft hat relativ wenig echte Mitbestimmung über die Betriebspolitik sondern tritt nur in beratender Funktion auf. Nun ist aber die Situation der Arbeitnehmer, der Werktätigen im sozialen System des Sozialismus, eine zwiespältige. Sie sind auf der einen Seite Produzenten und Eigentümer der Betriebe, auf der anderen Seite Beschäftigte der sozialistischen Industrie und Konsumenten. Als Beschäftigte der Industrie treten ihre Interessen auf den verschiedensten Ebenen und in den verschiedensten Bereichen auf. Diese Interessen wahrzunehmen soll der Gewerkschaft vorbehalten werden. Für die Produzenten und Eigentümer der Produktionsmittel stehen primär die Interessen des Arbeitskollektivs im Vordergrund, wobei jedoch auch die gesamtgesellschaftlichen Interessen gebührend zu berücksichtigen sind. Daher muß ein Modell der Betriebsdemokratie gesucht werden, in dem sich die Existenz der beiden unterschiedlichen Interessenbereiche in der institutionellen Regelung der Leitungsorgane widerspiegelt. Die Überwindung der Differenz zwischen den gesellschaftlichen Interessen und den Gruppeninteressen der Belegschaft muß in erster Linie in der Betriebspolitik ihren Ausdruck finden. Daraus folgt, daß

Träger der Betriebspolitik ein gemischtes Vertretungsorgan sein soll, das neben den Betriebsrepräsentanten auch die Repräsentanten anderer Interessengruppen vereinigt. Dieses Organ stellt in der CSSR der Rat der Werktätigen dar, der bereits in über 200 Betrieben eingeführt ist und sich dort auch weitgehend bewährt hat.

Die Arbeitenden eines Betriebes sollen im Rat der Werktätigen die klare Majorität besitzen. Welche weiteren Mitglieder in den Rat aufgenommen werden sollen, läßt sich nicht einheitlich festlegen. In einigen Betrieben werden lokale und regionale Interessen vorherrschend sein, in anderen Fällen werden es wieder die Interessen verschiedener Institutionen sein, die wahrgenommen werden müssen. Ebenfalls können interessierte Organisationen aus dem Handel, den Banken, der Wissenschaft und der Forschung vertreten sein. Aber auch eine direkte Vertretung der Verbraucher kann in einigen Betrieben in Frage kommen.

Ob sich überbetriebliche Räte bilden sollen, ist sehr umstritten. Man argumentiert, daß damit diese Selbstbestimmungs-Körperschaften erneut institutionalisiert würden und in den verschiedenen Leistungsebenen nicht mehr unmittelbar durch die Belegschaft kontrolliert werden könnten.

Man sollte das tschechoslowakische Modell nicht an einem idealen Modell messen, wie es viele Linke tun. Man darf nicht vergessen, daß es vielfach noch mit den Zeichen der stalinistischen Epoche behaftet war, und manche Entwicklungen waren nur in ersten Ansätzen zu erkennen.

Heute werden in den fünf Okkupationsländern die abstrusesten Märchen über bestimmte Entwicklungen in der CSSR verbreitet. Den Kern der tschechoslowakischen Entwicklung, daß das aus der Industrialisierungsphase der Sowjetunion übernommene Modell nur eine historische Durchgangsphase

Zum Thema
Demokratie und
Pressekonzentration:

Arno Klönne
Bernd Jansen

Imperium Springer - Macht und Manipulation

mit Beiträgen von Günther Anders - Friedhelm Baukloh - Karl D. Bredthauer - Richard Burckhardt - Klaus Ehrler - Werner Hofmann - Jürgen Holtkamp - Jörg Huffschmid - Bernd Jansen - Heinz Kulas - Arno Klönne - Reimar Lenz - Ulrich Sander - Peter Sörgel - Eckart Spoo - Conrad Taler

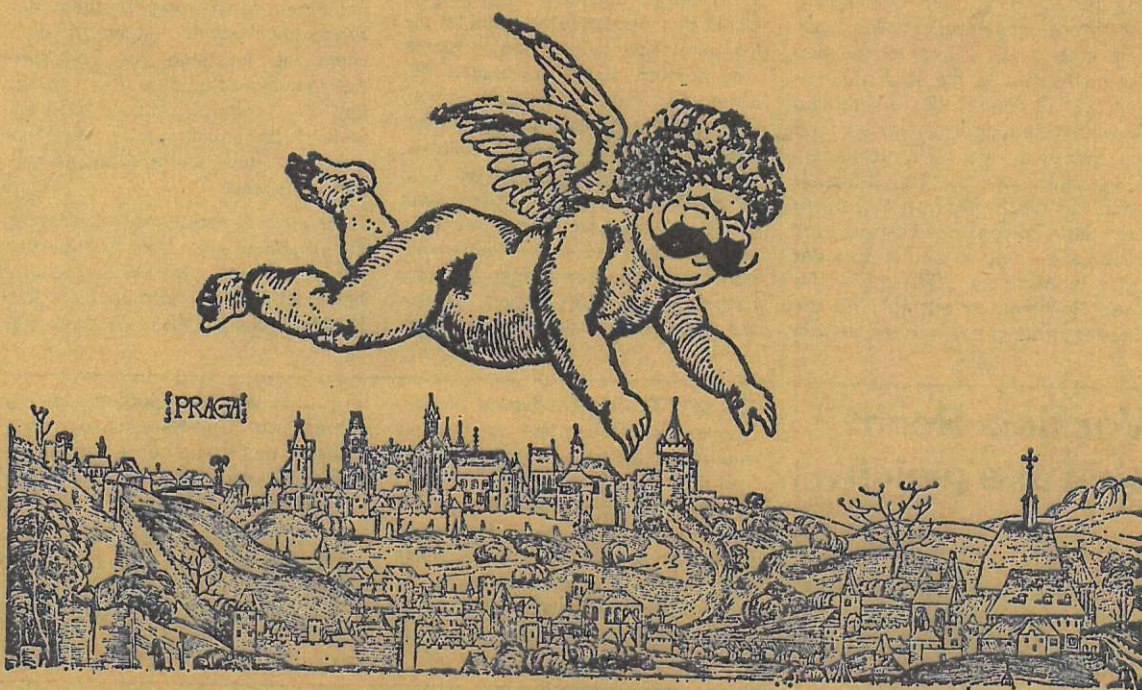
ca. 270 Seiten, broschiert, mit zweifarbigen Schutzumschlag, Sonderausgabe der Kampagne für Demokratie und Abrüstung, Sonderpreis DM 7,60

zu bestellen bei:

Kampagne für Demokratie und Abrüstung

605 Offenbach 4, Postfach 648,
Telefon 88 60 51

in der Entwicklung der sozialistischen Gesellschaft im Sinne Marxens sein kann, wurde bis heute nicht begriffen. Neue Formen des Sozialismus werden als tödliche Gefahr für den Sozialismus bezeichnet und als Konterrevolution gebrandmarkt — darin liegt die Tragödie des etablierten Sozialismus in Europa!



Rechtsgüter – oder Güter der Rechten?

Heinrich Hannover

Der Gerichtssaal ist einer der wenigen Kreuzungspunkte zwischen Staatsgewalt und Öffentlichkeit, an denen der Gewaltcharakter unseres Herrschaftssystems für jedermann sichtbar wird. Inmitten einer Gesellschaft, in der in zunehmendem Maße rationale Problemlösungen gesucht werden, spielt sich ein Stück Mittelalter ab, dem jeder, der will, zuschauen kann. Der Angeklagte wird einem Komplex von Nötigungen unterworfen. Es beginnt damit, daß er aufstehen muß, und es endet meistens damit, daß er in einer winzigen Zelle eingesperrt wird, deren Wände er dann für eine von den schwarzen Talaren genau bestimmte Zeit seines Lebens anzustarren hat. Das Ganze nennt sich Strafrecht und dient, wie Professoren der juristischen Fakultäten noch heute ernsthaft verkünden, dem Schutz von Rechtsgütern.

In Wahrheit sind es weniger Rechtsgüter als vielmehr „Güter der Rechten“, die hier geschützt werden.



Foto: dpa

Sicherheit und Ordnung

Der Fetisch der Justiz, gegen den sich Demonstranten versündigen, heißt: „Sicherheit und Ordnung“. Es ist die Sicherheit und die Ordnung der Herrschenden, die in diesem Rechtsgut geschützt wird. „Ordnung“, das umfaßt die Vorstellung, daß eine Versammlung angemeldet sein und einen Leiter haben muß, daß die Straße zum Verkehr da ist und nicht zur Ausübung von Demokratie. „Ordnung“, das umfaßt die Vorstellung, daß Axel Springer ein Recht auf „Pressefreiheit“ hat im Sinne eines Individualrechts auf Verdummung der Massen. „Ordnung“, das umfaßt die Vorstellung, daß der Normalzustand der Gesellschaft gewaltlos sei und daß die Gewalt erst durch die studentischen Demonstranten in die Welt gekommen sei. „Ordnung“, das umfaßt alle Gewaltanwendung im Namen und im Interesse der Herrschenden. Beiliebe gegen eine Tür, Knüppelhebe auf die Köpfe von Menschen und das Zerren an Haaren und Gliedmaßen sind in den Augen der Justiz je nachdem „Ordnung“ oder eine „Rechtsgutverletzung“, ob die Gewalttäter Polizisten oder andere

Büttel der herrschenden Klasse waren oder nicht. Selbst Fensterglas und Türen gelten dann plötzlich nicht mehr als Symbol der „Ordnung“, wenn sie unter den Beilieben der Polizei zersplittern. Unbegriffen ist, daß in einer demokratischen Gesellschaft nicht nur die Polizei Funktionen hat, sondern auch das Volk. Unbegriffen ist, daß die politischen Aktionen der Studenten gegen die Manipulation der öffentlichen Meinung schutzwürdiger sein können als das Fensterglas und die Profite eines Pressekonzerns.

Körperliche Unversehrtheit

Ein Kritiker der Justizpraxis unserer Tage hat gesagt: Das eigenartigste Delikt des Strafgesetzbuches ist die Körperverletzung im Amt; bestraft wird nämlich das Opfer wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt. Diese Behauptung läßt sich mit einer Fülle von Beispielen belegen. Wer von Polizisten geschlagen und festgenommen worden ist, kann mit großer Sicherheit damit rechnen, daß die Justiz nicht etwa gegen die Polizisten, sondern gegen ihn ermittelt wird, weil er von seinen Schlägern des Widerstandes gegen

die Staatsgewalt bezichtigt werden wird. Er kann auch damit rechnen, daß die Justiz den Aussagen der Polizeibeamten in höherem Maße Glauben schenken wird als seinen eigenen Angaben oder den Angaben etwaiger Entlastungszeugen. Stehen wirklich einmal Entlastungszeugen zur Verfügung, so kann ihm passieren, was kürzlich ein Angeklagter in Frankfurt erleben mußte, dessen Entlastungszeugen von dem Gericht mit der Bemerkung vom Tisch gewischt wurden, es bestehe der Verdacht, daß die Entlastungszeugen den Angeklagten entlasten wollten. Erstatet er gar Anzeige gegen die Polizeibeamten wegen Körperverletzung im Amt, so muß er mit einem Einstellungsbescheid der Staatsanwaltschaft rechnen, in welchem die Angaben der Polizisten als glaubwürdig zugrunde gelegt und die Beschuldigung als nicht erweislich behandelt wird mit der Begründung, hier stehe Aussage gegen Aussage.

Aber auch in rechtlicher Hinsicht ist die Situation eines Demokraten, der von Polizisten des Widerstandes beschuldigt wird, hoffnungslos. Die Rechtsprechung der Strafgerichte

hält bis heute daran fest, daß es für die Rechtmäßigkeit der Amtshandlung nur darauf ankommt, ob der Beamte das ihm eingeräumte Ermessen pflichtgemäß ausübt, ob er also subjektiv gutgläubig gehandelt hat, daß es aber keine Rolle spielt, ob die Amtshandlung objektiv rechtmäßig war. Selbst gegen eine objektiv rechtswidrige Amtshandlung eines Polizisten bleibt mithin die Widerstandshandlung strafbar. Andererseits ist der Polizeibeamte immer durch seine Gutgläubigkeit gedeckt, mag er auch noch so brutal vorgegangen sein.

Diese Justiz ist eine Bastion des herrschenden Systems. Ihre Stärke liegt in der Zustimmung manipulierter Massen, denen keine polizeiliche Knüppelaktion zu brutal, keine Zuchthausstrafe unmenschlich genug sein kann. Ihre Schwäche liegt in der Öffentlichkeit und in der Eskalation ihres Terrors, der immer mehr Menschen als unmittelbar Betroffene einbezieht und damit Ansatzpunkte für die Entwicklung eines politischen Bewußtseins schafft, das eines Tages die politische Strafjustiz als terroristische Exekutive der Herrschenden begreifen wird.

Vor dem Recht sind alle gleich ...

1) = Meldung des „Tagesspiegel“, Seite 6, 11. Februar 1969.
2) = Meldung des „Tagesspiegel“, Seite 6, 11. Februar 1969.

1) „Zu 2000 DM Geldstrafe hat ein Bonner Schöffengericht am Montag einen 25jährigen Elektromonteur verurteilt...“

2) „Das Marburger Schöffengericht hat am Montag einen 27jährigen Konstruktionstechniker aus Butzbach wegen Sachbeschädigung im Schnellverfahren zu drei Monaten Gefängnis ohne Bewährung verurteilt...“

1) „...“, der im Oktober letzten Jahres acht Gewehrschüsse in die Fenster des Hauptbüros der Deutschen Kommunistischen Partei gefeuert hatte...“

2) „... Er hatte in der Nacht zum 5. Februar eine Fensterscheibe des Marburger Schöffengerichts mit einem Steinwurf zertrümmert...“

1) „... Der 1966 aus der Zone geflüchtete Angeklagte hatte bei einer NPD-Versammlung als Saalordner fungiert. Erregt über die ‚Störmanöver linksgerichteter Gruppen‘, habe er auf der Heimfahrt ‚zufällig‘ sein Gewehr bemerkt und den Beschluß gefaßt, ‚Rache zu nehmen‘.“

2) „... Vor Gericht verweigerte er die Aussage über die Gründe seines Handelns.“

Aktionsformen und Bündnisprobleme

kontroverse



Jörg Huffschmid

Als ersten Beitrag zur notwendigen Diskussion über die Strategie der Opposition dokumentieren wir aus einem Referat vor dem Republikanischen Club Berlin

Foto: dpa

I.

Die Frage nach der Strategie einer antikapitalistischen Bewegung ist die Frage nach der Art und Weise, wie in der gegenwärtigen Periode der spätkapitalistischen bürgerlichen Gesellschaft mit allen ihren politischen Stabilisatoren und Schutzmaßnahmen, eine Massenbasis geschaffen werden kann, die eine Gegenmacht gegen die konzentrierte Macht der ökonomisch und politisch Herrschenden darstellt und es verhindert, daß diese die entwickelten politischen Instrumente zur Stabilisierung und zur Verteidigung ihrer antidemokratischen Herrschaftsposition wirksam anwenden können. Die Frage nach der Herstellung einer solchen Massenbasis stellt sich — glaube ich — auf zweierlei Weise; mit beiden Problemkomplexen haben wir im Laufe der letzten Jahre gewisse Erfahrungen gemacht:

Wir müssen uns einerseits fragen, welche Formen unserer politischen Praxis dazu geeignet sind, eine derartige Mobilisierung zu bewirken, das heißt auch, wie konkret eine solche Mobilisierung aussehen kann.

Wir müssen uns weiter fragen, welche Organisationsformen die geeigneten sind, die mobilisierenden Gruppen und die mobilisierten Gruppen zusammenzuhalten und zu verhindern, daß ein verstärktes Zuschlagen der reaktionären und konterrevolutionären Kräfte das einmal gewonnene Terrain wieder zurückerobert oder nach der Strategie der „verbrannten Erde“ vernichtet.

Diese Fragen sind nun nicht allein unsere Probleme, es sind die Probleme in England, in Italien, in Frankreich, ja man kann sagen, in allen westeuropäischen Industriegesellschaften. Denn in diesen Ländern haben sich in den letzten zwei, drei Jahren Erscheinungen gezeigt, die den Charakter einfacher Unruhen weit überschritten und auf eine grundsätzliche theoretische und praktische Kritik an den bestehenden ökonomischen und politischen Herrschaftsformen hinauslaufen, ohne sich jedoch in die Organisationsformen und Agitationsmuster der traditionellen Arbeiterorganisationen integrieren zu lassen, ja teilweise geradezu in Frontstellung zu diesen.

Diese neue radikaldemokratische und sozialistische Bewegung steht in einem internationalen Kontext der politischen Stabilisierung und schleichenden Faschisierung der entwickelten Industriegesellschaften, einer Faschisierung, deren vorerst letztes Symptom bei uns der Plan zur Einführung einer Vorbeugehaft ist. Und in diesem Kontext hat die linke Bewegung überall neue Formen unmittelbarer Aktionen und Agitationen entwickelt, deren Möglichkeiten und Grenzen es genau zu kalkulieren gilt, wenn eine konsistente Strategie der APO formuliert werden soll. Und ich meine, gerade die Ereignisse vom Mai letzten Jahres haben uns im Hinblick auf diese zu konzipierende Strategie einige Erfahrungen gebracht, aus denen nicht nur in Frankreich, sondern in ganz Westeuropa Lehren gezogen werden müssen. Es handelt sich, glaube ich, vor allem um drei Erfahrungen.

Es sind 1. die Erfahrungen, daß eine unmittelbare Mobilisierung von Massen auch in relativ stabilisierten spätkapitalistischen Industriegesellschaften möglich gewesen ist und zwar eine Mobilisierung, die sich nicht an die traditionellen Formen der Parteiorganisation und Parteiagitation hielt, sondern sich direkter und spontaner Agitation und der Aktionen bedient hat.

Es sind 2. die Erfahrungen, daß die traditionellen Organisationen der Arbeiterbewegung, also konkret die KPF und die CGT, nicht in der Lage oder nicht bereit waren, diese Mobilisierung aktiv voranzutreiben und ihre revolutionären Elemente aufzugreifen, sondern im Gegenteil objektiv bremsend gewirkt und die tendenziellen systemzerstörenden Forderungen der Arbeiter teilweise in offenem Widerspruch zu diesen abgefangen und in systemtragbare sozialpolitische umgemünzt haben.

Und es sind 3. die Erfahrungen, daß die spontane Massenmobilisierung auf der anderen Seite nicht in der Lage gewesen ist, die vorhandenen revolutionären Möglichkeiten zu organisieren und zu einer kontinuierlichen Form von Gegenmacht und Gegengewalt zusammenzubringen, d. h. umgekehrt, daß, wenn spontane und direkte Massenaktionen weitergeführt und gesellschaftspolitisch auf die Dauer relevant sein werden, eine organisatorische Form gefunden werden muß, in der die Perspektive solcher Aktionen diskutiert wird, in der die Informationen der einzelnen Gruppen koordiniert werden und in denen die Kooperation dieser Gruppen vorbereitet wird, ohne daß sich solche Organisationen gegen-

über den einzelnen Gruppen ver- selbständigen.

Wir dürfen diese drei Erfahrungen oder Gruppen von Erfahrungen gewiß nicht unmodifiziert auf unsere eigene Situation übertragen. Wir müssen uns aber sehr wohl klar darüber sein, daß dies die Punkte sind, die für die Erfolgchancen der neuen sozialistischen Bewegung langfristig von zentraler Bedeutung sind und über ihre Zukunft entscheiden. Darum müssen wir die drei Strategieelemente der Mobilisierungsformen, der Bündnispolitik und der Organisationsformen, deren Zusammenhang ja ohne weiteres einsichtig ist, genau analysieren, wenn wir zur Formulierung eines strategischen Konzeptes kommen wollen, in dessen Kontext dann auch einzelne Aktionen oder einzelne Erklärungen beurteilt werden müssen.

II.

Zu der ersten Frage der Mobilisierung meine ich, daß hier die neue linke Bewegung in der Bundesrepublik gemäß ihrer Entstehungsform ihre ersten Erfahrungen und Lehren aus der Universität und in der Strategie der Universitätsrevolte gewonnen hat. Diese Erfahrungen besagen im wesentlichen, daß lange Jahre durch die gewählten Studentenvertreter versucht worden ist, im Rahmen der gegebenen Möglichkeiten und der gegebenen Handlungsspielräume die Universität zu demokratisieren, zu reformieren, daß sich aber so lange nichts in dieser Richtung getan hat, daß diese Bemühungen auch so lange nicht auf sonderliches Echo

bei den Betroffenen, nämlich bei den Studenten selbst, gestoßen sind, wie sie nicht unmittelbar auf ihre eigene Situation hin angesprochen wurden. Als dies aber geschah, als die Agitation am eigenen Arbeitsplatz einsetzte, als Demokratisierung nicht als abstrakte Norm, sondern als konkretes Bedürfnis und konkreter Anspruch des Einzelnen vermittelt wurde, für den man sich persönlich praktisch einzusetzen habe, da war es auch möglich, die Studenten massenhaft zu mobilisieren, und als die ersten Disziplinierungsmaßnahmen der Verwaltung kamen, verstärkte sich diese Mobilisierung derartig, daß die Verwaltung bereits zurückstecken mußte.

Inzwischen ist die Bewegung an der Universität weitergegangen und die, die sie tragen, haben dazugelernt. Sie haben vor allem gelernt, daß eine Reform der Universität sich nicht darauf beschränken kann, hier in einer autoritären Leistungsgesellschaft partiell an privilegierten Stellen für privilegierte Mitglieder der Gesellschaft demokratische Gerüste zu etablieren. Sie wissen, welche Rolle die Universitäten im Klassenkampf spielen, sie wissen, daß sie Stellen sind, die zur Erhaltung der bestehenden sozio-ökonomischen Machtverhältnisse dienen und daß sie diese Funktion nicht aus ihrer autoritären Struktur heraus, sondern aus den Inhalten und der Anwendung dessen, was gelehrt wird, aus den Inhalten und der Anwendung der Wissenschaft selbst, beziehen. Sie wissen, daß das, was sie an der Universität bisher noch in vergleichsweise großer Freiheit lernen, wenn sie einmal die Universität verlassen, von denen die über die Arbeitsplätze verfügen, angewendet wird, um die Herrschaftsverhältnisse zu stabilisieren und sie haben daraus den Schluß gezogen, daß es notwendig ist, ihr Wissen schon auf der Universität in den Dienst der Umstürzung dieser Herrschaftsverhältnisse zu stellen.

Aus dieser Einsicht aber folgt die zweite, daß die Studenten schon während ihres Studiums die Verbindung mit denen suchen müssen, mit denen sie später im Beruf zusammenarbeiten werden. Dies aber ist eine Einsicht, die sich zwar noch abstrakt aussprechen, aber nur noch in konkreter fachspezifischer Einzelarbeit dem einzelnen vermitteln und realisieren läßt. Die Mobilisationsform an der Universität ist daher aber auch nicht mehr vorwiegend die Massenmobilisierung, sondern die permanente Fachkritik in den Fachschaften, in den Vorlesungen, Übungen und Seminaren der einzelnen Fakultäten, wo auf die reaktionäre Funktion der jeweiligen Wissenschaft durch ihren Mißbrauch in der gegenwärtigen Gesellschaft hingewiesen wird. Wo solche Basismobilisierung, die nicht mehr in Massenveranstaltungen, sondern in ad-hoc-Gruppen vor sich geht und daher nicht den ständigen Druck mobilisierter Massen hinter sich hat, durch Professoren gehindert wird, kommt es dann zu Störungen des normalen Lehrbetriebs,

zu Besetzung und Aussperrung, also zu Aktionen, die von der Gegenseite als Gewalt und Terror gebrandmarkt werden. Ich meine aber, daß diese Aktionen deshalb unsere volle Unterstützung verdienen, weil hier Gruppen mit der theoretischen Forderung nach Umstrukturierung der Universität und praktischer Arbeit für die Demokratisierung der Gesellschaft praktisch ernst machen, indem sie bestimmte Bereiche der Gewalt des herrschenden Systems entziehen und den demokratisch-sozialistischen Kräften zur Verfügung stellen.

Ähnliches gilt nun auch mit den Erfahrungen mit den Aktionen außerhalb der Universität. Mit massenhafter Agitation und spontanen Aktionen zu Ostern 1968 ist es uns gelungen, große Massen zu mobilisieren und auf die Straße zu bringen. Es ist nun verschiedentlich die Meinung geäußert worden, die Tatsache, daß seit dem 1. Mai praktisch keine große Massendemonstration mehr stattgefunden habe, sei ein Indiz für den Rückschritt, zumindest den Stillstand der Außerparlamentarischen Opposition. Dies anzunehmen, hieße — meine ich — die Lage total verkennen. Ich meine vielmehr, daß — wie es an der Universität notwendig war, die Arbeit in kleinen Gruppen zu vertiefen, um zu weiterführenden Perspektiven zu kommen, auch in der Stadt agitation etwas derartiges zu geschehen hätte, und daß daher die Massendemonstrationen in ihrem politischen Stellenwert für eine gewisse Periode hinter die vertiefte Basisarbeit zurücktreten müssen.

Ich glaube, daß es nur durch diese unmittelbare Mobilisierung an der Basis, anknüpfend an die Situation und an die Bedürfnisse der Betroffenen selbst, möglich sein wird, die Massenbasis zu schaffen, die nötig sein wird, um das System selbst unmittelbar und direkt anzugreifen zu können. Nur diese Mobilisierung von der Peripherie zum Zentrum hin, wie André Gorz das nennt, wird in der Lage sein, die Entschlossenheit hervorzurufen, politische Veränderungen durch eigene praktische Arbeit durchzusetzen und so das Potential für eine echte Änderung zu schaffen.

Leider ist nun in der gegenwärtigen Periode des Anfangs diese Basismobilisierung eine recht gefährliche Sache, die sehr leicht in den Bereich administrativer oder sonstiger repressiver Maßnahmen gerät. Die Möglichkeiten der Reaktionen oder auch der Präventivschläge sind in der gegenwärtigen Phase besonders groß, und wir haben bereits Erfahrungen mit Disziplinierungen von Referendaren und Lehrern und Studenten durch die jeweiligen Verwaltungsbehörden, Erfahrungen mit individuellem Terror durch die Apparate der Justiz und der Polizei. Wenn die Anwendung derartiger Mittel nicht zur Zerschlagung der linken Bewegung führen soll, ist es von äußerster Wichtigkeit, daß in einem solchen Fall, wenn einzelne Linke mit Disziplinarmaßnahmen oder durch die Justiz aus der Bewegung herausgenommen werden

sollen, daß dann alle Gruppen theoretische und praktische Solidarität üben und unmißverständlich zeigen, daß derartige Terrormaßnahmen der herrschenden Apparate nicht hingenommen werden, sondern auf militanten und auf massiven Widerstand stoßen werden. Und zwar auf den Widerstand aller derer, deren politische Tätigkeit dazu übergegangen ist, sich in konkreten Gruppen konkret zu organisieren und die in dieser Praxis ebenfalls auf die solidarische Hilfe aller politisch Engagierten angewiesen sind.

Ein solcher Fall war m. E. gegeben, als versucht wurde, Horst Mahler aus seiner politischen Funktion für die linke Bewegung auszuschalten und ihm zudem die Existenzgrundlage zu nehmen. Hätte man hier nichts unternommen oder hätte man sich darauf beschränkt, verbal zu protestieren, so hätte das, was bei Mahler vorgeführt wurde, bei anderen Exponenten der sozialistischen Bewegung ohne Schwierigkeiten imitiert werden können. Und daß dies eine unmittelbare Existenzbedrohung für diese linke Bewegung, die noch einigermaßen unorganisiert ist, sein mußte, das war wohl allen klar, die damals die Demonstration am Tegeler Weg mit vorbereitet haben. Es mußte hier exemplarisch demonstriert werden, daß nicht nur der Ausschluß aus der Rechtsanwaltskammer persönlicher Terror gewesen wäre, es mußte auch unmißverständlich klar-

Steinzeit

„Manche Arbeiter sagen: Wenn die Studenten nicht mit Steinen werfen würden, könnte man sich mit ihnen verbünden. Und die Studenten: Wenn sich die Arbeiter mit uns verbünden, brauchen wir nicht mehr mit Steinen zu werfen.“

neue aktion, Berlin

gemacht werden, daß jeder administrative Versuch hierzu nicht hingenommen werden würde. Insofern meine ich, daß die Aktion am Tegeler Weg das Zeichen eines Widerstandes war, der sicher schon wegen der zu erwartenden Reaktion der Polizei nicht wiederholbar ist, der also nicht den Beginn einer Periode der Polizeischlägen signalisieren soll, dessen Militanz aber in verschiedenen Formen praktizier-

bar ist und praktiziert werden wird, um die Engagierten in dieser Bewegung davor zu schützen, daß einzelne herausgegriffen, isoliert und individuellem Terror unterworfen zu werden. Wir sollten diese Aktion in ihrem Klassenkampfcharakter nicht überschätzen, wie dies verschiedentlich, auch von seiten des Vorstandes, der Fall gewesen ist. Wir wissen aber auch, daß diese Aktion bei der politischen Führung dieser Stadt, insbesondere bei der Polizeiführung, eine ungeheure Verunsicherung hervorgerufen hat. Man wird auf der anderen Seite auch nicht übersehen können, daß ein solcher militanter Widerstand, der zeigt, daß nicht jeder Protest von vornherein auf den Bereich des Verbalen beschränkt bleibt, mobilisierend gerade auf diejenigen wirken kann, die ihren Widerstand bereits aus Resignation vor der Allmacht des Gegners aufgegeben haben.

III.

Aber genau an diesem Punkt kommen wir jetzt zu unserem zweiten Problem, zum Problem der Bundesgenossen. Lassen Sie mich auch hier die Aktion am Tegeler Weg zum Anknüpfungspunkt nehmen, obwohl wir uns davor hüten sollten, ihr zu viel Gewicht beizumessen. Es ist nun hier interessant, daß die Reaktionen der bürgerlichen Öffentlichkeit und der offiziellen Stellen auf die Aktionen am Tegeler Weg sehr viel kurzatmiger gewesen sind, als die Reaktionen innerhalb der Außerparlamentarischen Opposition selbst. Hier sind viele Diskussionen geführt, ist viel Kritik geübt worden. Sie richtete sich gegen den Zeitpunkt, den Gegner, den Stellenwert dieser Aktion und bezweifelte ihre Vermittelbarkeit bei der Bevölkerung. Alle diese Argumente sind diskutiert worden, ehe daß eine oder die andere Seite ihre Thesen regelrecht beweisen konnte. Insofern kann diese Kritik sicher nicht als widerlegt gelten. Ein Punkt aber bedarf der Berichtigung, und er erscheint mir von wesentlicher politischer Bedeutung zu sein. Es ist gesagt worden, diese Aktion habe die Tendenz, die Außerparlamentarische Opposition zu spalten und ihr die Massenbasis zu nehmen, die sie zur Umgestaltung der Gesellschaft benötige...

Schauen wir uns das Argument näher an, denn es gibt Aufschluß über die Art unserer Bundesgenossen. Einige sorgen sich um die Massenbasis der Außerparlamentarischen Opposition. Sie beziehen sich dabei nicht auf sich selbst, sie halten uns vielmehr jene Liberalen entgegen, die sich aktiv für die APO einsetzen, aber nicht bereit sind, sich an Aktionen, wie die vom Tegeler Weg es sind, selber praktisch zu beteiligen. Hierzu möchte ich ganz klar sagen, kein Mensch hat dies jemals von ihnen verlangt und kein Mensch wird ihnen daraus einen Vorwurf machen können, daß sie dies nicht tun, denn es gibt in der Tat eine Reihe von moralischen und taktischen Gründen, die gegen einen solchen Entschluß schwer-

wiegende Hemmungen aufbauen können und das Unterlassen eines solchen Entschlusses rechtfertigen können.

Nur, wie diese Gruppen von Mitgliedern der Außerparlamentarischen Opposition, die oft von einer Position im Establishment aus versuchen, die Herrschaftsverhältnisse zu ändern, die politische Praxis militanter Gruppen auf ihren strategischen Sinn hin befragen, so werden auch sie sich auf ihre politische Praxis hin befragen lassen müssen, das heißt, auf die Form ihrer Aktionen, mit denen sie dazu beitragen, die bestehenden Verhältnisse nicht nur zu entlarven, sondern auch zu verändern. Und ich meine, wenn beide Gruppen so die strategische Perspektive ihrer politischen Praxis analysieren, werden sie feststellen, daß sie in der Tat verschiedene Rollen in einer gemeinsamen Gesamtstrategie spielen und in ihrer eigenen Praxis geradezu aufeinander angewiesen sind. Ich bin fest davon überzeugt, daß gerade jene Gruppen, die im Establishment arbeiten und versuchen, an verkrusteten Autoritätsstrukturen zu rütteln, zugeben werden, daß ihre Bemühungen vergeblich, ihre Aufklärung verbal bleiben müßte, wenn sie nicht von außen unterstützt würden, wenn nicht direkte Aktionen auf der Straße, die nicht den Charakter von verbalen Ritualen haben, sondern Elemente von Gegenwart und damit auch physischer Drohung gegen die herrschenden Verhältnisse enthalten, diese herrschenden Apparate so verunsichern, daß ein kollektiver Widerstand innerhalb der Apparate nicht von vornherein aussichtslos erscheint. Gerade die Leute, die durch ihre berufliche Position im Establishment nicht korruptiert worden sind, die vielmehr entschlossen sind, praktische politische Arbeit an ihrem Arbeitsplatz zu leisten, halten wir für objektive Bundesgenossen, deren Tätigkeit ein wichtiges Element in der Gesamtstrategie der neuen linken Bewegung ausmacht, deren Tätigkeit andererseits aber auch nur in einer Gesamtstrategie, die mit direkter Basismobilisierung und direkten Aktionen arbeitet, nicht völlig verloren geht und in verbalen Entlarvungen leerläuft.

Es mag sein, daß einiges zu schnell und unvermittelt geschehen ist; daß jedoch eine Spaltung der Außerparlamentarischen Opposition von dieser Seite her droht, kann ich einfach nicht einsehen, denn ich würde doch noch in jedem liberalen Mitglied der APO, das sein Engagement ernst nimmt, bis zum Beweis des Gegenteils, d. h. bis zum Beweis der Korruption durch seine Berufsarbeit im System, einen potentiellen Anhänger der neuen Linken Sozialistischen Bewegung und einen objektiven Bundesgenossen in der Strategie dieser neuen sozialistischen Bewegung sehen wollen. Es ist klar, daß die unterschiedlichen Positionen der Studenten, der Lehrlinge und Arbeiter in den Basisgruppen und der praktisch Oppositionellen in den Institutionen es mit sich bringen, daß bestimmte

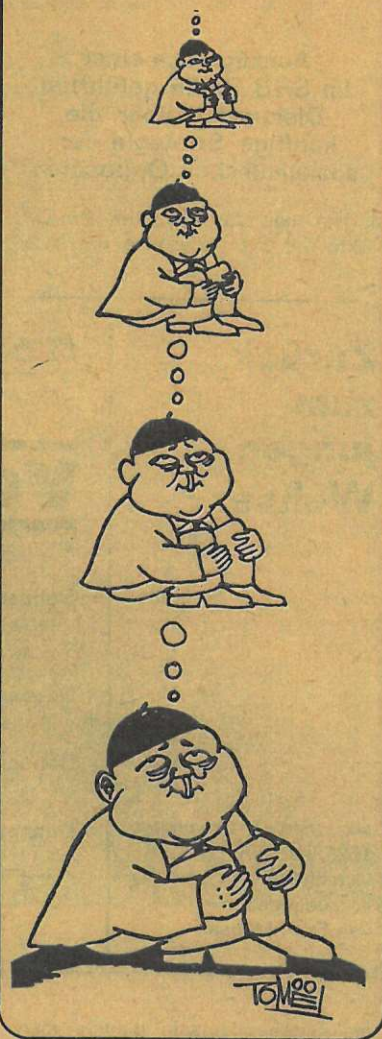
Aktionen nicht gemeinsam unternommen werden. Es muß aber ebenso klar sein, daß sie Bestandteil einer gemeinsamen Strategie sind, die alle Beteiligten diskutiert und anerkannt haben. Die Frage der Bündnispolitik mit jenen sogenannten Liberalen, die ich als potentielle Sozialisten oder auch als praktische Sozialisten bezeichnen würde und die dadurch gekennzeichnet sind, daß ihre Kritik am bestehenden System sich nicht auf verbale Proteste und verbale Entlarvung beschränkt, sondern ihren praktischen Niederschlag in der Organisation von Gruppen, die praktische politische Arbeit betreiben, gefunden hat, scheint mir relativ unproblematisch zu sein.

IV.

Das Problem der Bündnispolitik stellt sich nun aber anders bei einer zweiten Gruppe von Bundesgenossen im sozialistischen Kampf gegen das herrschende System der spät-kapitalistischen Unterdrückung, nämlich bei den Bewegungen der traditionellen Arbeiterpartei, also in Westdeutschland der neugegründeten DKP und in Westberlin der SED-West. Es handelt sich hier um Organisationen, die auf den ersten Blick wie keine anderen Gruppen dazu bestimmt scheinen, den Kapitalismus zu bekämpfen, zu besiegen und an seiner Stelle eine sozialistische Gesellschaft aufzubauen. Wenn wir uns jedoch nicht an die deklamatorischen Programme, sondern an die historischen Erfahrungen, die politische Praxis und die Erfolge dieser Organisationen halten, dann sieht das Bild ein wenig anders aus. Es zeigt sich dann nämlich, daß die traditionellen Arbeiterorganisationen in den westeuropäischen Industriegesellschaften, statt Formen des Angriffs gegen den Kapitalismus zu entwickeln, sich ausnahmslos auf Positionen der Defensive und der Selbsterhaltung zurückgezogen haben, ohne daß der Sinn einer solchen Selbsterhaltung ersichtlich wäre. Denn es ist mit einer dergleichen Strategie weder jemals möglich gewesen, Massen für die Änderung der Gesellschaft zu begeistern und zu mobilisieren, noch bringt eine solche Strategie irgendwelche Vorteile für die Massen selber mit sich. In Italien und Frankreich haben die Kommunisten jeweils über 20 Prozent der Parlamentssitze, und wir wissen, daß es den französischen Arbeitern mit am schlimmsten in ganz Europa geht und es sind keine Anzeichen vorhanden, daß Frankreich oder Italien in irgendeiner Hinsicht weniger kapitalistisch wären als die Bundesrepublik.

Die Bindung an das nicht für eine sozialistische Gesellschaft und auch nicht zur Herbeiführung einer sozialistischen Gesellschaft, sondern im Gegenteil zum Zweck der Erhaltung der kapitalistischen Herrschaftsverhältnisse geschaffene System der parlamentarisch-pluralistischen Demokratie schließt für die Parteien eines solchen Systems direkte politische Aktionen aus. Sie

Denker im Ruhestand



führt, wenn an ihr festgehalten wird, zu einer objektiv bremsenden Funktion in potentiell revolutionären Situationen. Hier scheinen sich die Interessen der an dem Ziel der Selbsterhaltung orientierten traditionellen Arbeiterbewegung und der neuen revolutionären sozialistischen Bewegung zu trennen: Uns kommt es nicht darauf an, bestehende Positionen zu verteidigen, denn Sozialisten haben im System des Spätkapitalismus keine in irgendeiner Weise zur Schaffung des Sozialismus relevanten Positionen zu verteidigen. Uns kommt es vielmehr darauf an, die bestehenden Machtstrukturen offensiv zu verändern. Die Rücksicht auf schon eroberte oder noch zu erwerbende Parlamentssitze oder auf die von den ökonomisch Mächtigen diktierten Spielregeln einer Scheindemokratie kann uns dabei nicht Richtschnur unserer Strategie sein, denn wir meinen, daß weder die Zahl der Parlamentssitze noch besonders musterhaftes Befolgen dieser Spielregeln politische Machtpositionen signalisieren, sondern daß allein die Masse der mobilisier-

ten und praxisbereiten Bevölkerung solche Machtpositionen anzeigt. Wenn wir aber als Strategie der Mobilisierung durch die direkte Basisarbeit die Agitation zur Selbsttätigkeit der Betroffenen als politisch sinnvoll erkannt haben, dann können wir uns nicht mehr darauf einlassen, eine auf diese Weise geweckte Energie in den Kanälen der Parlamente leerlaufen zu lassen. Eine solche Haltung würde nichts anderes bedeuten, als die Agitation zur Selbsttätigkeit zu widerrufen, Parteifunktionäre ins Parlament zu schicken und die Ebene der Politik wieder von den Betroffenen wegzuverlagern, zu denen wir sie gerade hingelagert haben. Eine derartige Manipulation, deren disziplinierende und entpolitisierende Funktion wir nicht nur bei den Arbeiterparteien beobachten, zentralisiert eine unkontrollierte und nicht kontrollierbare Macht bei einer Parteispitze, die — da sie keine Massenbasis hinter sich hat — Politik auf die Weise derer zu machen gezwungen ist, die die reale Macht haben.

Zwar ist der gemeinsame Gegner von SED, DKP und der neuen sozialistischen Bewegung in Westdeutschland das System des Spätkapitalismus; während letztere jedoch durch direkte Mobilisierung und spontane Aktionen in den letzten zwei Jahren erhebliche Fortschritte machte, blieben ähnliche Erfolge einer traditionellen Strategie und Organisation der Arbeiterbewegung — wie ich meine nicht zufällig — in den letzten 20 Jahren versagt. Ich glaube, daß eine solche Strategie tatsächlich gegenwärtig nicht mehr in der Lage ist, in irgendeiner Weise relevante Teile der Bevölkerung zu mobilisieren, und erst die Existenz und direkte Einsatzbereitschaft derartig mobilisierter Massen konnte eine Beteiligung am bürgerlichen Parlament, sozusagen als legale Liquidation dieses Parlaments, überhaupt u. U. rechtfertigen.

Wenn dies aber nicht der Fall ist und die DKP oder SED trotzdem an ihrer Parlamentarismus-Strategie festhalten, mit allen Konsequenzen gegenüber jenen, die das nicht tun, dann leisten sie nicht nur keinen eigenen Beitrag zur Offensive gegen diese Gesellschaft, sondern sie bringen sich geradezu in einen strategischen Gegensatz gegen die Kräfte, die durch die direkte Entlarvung des Parlaments als Vollzugsorgan der ökonomischen Machthaber mobilisierend und organisierend wirken wollen und hierbei bereits einige beachtliche Fortschritte gemacht haben. Es sind diese Fortschritte, die neuerdings sogar die KPI veranlaßt haben, ihre gesamte parlamentarische Strategie in Frage zu stellen. Es kommt dann, wenn die traditionelle Konzeption beibehalten wird, leicht zum Bündnis mit jenen, die die herrschenden Verhältnisse reformieren, aber nicht von ihrer Struktur her ändern wollen und mit Rücksicht auf ein solches Bündnis kann es dann geschehen, daß direkte außerparlamentarische Aktionen, mit deren Inhalt sich alle

Kommunisten identifizieren müssen, aus taktischen Rücksichten auf den bürgerlichen Bündnispartner öffentlich verurteilt, als Abenteuerismus und Putschismus diffamiert oder wie es in Lyon der Fall gewesen ist, Beteiligte an solchen Aktionen von Mitgliedern der KPF der Polizei ausgeliefert werden. Dies ist in der Tat eine monströse und wohl auch einmalige Ungeheuerlichkeit in der Geschichte der KPF; die Tendenz zu disziplinierenden Maßnahmen gegen alle diejenigen, die sich nicht den strategischen Konzepten der tendenziell konservierenden kommunistischen Parteien unterwerfen, sondern revolutionäre Strategien entwickeln wollen, ist jedoch unverkennbar.

Sie ist es nicht nur in Westeuropa, sondern auch in den sozialistischen Volksrepubliken Osteuropas, wie die Studentenprozesse in Polen gezeigt haben. Und die Unfähigkeit oder mangelnde Bereitschaft neue Entwicklungen, die nicht von der Partei ausgehen, zu akzeptieren und innerhalb des Sozialismus aufzugreifen ist auf eindringliche Weise durch die Ereignisse des 21. August in der CSSR belegt worden. Die fünf Staaten des Warschauer Paktes haben hier in einen Prozeß eingegriffen, der sicher für traditionelle Sozialisten neuartig und befremdlich war — wie ja wohl jede Weiterentwicklung des Sozialismus neuartig gewesen wäre — der in mancher Hinsicht sogar unsozialistische Züge trug, von dem aber bis auf den heutigen Tag in keiner Weise auch nur annähernd bewiesen wäre, daß es sich gegen den Sozialismus in der CSSR, oder in der Sowjetunion oder sonst wo in der Welt richten würde und dessen Möglichkeit, das bereits erreichte Stadium sozialistischer Entwicklung im osteuropäischen Raum weiterzuentwickeln, niemals widerlegt worden ist. Es verursacht uns einige Skepsis, wenn wir sehen, daß die Sowjetunion einen Prozeß, von dem sie behauptet, er sei konterrevolutionär, nicht anders als durch militärische Gewalt ohne Andeutung einer alternativen Weiterentwicklung sozialistischer Errungenschaften abbricht, daß sie auf die Kritik der KPI an dieser Handlungsweise mit dem Entzug finanzieller Unterstützung, also mit ökonomischer Gewalt reagierte und daß die SED-West-Berlin diese Gewalt der Sowjetunion gegen die CSSR bedingungslos gutheißt. Es ist dieselbe SED, die auf der anderen Seite eine in ihren Dimensionen im Vergleich dazu lächerliche, aber immerhin offensive, gegen die Repressionen des Kapitalismus und nicht gegen möglicherweise fehlgeleitete Sozialisten gerichtete Aktion nicht vorbehaltlos unterstützt, sondern als „Diskreditierung der demokratischen und sozialistischen Bewegung“ bezeichnet. Hier scheint mir wieder jener verhängnisvolle politische Kalkül durchzuscheinen, der aus Rücksicht auf parlamentarische Umformungen oder gar auf eventuelle parlamentarische Bündnispartner auf die eigentliche politische Bewegung an der Basis bremsend wirkt, anstatt sie aktiv vorwärtszutreiben...

Scheinoffensive?

Auszüge aus einer im SHB Berlin geführten Diskussion über die künftige Strategie der sozialistischen Opposition

Indem man die Polizisten als Objekte der Durchbrechung des Aus-

punkte strategischer oder ethischer Art, die den Grad der Militanz daraufhin prüfen, ob eine revolutionäre Situation die Aggressivität rechtfertigt, stören nur und sind Ausdruck kleinbürgerlicher Beschränktheit. Partisanenromantik verdrängt die Analyse. Davon, daß, nach Mao, der Partisan wie ein Fisch im Wasser sich unter den Massen zu bewegen habe, keine Spur mehr...

Unter dem Eindruck des Scheiterns langfristig geplanter Aktivitäten kam es zu einer zunehmenden Eliminierung langfristiger Erfolgskriterien aus der sozialistischen Praxis. Von

Justizmaschinerie beantwortet. Durch die Gewöhnung der Gesellschaft an neue Demonstrationsformen erhöhte sich ihre Reizschwelle.

Das zeigt die Tolerierung und Kanalisierung des Protests gegen die NS-Gesetze. Die Grenzen „friedlicher“ Demonstrationen wurden bei der Bonner Notstandsaktion und schon vorher bei der Westberliner Demonstration zum 1. Mai gezeigt, die zwar Massen zu mobilisieren vermochte, nach der es aber nicht gelang, die Aktion langfristig in sozialistische Opposition umzusetzen.

Zurück zum jungen Wehner?

aus „Fanal“, November 1926, Jahrgang 1, Nummer 2, herausgegeben von Erich Mühsam

geliefertseins ansah, glaubte man, durch betonte Aggressivität gegen den sichtbaren Gegner aus der Position des Geschlagenen in die des Schlagenden, damit in eine dem Staatsapparat überlegene Position zu kommen.

Daß man glauben konnte, die aktuelle Bedrohung durch gesteigerte Militanz — die, statt die Ohnmacht zu durchstoßen (dies nur in der Illusion vieler), die Bedrohung nur potenzierte (siehe das geplante Polizeimassaker in der Neuen Welt) — kompensieren zu können, ist Ausdruck dafür, daß es nicht gelungen ist, eine über die Aktion hinausgehende Perspektive sozialistischer Politik zu entwickeln.

Die Idee, daß die Aktion einen emanzipatorischen Gehalt hat, wurde z. T. in folgender Argumentationskette dargestellt: Im Akt der Aggression gegen Personen als solche vollziehe sich eine Emanzipation von bürgerlich genannten psychischen Schranken. Der Haß gegen den Staat, gegen das System der Ausbeutung und Unterdrückung wird umgesetzt in einen Haß gegen die Repräsentation des Systems bzw. deren personale Instrumente. Von der Auffassung, daß sich der Haß nicht gegen die „Charaktermasken“ des Kapitalismus (Marx) zu richten hat, bleibt nichts. Jeder reale Bezug zur gesellschaftlichen Lage ist verlorengegangen. Militanz ist zum Wert an sich geworden; Bezugs-

einigen Genossen wurde das Kriterium „Massenbasis“ als Abstraktum empfunden, auf dessen Schaffung sein Handeln zu orientieren unsinnig sei.

Entweder aus fehlender oder falscher Analyse der tatsächlichen Machtverhältnisse, glaubte man jetzt schon die „Machtfrage“ stellen zu können, die offensichtliche Krise der APO durch eine Offensive überwinden zu müssen, ohne ein realistisches Bild der eigenen Situation und der Situation der Gesellschaft zu haben.

Ferner ist zu konstatieren, daß im letzten Jahr ein enormer Abbau der Kommunikation innerhalb der APO stattfand. Dies war nur zum Teil durch den zunehmend konspirativen Charakter der Aktionsvorbereitung einiger Gruppen innerhalb der APO begründet, mehr noch jedoch durch die Unfähigkeit einiger Verbände der APO, sich zu aktualisieren, bzw. durch den Rückzug theoretisch relevanter Gruppen aus der Diskussion, auch innerhalb des SDS...

Die Autoritäten haben, nachdem sie sich durch offene Gewalt und faschistoide Aktionen entlarvt hatten, seit dem Frühjahr 1968 eine wesentlich flexiblere Taktik eingeschlagen. Das, was früher als provokant und gefährlich empfunden wurde (Durchbrechung von Normen, Gewalt gegen Sachen), wurde nicht mehr durch unmittelbare Gewalt, sondern zunehmend durch die

Anarchistische Vereinigung Berlin

Jeden Donnerstag, abends 8 Uhr:

Vortrag und Diskussion

Im Lokal Köhler, Bln.-Neukölln, Ziethenstr. 64.

Donnerstag, 4. November: Gen. DOMJAN über „Die ungarische Kommune der weiße Terror und die Tätigkeit der Zentrale der K. P. in Wien.“

Donnerstag, 11. November: Gen. RUDOLF ROCKER über „Gemeinschaftsgefühl und Individualismus“.

Donnerstag, 18. November: Gen. HERBERT WEHNER über „Zurück zu Bakunin!“ (Vorlesung und Aussprache).

Donnerstag, 25. November: Mitgliederversammlung. (Karte legitimiert).

Gäste stets willkommen.

Zuschriften an G u s t a v L ü b e c k, Neukölln, Ziethenstr. 10 IV

„links“ setzt die Diskussion über die Strategie der Opposition mit anderen Meinungen fort. In den nächsten Ausgaben: Margherita von Brentano zum Thema: Privilegierter Protest? Arno Klönne zur Kritik der Studenten und Schülerbewegung, Johannes Agnoli und Oskar Negt über Strategie der neuen Linken.

Achille Occhetto, KP Italiens,
in TAGEBUCH, Wien

Proletarisierung der intellektuellen Bourgeoisie

Es scheint der Moment gekommen, wo es nicht mehr möglich ist, an der Problematik der „Revolte der Jugend“ vorüberzugehen und ihre allgemeinen Implikationen zu übersehen, indem man sie einfach als „Jugendproblem“ behandelt. Die Revolte der Jugend muß vielmehr als ein dynamisches Element gesehen werden, daß sich als erneuernde Kraft in die große historische Auseinandersetzung zwischen Sozialismus und Kapitalismus und in den Kampf gegen den Imperialismus einschaltet; sie ist Zeugnis und zugleich Gradmesser der revolutionären Gärungsprozesse in der kapitalistischen Gesellschaft. Konkret heißt das: die Jungen haben sich in Bewegung gesetzt, weil der Kampf zum Sturz des Kapitalismus und zur Errichtung einer neuen Organisation der Macht eine neue Dynamik angenommen hat. Und wie stets in den entscheidenden Momenten der Geschichte, übernimmt die neue Generation eine erstrangige Rolle innerhalb der Auseinandersetzung, in der Agitation und in der Bewegung. Ist der Reifeprozess dieser Bewegung an seinem Beginn, auf Grund der sozialen Ausgangsbasis der Studenten, von der kleinbürgerlichen Ideologie beeinflusst, so stellt der Gesamtprozess den Übergang der jungen intellektuellen Generation von der Vorherrschaft der Väter — d. h. der Bourgeoisie — zur Hegemonie der Arbeiterklasse dar; gibt es in diesem Prozess noch Rückstände der alten Ideologie im Überbau und im Bewußtsein, so besteht doch bei objektiver Betrachtung kein Zweifel daran, daß die Gesamtbewegung im Kontakt mit den Widersprüchen des Spätkapitalismus ihre Reife erhält, indem sie die Subordination der technisch-wissenschaftlichen Entwicklung unter die Interessen des Kapitalismus anführt; sie äußert sich an den Hochschulen im selektiven Charakter der Studienordnung, die einerseits die Zahl der Studenten erhöht, andererseits diese in eine autoritäre Struktur hineinzwingt, die von einer zweckgebundenen Kultur abhängig und den Ansprüchen des Kapitals unterworfen ist. In diesem Sinne ist der Kampf gegen das akademische Autoritätsprinzip ein Kampf gegen den Kapitalismus in einer seiner wichtigsten Phasen, nämlich in der Phase der Ausbildung der qualifizierten Arbeitskraft. Der Protest hat also seine objektiven Ursachen in den gesellschaftlichen Widersprüchen, insofern, als sich einer der Hauptwidersprüche,

jener zwischen der Entwicklung der Produktivkräfte und den kapitalistischen Produktionsverhältnissen, in besonderer Weise und direkt widerspiegelt: Deshalb stößt die relative Verbreiterung der sozialen Basis der Universität mit ihren alten klassenmäßigen und autoritären Strukturen zusammen. Aber dieser Widerspruch, der von Anfang an als individuelles Unbehagen empfunden wurde, verwandelt sich rasch in Erkenntnis — daher die Bedeutung des allgemeinen revolutionären Bewußtseins — und allmählich bricht sich die Forderung nach einer radikalen Erneuerung der Hochschulen und der Gesellschaft Bahn. Klassensmäßig bedeutet dies, daß neue Schichten der intellektuellen Bourgeoisie vom Proletarisierungsprozess ergriffen werden, d. h. sie treten in einen Prozess der Unterwerfung unter den Profit ein, — durch die Abhängigkeit der akademischen autoritären Struktur von der allgemeingewesellschaftlich autoritären Struktur — die von den Monopolen und deren Bedürfnis nach Höchstprofiten herbeigeführt wird. Der Student sieht sich als intellektueller Arbeiter, als Sklave des Profits — natürlich nicht im ursprünglichen, primitiven Sinn...

ZEITDIENST, Zürich:

Denkmalschutz für Linksaktionen?

Während einer größeren Aktion revolutionärer Jugendorganisationen gegen den infamen Film „The Green Berets“ erschien eines Tages am Kino eine Aufschrift „Scheiß-US“ und später an der Mauer des städtischen Krematoriums leuchtend die Forderung „Boßhard ins Grab“ (Boßhard ist der Kinobesitzer).

Sagen wir es in aller Offenheit: Selbst ein Agent der CIA hätte kaum etwas Wirksameres ausdenken können, um die Aktion der Jungen zu torpedieren, als die Aufschrift im Friedhof, den die überwältigende Mehrheit der Bevölkerung (inbegriffen die Atheisten) als letzte Ruhestätte ihrer Toten geachtet sehen will. Hinzu kommt, daß beide Slogans unsozialistisch sind. Hanoi und der FNL bemühen sich nicht ohne Erfolg durch ihre Politik der Opposition gegen die Kriegspolitik der imperialistischen Regierungen in den USA zu fördern. Demgegenüber wirft der Slogan „Scheiß-US“ alle Amerikaner in einen Topf und fördert tendenziell die Solidarisierung der amerikanischen Bevölkerung mit ihrem verbrecherischen System. Was den individuellen Terror, sei er auch nur verbaler Natur,

gegen den Kinobesitzer als kleinen Exponenten des Systems betrifft, so hat eine solche Taktik noch nie zur Bewußtseinsbildung beigetragen und wird es auch hier nicht tun.

Wenn revolutionäre Gruppen Einfluß in breiteren Schichten gewinnen wollen und ihre Tätigkeit nicht einfach als Selbstbefriedigung oder als Psychotherapie zur Abregierung von Vater- oder anderen Komplexen, aussehen wollen, dann sind Abgrenzungen nötig, selbstverständlich ohne dabei mit den bürgerlichen Wölfen zu heulen. Eine politische Abgrenzung schließt auch keineswegs aus, daß man sich mit ehrlichen Autoren solcher Methoden gegenüber etwaigen Repressionen solidarisiert.

Auf eine Abgrenzung grundsätzlich zu verzichten, bedeutet letztlich, alle Aktionen, die sich als „links“ ausgeben, unter Denkmalschutz zu stellen, unabhängig davon, ob solche Aktionen der revolutionären Linken nützen oder tatsächlich schaden. Nehmen wir das Beispiel der Bombenattentate in Zürich, über die man sich in der Linken ziemlich einig ist, daß sie nur der Polizei und der Reaktion nützten. Dürfte man sich von ihnen politisch nicht abgrenzen, falls sich herausstellen sollte, daß irgendwelche irreführenden Oppositionellen sie durchgeführt haben sollten, die sich selbst als „Revolutionäre“ betrachten?

Gefährlich ist auch die Tendenz, die Slogan-Aktion zu begrüßen, weil sie die „liberalen“ Freunde zu „entlarvenden Stellungnahmen“ gezwungen habe. Wenn der Berichterstatter erst jetzt gemerkt haben sollte, daß Pazifisten Pazifisten sind, dann sei immerhin angemerkt, daß deren „Entlarvung“ auch auf andere Art hätte geschehen können. Falls er aber andeuten möchte, daß die echten sich von den nur scheinbaren Linken dadurch unterscheiden, daß sie sich für provozierende Aufschriften auf Krematoriumswänden begeistern, dann hat er das falsche Kriterium für die Unterscheidung zwischen Freund und Feind gewählt.

VORWÄRTS, Partei der
Arbeit der Schweiz, Basel:

Neue Verbündete: Techniker

Von großer Bedeutung wird die Fähigkeit sein, die Verbündeten der Arbeiterschaft auf die gemeinsame Linie im Kampf um die Betriebsrechte zu bringen. Diese Möglichkeit bietet sich heute im Zuge der industriellen Revolution auf neue Art und Weise, indem eine sprunghaft steigende Zahl von Technikern und Ingenieuren in Erscheinung tritt. Dieses technische Kader, das früher zur Betriebsführung gehörte, hat im Gefolge der vorangetriebenen Industrialisierung der Automation und der Konzentration seinen

Status verloren, bestimmend oder mitbestimmend in das Betriebsgeschehen einzugreifen. Was die Zehntausenden Techniker und Ingenieure vom Betriebsarbeiter unterscheidet, ist in den meisten Fällen lediglich der Titel und eine bessere Entlohnung. An der Basler Arbeitstagung kam deutlich zum Ausdruck, wie sehr die gemeinsamen Wurzeln der Malaise namentlich der qualifizierten Berufsarbeiter und des technischen Kadern bereits erkannt, jedoch noch nicht in die einheitliche Aktion ausgemündet sind.

Dasselbe darf übrigens auch von der eine Bewußtseinskrise durchlaufenden Angestelltenschaft behauptet werden, die durch denselben technischen Revolutionierungsprozess im Büro mehr und mehr die ihr vom Unternehmertum zugedachte Pufferrolle in der Betriebshierarchie verliert. Das Fehlen demokratischer Betriebsrechte wird sogar öfters von den technischen und kaufmännischen Kadern noch in unmittelbarer und schärferer Form empfunden als beispielsweise von unqualifizierten Arbeitern. Hier gilt es, den Hebel anzusetzen, denn diese potentiell Verbündeten der Arbeiterklasse bringen jene Elemente des Wissens und der Erfahrung mit, die zur Anwendung von Kontrollrechten, von Mitbestimmungsrechten unerlässlich sind.

Conrad Detrez, Mitarbeiter
der Zeitschrift „Esprit“,
in NEUES FORUM, Wien:

Revolution kann nicht importiert werden

Die Strategie der Kontestation ist nicht darauf aus, das gegenwärtige demokratische System mit einem brutalen Schlag zu beseitigen. Vielmehr müssen parallel zu diesem System Strukturen der direkten Demokratie aufgebaut werden, an denen eine immer größere Zahl von Bürgern teilnimmt, so daß die gegenwärtige Demokratie durch Stellvertreter als das enthüllt wird, was sie ist: ein unwirksames, anachronistisches, zum Untergang bestimmtes System.

Die Zentralgewalt des gegenwärtigen Systems wird von den Kräften der Kontestation nur insoweit anerkannt werden, als dies nützlich und notwendig ist, um Strukturen der direkten Demokratie zu errichten und weiterzuentwickeln.

Dabei muß verhindert werden, daß diese Strukturen der direkten Demokratie in den Dienst des bestehenden Systems eingespannt werden; man muß sorgfältig darauf achten, daß diese direkt-demokratischen Strukturen ihre Aggressivität gegenüber dem System behalten, in dessen Schoß sie eingepflanzt wurden. Sie dürfen nur in jenem Maß zur Kooperation mit dem bestehenden System bereit sein, in dem dies nötig ist, um ihre autonome Entwicklung voranzutreiben.

Die linke LINKE

In der Reihe „Geschichte und Staat“ · Günter Olzog Verlag München - Wien

„Wo die Übergänge von der studentischen Linken zur politisch organisierten Linken liegen ... welche Zirkel oder Gruppen überhaupt links angesiedelt sind, dies alles schildert knapp und informativ N. J. Ryschkowsky in dem Taschenbuch ...“ (Wolfgang Rieger im 3. Programm/NDR) — ... „Das Wertvollste ist ... der umfangreiche Dokumentenanhang. Zur Zeit gibt es nichts damit Vergleichbares ...“ (Dr. R. Steigerwald in „Marxistische Blätter“) ... das so eine kenntnisreiche und trotz der Kürze detaillierte Darstellung der wichtigsten Gruppierungen zwischen linken Sozialdemokraten und Kommunisten ... enthält ...“ (Karsten D. Voigt in „express international“).

Band 129/30, 240 S., DM 4,80, in jeder guten Buchhandlung oder bei Olzog, 8 München 22, Thierschstraße 11.

Das Argument

Zeitschrift für Fragen der Gesellschaft

Im April erscheint:

11. Jhg. 1969, Nr. 51:

Zur politischen Ökonomie des gegenwärtigen Imperialismus · Probleme der Entwicklungsländer (IV)

Günther Anders

Imperialismus und Kampf dagegen oder Philosophisches Wörterbuch (II)

Bernd Schöngel

Zur Frage der Abhängigkeit der kapitalistischen Länder von den Rohstoffen der Dritten Welt

Peter Strothmann

Der Zusammenbruch der kapitalistischen Entwicklungsmodelle in der Dritten Welt

Hans-Georg Isenberg

Imperialismus u. Entwicklungshilfe — Zur Stabilisierung der Abhängigkeit

Thesen zum Beitrag

von H.-G. Isenberg

Heribert Adam

Die afrikanische Misere

Gerhard Grohs

Theorien der Revolution in der Dritten Welt

Bader/Ganßmann/Goldschmidt/Hoffmann: Zur Kritik an Baran

Sweezys Theorie des

Monopolkapitalismus

Besprechungen

Doppelheft: 6,— DM;

im Abonnement: 5,— DM;

Schüler und Studenten: 4,— DM

Argument-Verlag GmbH

75 Karlsruhe 21 · Postf. 210730

linker digest

Je stärker die Strukturen der direkten Demokratie werden, desto schwächer wird das etablierte System der Demokratie durch Stellvertretung. Zuletzt wird der Rekurs dieses Systems auf seine bewaffnete Macht nichts als vergebliche Hoffnung sein; sobald die in der materiellen und geistigen Produktion Tätigen die Zusammenarbeit mit dem bestehenden System verweigern, wird sich herausstellen, daß Polizisten und Soldaten die Produktion nicht selber organisieren können.

Die Strategie der Kontestation ist eine autonom europäische Strategie. Sie kann für Europa das werden, was für Lateinamerika der Guerilla wurde, oder für China der „lange Marsch“. Die Revolution kann nach Europa nicht als Importware kommen. Die Krankheit unserer „westlichen Gesellschaft“ ist nicht die des zaristischen Rußlands noch die des chinesischen Subkontinents zur Zeit der Kuomintang noch auch die der Insel Kuba zu Zeiten des Batista. Für unsere eigene Krankheit müssen wir unser eigenes Heilmittel finden. Eine ausgeborgte Strategie liefert vielleicht vorübergehende romantische Befriedigung, aber sie führt gewiß nicht zur Revolution.

Romantik ist nur insoweit revolutionär, als sie die eigene Phantasie ins Spiel bringt und nicht die Imitation, welche immer falschen Klang hat. Die eigene schöpferische Phantasie ist Quell und Garantie einer authentischen Revolution.

Michel Bosquet in NOUVEL OBSERVATEUR, Paris:

Arbeiterkontrolle gegen Gewerkschaftsbürokratie

Seit drei Wochen haben die 4000 Arbeiter der Textilfabriken Marzotto in Valdarno — unterstützt von Schülern und Studenten — ihre Fabrik besetzt. Ihre Hauptforderung: Herabsetzung des Produktionstempos und Arbeiterkontrolle über die Organisation der Werkstätten. Bei Pirelli (Reifen) haben Tausende Arbeiter der Turiner Fabrik, die die gleiche Forderung durch den Streik nicht durchsetzen konnten, die folgende Kraftprobe bestanden: Sie haben selbst, in freiwilliger Übereinkunft, ein annehmbares Arbeitstempo festgesetzt; dann haben sie von Grund auf die riesige Fabrik reorganisiert und sie wieder nach ihren eigenen Vorstellungen in Gang gesetzt, ganz allein, ohne die Unterstützung der technischen Angestellten und des Managements.

Bei Fiat und bei vielen anderen Werken der italienischen Metallindustrie ist die Kontrolle der Arbeiter über das Arbeitstempo, über die Lauf-

geschwindigkeit der Montagebänder und über die Arbeitsbedingungen durch Kampf erzwungen worden. Jeder Versuch, der Unternehmensleitung, die Autorität der Direktion wieder herzustellen, wurde mit einem Streik beantwortet. Man kann den italienischen Arbeitern Lohnerhöhungen nicht mehr dadurch wegnehmen, daß die Arbeit intensiviert und die Effektivlöhne abgebaut werden.

Bei Indesit, dem italienischen Giganten für Elektrogeräte, entfernten die Arbeiter — bis dahin ohne Kontrolle über ihre eigene Betriebsorganisation — die Gewerkschaftsbürokratie. Es gibt dort keine auf ewig unabsetzbaren Funktionäre mehr, die von oben sozusagen mit dem Fallschirm in den Betrieb eingesetzt werden. Eine souveräne Betriebsversammlung wählt Delegierte auf einer von unten erstellten Einheitsliste; alle Delegierten sind jederzeit abberufbar.

Diese Struktur will man auf dem nächsten Metallarbeiterkongreß CGIL (kommunistischer Gewerkschaftsbund) allgemein durchsetzen. Die Arbeiter nennen das ihre „Kulturrevolution“.

Auch auf katholischer Seite greift sie mit unvorhergesehener Raschheit um sich. Auf dem Kongreß der CISL (christlicher Gewerkschaftsbund) wurde deren Vorsitzender, Storti, mit Sprechchören empfangen: „Nieder mit der Gewerkschaftsbürokratie! Ho-Ho-Ho-Tschi-Minhi“

RINASCITA, KPI, Rom:

Für Autonomie der revolutionären Jugend

Die Ideen und Strukturen der Organisation der jungen Kommunisten müssen der Entwicklung des sozialistischen Bewußtseins in Italien und in der Welt und den neuen Möglichkeiten der Emanzipation und der Befreiung der Massen angepaßt werden. Die Beziehungen zwischen Organisation und Massen müssen überprüft werden. Der schreiende Gegensatz zwischen den Möglichkeiten zur Befreiung, die die Entwicklung der Produktivkräfte auf allen Gebieten schafft, und den vom Kapitalismus in der Phase des Imperialismus immer stärker auferlegten Fesseln muß beseitigt werden. Die politische Selbstverwaltung der Massen muß die bürgerliche Trennung zwischen gesellschaftlicher und politischer Tätigkeit beseitigen und die Losgelöstheit der Arbeiter, der Techniker und der Intellektuellen von der Gesellschaft überwinden.

Der Sekretär der kommunistischen Jugend Italiens, Petruccioli, betont im Schlußwort der Landes-

Fritz Vilmar

Rüstung und Abrüstung im Spätkapitalismus

Eine sozio-ökonomische Analyse des Militarismus in unserer Gesellschaft

Mit einem Vorwort von Ossip K. Flechtheim

vollständig überarbeitete und erweiterte 4. Auflage

430 Seiten, Snolin-Broschur, 19,80 DM

Der Autor will in seinem Buch nachweisen, daß das gegenwärtige Gesellschafts- und Wirtschaftssystem des Westens, der Spätkapitalismus, systemimmanent zu forcierter Rüstungspolitik und zum Widerstand gegen die Abrüstung gezwungen sei.

Kapitalismus und Pressefreiheit

Am Beispiel Springer

Herausgegeben im Auftrag des Republikanischen Clubs Berlin von Peter Brokmeier

„res novae provokativ“

196 Seiten, kartoniert, 9,— DM

Die hier vorgelegten Aufsätze entstanden aus Gutachten, Expertisen und wissenschaftlichen Analysen für das im Februar 1968 geplante „Öffentliche Hearing über den Springer-Konzern“, das zwar eröffnet werden konnte, dann jedoch aufgrund politischer Pressionen des Berliner Senats vertagt werden mußte.

André Gorz

Zur Strategie der Arbeiterbewegung im Neokapitalismus

„res novae“ Band 51

236 Seiten, Snolin-Broschur, 16,80 DM

Wie andere Arbeiten von Herbert Marcuse, so spielen die Beiträge von André Gorz eine Rolle in der theoretischen Diskussion der jungen Linken. DIE ZEIT

Europäische Verlagsanstalt

konferenz der jungen Kommunisten, daß die Erneuerung von unten nach oben vor sich gehe. Gewiß könnten jetzt anarchistische und sektiererische Tendenzen zum Vorschein kommen. Sie seien in einer Massendemokratie immer möglich, müßten aber mit viel Toleranz behandelt und berücksichtigt werden. Die Jungkommunisten rief er auf: „Wir müssen imstande sein, uns mit dem Neuen zu messen und wir stehen vor dem Problem einer Machtstrategie, die für eine ganze Übergangsperiode wichtig ist. Deshalb haben wir von der Bildung von Machtinstrumenten des Übergangs, von einem ‚langen Mai‘ gesprochen. Wir müssen von jetzt ab eine neue Organisation der revolutionären Jugend werden. Diese soll allen gehören, die gleiche Ziele haben wie wir. Allen, die gegen den Imperialismus kämpfen, unser Land erneuern und eine sozialistische Gesellschaft errichten wollen.“

MUNDO OBRERO,
KP Spaniens:

Erstarrte Schemata aufbrechen!

Das Problem für die Marxisten-Leninisten unserer Epoche besteht darin, daß die Texte von Marx und Lenin in unseren Händen zu leeren, außerhalb der Zeit stehenden dogmatischen Formeln werden. Der Marxismus-Leninismus kann als ein Archiv benutzt werden, dem man, ohne Rücksicht auf Zusammenhang und Zeit, Phrasen zu jedem gewünschten Zweck entnimmt. Gegen eine solche Anwendung des Marxismus, die man jener vergleichen kann, welche die religiösen Autoritäten vom Koran und von der Bibel machen, hat unser Lehrer Lenin mit aller Energie gekämpft. Er bekämpfte die Dogmatiker von damals, Kautsky und Genossen, die sich zu Hütern der marxistischen „Wahrheit“ aufwarfen und dem russischen Proletariat das Recht absprachen, die proletarische Revolution durchzuführen. Lenin schob in schöpferischem Geist „geheiligte“ Formeln beiseite, aktualisierte den Marxismus, belebte seinen dialektischen Kern, analysierte im Einklang mit der Dialektik die neuen Erscheinungen, erarbeitete neue Thesen und erreichte damit einen Fortschritt der marxistischen Wissenschaft und der revolutionären Bewegung.

Wir müssen heute etwas Ähnliches tun. Und zwar wir alle, die kommunistischen Parteien, in kollektiver Arbeit und Diskussion, ohne Minderwertigkeitskomplexe. Als Lenin und die Bolschewiki die Revolution vorbereiteten und dem Marxismus neues Leben einhauchten, hatten sie keinen Staat hinter sich; sie verfügten über keine anerkannte Autorität; sie lebten teils in der Emigration, teils in der Illegalität und wurden von den „Autoritäten“ der da-

maligen internationalen sozialistischen Bewegung als ewige Diskutierer, halbe Anarchisten und wenig verantwortungsvolle Leute angesehen. Aber sie haben recht behalten und trotz allem gesiegt.

Die kommunistische Weltbewegung steht heute vor der Notwendigkeit, schöpferischen Geist zu entwickeln, alte, erstarrte Schemata zu überwinden und endlich Fortschritte zu machen, zur Offensive überzugehen und die offenkundige Verschärfung der allgemeinen Krise des Imperialismus auszunützen, um die Revolution zu fördern. Zu diesem Zweck muß unsere Bewegung sich von allen veralteten und überlebten Vorstellungen, von allen überholten Methoden und Strukturen befreien.

Man kann heute nicht mehr die Tatsache übersehen, daß zwischen den kommunistischen Parteien in verschiedenen Problemen Meinungsverschiedenheiten bestehen. Das ist schon seit vielen Jahren so. Und diese Meinungsverschiedenheiten sind besonders häufig zwischen jenen Parteien, die an der Macht sind. Die Tatsache, daß unsere Positionen zeitweilig auch in wichtigen Fragen nicht übereinstimmen, berührt und schwächt nicht unsere Solidarität gegenüber dem Imperialismus.

Vielleicht sollten die Erscheinungen, die wir heute in unserer Bewegung wahrnehmen, uns veranlassen, nachzudenken und in kritischem Geist alle Probleme der Orientierung der kommunistischen und Arbeiterbewegung und ihrer Beziehungen neu zu überprüfen: die Implikationen, die sich aus der Existenz einer Mehrzahl von sozialistischen Staaten mit besonderen Staatsinteressen neben Parteien, welche noch keine Revolution gemacht haben, ergeben, das Verhältnis zwischen dem Internationalismus und der nationalen Physiognomie und Politik einer jeden Partei und so weiter.

Niemand kann den Anspruch erheben, im Besitz der absoluten Wahrheit, des vollen Rechts zu sein. Niemand kann beanspruchen, die einzig richtige Lösung zu wissen. Die Lösung muß das Ergebnis des Beitrages und des Verständnisses der einen wie der anderen sein. Man muß damit anfangen, daß man den Pauschalurteilen, den Bannflüchen, den Unfehlbarkeitsansprüchen der einen wie der anderen ein Ende setzt. Und man muß mit größerem Ernst darangehen, zu erforschen, wie unter den gegenwärtigen historischen Bedingungen die objektiven Gesetze der gesellschaftlichen Entwicklung in den sozialistischen Ländern und ihrer Gemeinschaft wirken. Das ist keine Frage von Zitaten und Exkommunikationen. Es ist eine Frage des Studiums, der Vertiefung, eine Frage der Wissenschaft.

Wohin also gehen wir? Zum Kalten Krieg in unseren eigenen Reihen, in unserem eigenen Lager, während die Imperialisten sich genußvoll die Hände reiben? Die großen antikapitalistischen Bewegungen, die sich in der Welt entwickeln, verlangen von den Kommunisten — von allen ohne Ausnahme —, daß sie sich gründlich mit diesen Problemen auseinandersetzen.

Soeben erschienen!

Folter- Lexikon

Die Kunst der verzögerten Menschenschlachtung von Nero bis Westmoreland von E. A. Rauter, mit einem Vorwort von Horst Mahler. Für 5 DM können Sie dort, lexikalisch geordnet, alles nachlesen, was sich Menschen je an Grausamkeit ausgedacht haben, um sich gegenseitig zu vernichten. Verstärkt wird die Aggressivität dieses Textes durch die kommentarlose Montage von Zitaten aus allen Bereichen der Literatur, von der großen Dichtung bis zum medizinischen Fachbuch. Ein wichtiger Beitrag wider die Heuchelei unserer Gesellschaft.

konkret-Verlag
2 Hamburg 36, Gerhofstraße 40

Bausteine für Reden und Diskussionen

Wichtiges Arbeitsmaterial für Redner und Diskutanten und überhaupt für Leute, die präzise Informationen — übersichtlich angeordnet — für ihre politische Arbeit benötigen:

Nummer 1
Rüstung und Wirtschaft
Schutzgebühr DM 2,80

Nummer 2
Krieg in Vietnam
Schutzgebühr DM 2,80

Nummer 3
„Mitbestimmung“
Schutzgebühr DM 3,80

zu bestellen bei:

**Kampagne für
Demokratie und
Abrüstung**

605 Offenbach 4, Postfach 648,
Ruf 88 60 51

diskussion

Lieferbare Sonderhefte

Nr. 23

Der israelisch-arabische Konflikt

Inhalt u. a.: Heinz-Joachim Heydorn: Zwölf Thesen zum israelisch-arabischen Konflikt / Herbert Marcuse: Für eine gemeinsame Front / Abba Eban, Sami Hadawi, Eberhard Sommer, Iring Fetscher: Die Zukunft des israelisch-arabischen Verhältnisses / Berthold Simonsohn: Der Nahost-Konflikt und die Verwirrung der Linken / Kurt Sontheimer: Der Nahost-Konflikt und die Großmächte / Dieter Liepe: Die Katastrophe der palästinensischen Araber / Nahost-Bibliographie

Nr. 26

Zur Situation der Linken in der Bundesrepublik

Inhalt u. a.: Helmut Gollwitzer: Votum zum Problem der Gewalt / Heinz-Joachim Heydorn: Zur Zukunft der Linken in der Bundesrepublik / Siegfried Helmann: Die Entwicklung des SDS zur antiautoritären Bewegung / Lutz von Werder: Der studentische Kampf in der Institution Universität / Arno Klönne: Die Kampagne für Demokratie und Abrüstung und die APO / Hans Friemond: Kritischer Katholizismus / Karl-Behmd Hasselmann: Radikale Demokratie und evangelische Kirche / Jael Botsch: Zum politischen Engagement der jüdischen Jugend

Preis des Einzelheftes DM 2,— zuzüglich Porto.

DIS • 1 Berlin 33, Gelfertstraße 45

Linke Lehrer organisieren sich

Herbert
Stubenrauch

Bericht über den
Sozialistischen
Lehrerbund



Foto: dpa

Am 20. März 1968 haben 62 Lehrerinnen und Lehrer aller Schularten in Frankfurt den SLB gegründet. In einer damals veröffentlichten Grundsatzerklärung (vgl. Dokument 1) wird versucht, allgemein abstrakte Thesen zur Analyse des bestehenden Schulsystems mit den Aufgaben des Tageskampfes sozialistischer Lehrer innerhalb dieses Systems in Verbindung zu bringen. Wie diese Vermittlung von Theorie in die Praxis einer spezifischen Berufsgruppe (Lehrer, Beamte) in dem einen Jahr seit Gründung des SLB ausgesehen hat, versucht der folgende Artikel zu analysieren.

Es ist kein Zufall, daß gerade innerhalb der Berufsgruppe der Lehrer sich die erste „nachuniversitäre“, sozialistische, sich zur APO zählende Gruppe gebildet hat, die die Aktivitäten einzelner, in verschiedenen Schulen privatistisch arbeitender Genossen politisch zu koordinieren und zu organisieren versucht. Drei Gründe zumindest bedingen diese Entwicklung:

- Der größte Teil der Lehrer hat ein geisteswissenschaftliches Studium absolviert und war somit schon während seiner Studienzeit eher als andere in der Lage, ein kritisches Bewußtsein und die Bereitschaft zu aktivem politischem Engagement zu entwickeln.

- Die Produktionsstätte Schule stellt ein Zwischenglied dar zwischen den Betrieben materieller Produktion und denen der Wissenschaft und „Kultur“. Der Einfluß und die Wirkung emanzipatorisch-kritischer Impulse auf den letztgenannten Sektor gesellschaftlicher Produktion, den des „kulturellen Überbaus“ (Theater, Literatur) und der

Wissenschaft (Universität), ist schon erheblich fortgeschritten, während die materielle Produktion (Fabriken, Büros,) noch fest in der manipulativen Zwangshand der herrschenden Apparate und ihrer Interessen liegt. Die Schule ist wohl auf der einen Seite Zulieferungsbetrieb für die bestehenden gesellschaftlichen Organisationen und steht somit unmittelbar in ihrem Dienste, unterliegt aber auf der anderen Seite noch immer dem Anspruch „wertfreier“, nicht berufsorientierter Vermittlung von Erziehung und Bildung. Dieser, in der Struktur der tradierten Schule selbst liegende Widerspruch stellt einen besonders günstigen Anknüpfungspunkt für kritische Arbeit dar.

- Die objektiven Widersprüche des Systems Schule als gesellschaftliche Organisation treten besonders deutlich hervor. Das in der BRD vorgefundene Schulsystem entspricht noch immer durchweg den gesellschaftlichen und ideologischen Bedingungen des 19. Jahrhunderts. Erst der Ruf von der drohenden Bildungskatastrophe hat liberale und sozialdemokratische Politiker dazu in Bewegung gesetzt, das Schulsystem wenigstens den Bedingungen der Produktion in hochindustrialisierten Ländern anzupassen (technokratische Schulreform). Von einer wirklichen demokratischen, kritischen, in Selbstbestimmung der Lehrenden und Lernenden realisierten Schule kann dabei keine Rede sein.

Die Mitglieder des SLB

Woher stammt das Potential der — in Frankfurt — etwa 80 Aktiven plus 100 „Anhänger“ des SLB? Zum

größten Teil sind es Genossen, die seit Jahren schon in Organisationen der APO (SDS, Ostermarsch, VK) tätig waren. Bei Aktionen, Demonstrationen, Diskussionen hat man sich getroffen und den Widerspruch erkannt, der zwischen abweichend-politischer Freizeittätigkeit und der Anpassung und Untätigkeit am konkreten sozialen Ort des Berufes bestand. Die Aufgabe der Organisation der politischen Arbeit an der Basis des spezifischen sozialen Ortes wurde um so deutlicher bewußt, als die Frustrationen aus der Isolierung der „Straßendemonstrationen“ der Freizeitrevolutionäre sich häuften. Der viele Genossen belastende Gegensatz zwischen dem „linken Bewußtsein“ meist privater Zirkel und dem „rechten Sein“ angepaßter beruflicher Tätigkeit mußte somit zwangsläufig zu dem Versuch führen, speziell für den Berufsbereich eine politische Organisation zu schaffen.

Eine besondere Konzentration von SLB-Genossen auf einen bestimmten Schultyp ist nicht festzustellen. Etwa ein Drittel sind Gymnasiallehrer, ein Drittel Referendare und apl-Lehrer und ein Drittel Grund-, Haupt- und Realschullehrer. Das Durchschnittsalter liegt etwa bei dreißig Jahren. Die meisten Genossen arbeiten allein oder zu zweit und dritt weit verstreut über den Raum Frankfurt, lediglich an der Ernst-Reuter-Schule, Gesamtschule in der Nordweststadt, befindet sich eine größere Gruppe von SLB-Genossen.

Zur Organisation

In den ersten Monaten wurde die Büroarbeit — darunter vor allem sehr viele Anfragen von Kollegen

aus anderen Teilen der BRD — von Privatwohnungen aus erledigt. Die wöchentlichen Mitgliederversammlungen fanden in Jugendhäusern, Gaststätten oder Volkshochschulen statt. Mittlerweile hat der SLB ein eigenes Büro (Kleine Hochstraße 5, Frankfurt) und im selben Hause einen Raum zur Verfügung, in dem die regelmäßigen MVs abgehalten werden können. Ein Vorstand besteht nicht, wer aktiv arbeitet, bestimmt die Arbeit, Detailuntersuchungen, langfristige Planungen, Aktionen werden in verschiedenen Projektgruppen, die außerhalb der MVs zusammenkommen, vorbereitet und dann von allen Mitgliedern diskutiert und verabschiedet.

Drei Positionen der Kritik

1. Integriert Euch!

In der Gründungsphase haben viele linke Sozialdemokraten den SLB-Genossen den Rat gegeben, in dieser Situation eine „Spaltung“ der progressiven Lehrerschaft zu vermeiden und alle Aktivitäten auf die organisatorische Arbeit innerhalb der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) zu konzentrieren. Nun war aber schon allgemein der Charakter der GEW — vor allem auf Bezirksebene — als eine SMV der Lehrerschaft erkannt worden. Die in dieser, wie in anderen Gewerkschaften stattfindende Willensbildung von oben nach unten, die Aufblähung des organisatorischen und bürokratischen Apparates, der Verzicht auf jede Politisierung und Aufklärung der Mitgliedschaft durch Förderung der Kampfbereitschaft und deren Beschränkung auf ritualisierte Beschwörungen in Form von Bittschriften an die

Administration, hatten mittlerweile weitgehend die Möglichkeit verbaut, innerhalb dieser GEW als einzelne Mitglieder politisch wirksam werden zu können. Erst nachdem der SLB sich außerhalb konstituierte, Konkurrent für die GEW wurde, eigene Aktionen unternahm, kam auch die GEW selbst in Bewegung, und der Druck der SLB-Genossen, die gleichzeitig Mitglied der GEW sind, auf Hauptversammlung und Vorstand der GEW hat mittlerweile nicht nur den Rücktritt des Vorsitzenden erreicht, sondern auch mit zu dem Warnstreik von 500 Frankfurter Lehrern am 13. Februar 1969 geführt, der in der Geschichte der Lehrerschaft der BRD ohne Beispiel ist.

2. Versteckt Euch!

Andere linke Lehrer vertraten die Ansicht, es sei nicht opportun, den Lehrerbund „sozialistisch“ zu nennen, man stieße viele Kollegen zurück, man solle das, was intendiert sei, doch lieber vorsichtig mit „radikaldemokratisch“, „progressiv“ etc. umschreiben. Die Erfahrung hat mittlerweile diesen Einwand widerlegt. Wer nicht bereit ist, die Notwendigkeit einer Veränderung der bestehenden Gesellschaft an der Basis der Produktionsverhältnisse und der politischen Strukturen in seine Aktivitäten miteinzubeziehen, der ist auch nicht bereit, sich aktiv an qualitativen Veränderungsprozessen zu beteiligen. Es kommt also gar nicht so sehr auf die Attraktivität des SLB für unpolitische, vorurteilsvolle — von den reaktionären ganz zu schweigen — Kollegen an, sondern auf die Überzeugungskraft der Argumente und die Entschlossenheit, nicht nur von der notwendigen Veränderung allgemein zu reden, sondern sie konkret in Angriff zu nehmen.

3. Laßt Euch rausschmeißen!

Manche Genossen vom Aktionszentrum Unanhängiger Sozialistischer Schüler (AUSS) und vom SDS werfen dem SLB vor, er gehe noch nicht weit genug, ein sozialistischer Lehrer sei nur dann gut, wenn er vom Ministerium aus dem Dienst geworfen werden. Damit ist eine grundsätzliche Frage wohl aller „nachuniversitären“ sozialistischen Strategie angeschnitten. Die allgemeine Schwierigkeit, revolutionäre politische Praxis mit der Notwendigkeit des Überlebens (Geldverdienens) in einem bestimmten erlernten Beruf zu verbinden, stößt immer an diese Grenze, solange eine revolutionäre Situation nicht gegeben ist. Eine bestimmte Berufsrolle im kapitalistischen System übernehmen (die des Beamten hat dabei noch besonders delikate Beigaben) und gleichzeitig nicht auf politisch-verändernde Arbeit zu verzichten durch Rückzug auf private Freizeitpolitik, erfordert die Ausfächerung ganz bestimmter, niemals „reiner“ Aktions- und Arbeitsformen, die der objektiven Doppelsexistenz unter den bestehenden gesellschaftlichen Gewaltverhältnissen entsprechen. Weder die „Opferung“ einzelner, noch die Resignation aller können strategisch Erfolg haben,

Grundsatz- erklärung des SLB

Die objektive Funktion der öffentlichen Schule war und ist die Vermittlung von herrschenden Normen und der Informationen, die zur Ausübung der gesellschaftlich vorgeschriebenen Leistung notwendig sind. Bildung hat somit affirmativen Charakter: sie ist die Weitergabe der Interessen der Herrschenden durch das Instrument einer beamteten Lehrerschaft und einer verwalteten Schule an die folgende Generation. Dieser wird lediglich die Aufgabe zudiktiert, für die reibungslose Funktionalität des bestehenden Systems zu sorgen.

Selbst die Gesamtschule in ihrer praktizierten Konzeption verwirklicht lediglich die notwendig gewordene historische Anpassung des Bildungssystems an die gewandelten gesellschaftlichen und ökonomischen Bedingungen, indem sie das Dreiklassenbildungssystem des 19. Jahrhunderts transformiert in die Bedingungen der sogenannten mobilen, pluralistischen Leistungs- und Konsumgesellschaft.

Die öffentliche Schule ist also nach wie vor Spiegel der Gesellschaft, zu deren Reproduzierung sie beiträgt. Ihr Ziel ist nicht die Emanzipation von Zwängen und die Förderung kritischer Vernunft, die praktisch revolutionierend tätig werden kann, sondern sie dient fast ausschließlich der Produktion reibungslos funktionierender Konsumenten und Trägern von Berufsrollen. Sie produziert angepasste Mitglieder der kapitalistischen Ausbeutungsgesellschaft, in deren Fortbestand das Unmaß von Manipulation, Unterdrückung und Gewalt wie selbstverständlich eingeht.

Diesem Befund setzen wir den Begriff der kritischen Bildung entgegen. Sie ist die Vermittlung kritischer Reflexion des Bestehenden und der Praxis revolutionärer Veränderung.

Aus der Erkenntnis, daß eine Revolution der gesellschaftlichen Verhältnisse untrennbar verbunden ist mit einer Revolution im Bildungswesen, folgt:

- Die Schule der Zukunft muß eine politische Schule sein, die die zu Erziehenden dazu befähigt, die Produktionsverhältnisse zur Befreiung des Menschen von den Zwängen der Herrschaft und der Natur auszunutzen. Ziel der Bildung muß das ‚befreite Glück‘ des einzelnen sein, der sich nicht mehr länger als Objekt der dirigierenden Klasse verfügbar hält.
- Die Schule selbst muß dazu in ihrer Organisation modellartige Formen einer demokratischen Gesellschaft ver-

wirklichen. Sie muß aktiv in den politischen Prozeß der Gesellschaft eingreifen und deren autoritäre Strukturen zersetzen.

Um die Revolution des Bildungswesens in der BRD in Gang zu setzen, reicht systemimmanenter Widerspruch nicht aus. Der progressive Teil der Lehrerschaft muß sich deshalb sowohl aktiv am politischen Prozeß der Gesellschaft beteiligen als auch gemeinsam mit den antiautoritären Schüler- und Studentenorganisationen innerhalb der Schule konkrete Veränderungen erkämpfen. Der SLB setzt sich in diesem Zusammenhang folgende Nahziele:

- Revision des autoritären Beamten- und Disziplinarrechts; Verankerung des Streikrechts
- Herabsetzung der maximalen Klassenfrequenz auf 25 Schüler
- strikte Trennung von Schule und Kirche
- Trennung von pädagogischer und verwaltungstechnischer Funktion in der Schule
- Referendariat für Lehrer aller Schulformen
- Mitbestimmung der Lehrer- und Schülerschaft bei der Wahl der Schulleitungs- und Schulaufsichtsgremien
- Öffentlichkeit aller schulischen Entscheidungen; Aufhebung des Konferenzgeheimnisses
- qualifizierte Mitbestimmung der Schülerschaft bei allen Entscheidungen, die die Schule betreffen
- freie politische Betätigung von Schülern und Lehrern auch innerhalb der Schule
- Einführung einer allgemeinen 10klassigen Gesamtschule mit anschließender Studienstufe
- grundsätzliche Revision der Bildungspläne und Schulbücher — Mitbestimmung bei der Besetzung der Kommissionen
- Aufbau von Tagesheimschulen (5-Tage-Woche)
- Neuordnung der gewerblichen Berufsausbildung
- Abschaffung des bestehenden Leistungskontroll- und Prüfungssystems
- Neuordnung der Ausbildung aller Lehrer
- Studienurlaub zur Weiterbildung der Lehrer

Die Vermittlung einer kritischen Bildung, die zur Veränderung des bestehenden Systems und zur Herrschaft der Produzierenden über ihre Produkte beiträgt, ist Aufgabe eines jeden Erziehers. Sofern er diese nicht erkennt, macht er sich zum Werkzeug der jetzt dirigierenden Klasse, die die Ausdehnung ihrer Herrschaft und Profite mit Hilfe von Krieg, Hunger und Unterdrückung im Weltmaßstab betreibt.

Der SLB fordert alle Kolleginnen und Kollegen auf, in der Schule den Prozeß der Veränderung aktiv zu unterstützen und sich zusammenzuschließen.

nur die zähe, geschickte, solidarische Weiterarbeit in teils kleinen, teils großen Schritten.

Projekte und Aktionen des SLB

Im Rahmen der Grundsatzklärung hat der SLB keine langfristig festgelegte Prioritätenliste seiner Aktivitäten festgelegt. Ob das eine oder andere geschah, war teils von Tagesereignissen in der Schule oder innerhalb der APO abhängig, zum anderen Teil von der Bereitschaft einzelner Genossen, sich bestimmten Projekten besonders intensiv zu widmen. So hat der SLB am 11. Mai eine kollektive Teilnahme von etwa 50 Lehrern aus Frankfurt am Sternmarsch nach Bonn organisiert und dabei erstmalig einen Tagesstreik durchgeführt, der dann entsprechend mit Disziplinarmaßnahmen der Bürokratie bestraft wurde. Ein Flugblatt „Laßt Euch nicht länger religiös manipulieren, Verlaßt massenhaft den Religionsunterricht“, das die Projektgruppe „Trennung von Schule und Kirche“ des SLB produzierte, hat in Kirchen, Parteien und Schulen Hessens einige Unruhe gestiftet und u. a. zur zeitweisen Suspendierung eines Genossen geführt. Demonstrationen, öffentliche Diskussionen waren die begleitenden Aktionen.

Die intensive politische Agitation innerhalb der Mitgliederversammlungen der GEW führte schließlich zu dem oben erwähnten Streikbeschluß. Zusammenarbeit mit den Schülergruppen, den Studenten an der Erziehungswissenschaftlichen Abteilung der Universität und ständige Diskussion des eigenen Selbstverständnisses, der weiteren Strategie bildeten die Hauptthemen der Mitgliederversammlungen der letzten Monate. Schriftliche Analysen zur Frage der Schulstrafen, zur Verfassung einer Schule im Rätemodell, zur Frage der Gesamtschulen, zum Sexualkundeunterricht, zur Neuordnung der Lehrerbildung, zur Frage der Bewertung von Lernerfolgen wurden von einzelnen Projektgruppen erarbeitet.

Ein Kongreß linker Lehrer unter dem Titel „Schule und Erziehung im Spätkapitalismus“ ist in Vorbereitung.

All das genügt, daß die CDU-Abgeordnete Hanna Walz im Landtag am 29. 1. 1969 den SLB als „verfassungsfeindliche Gruppe“ bezeichnet und die CDU sich dafür stark macht, „die störenden Elemente in Hessens Schulen zur Raison zu bringen“.

modelle

Frank Stern

Sozialistische Politik

Mit dem Erscheinen der ersten Nummer der Sozialistischen POLITIK, Ende März, ist ein weiteres Stück Ordinarierherrschaft an der Freien Universität Berlin abgebaut und in einem Teilbereich dieser Gesellschaft eine sozialistische Alternative verwirklicht worden.

Bis zum Winter 1968 wurde vom Redaktionskollektiv der Sozialistischen POLITIK die Berliner Zeitschrift für Politologie redigiert. Diese Zeitschrift hatte sich bis zum Jahre 1967 von einem Hausmitteilungsblättchen des Otto-Suhr-Instituts zu einem sozialwissenschaftlichen Organ junger Politologen entwickelt. Das Redaktionskollektiv gab

im Laufe des Jahres 1968 der inhaltlichen Gestaltung, die vorher eindeutig neopositivistische Schwerpunkte hatte, eine neue Richtung, — die zur Auflagensteigerung und breiten Streuung in der BRD und Westberlin führte.

Die Redaktion hatte sich außerstande gesehen, Sprachrohr einer Wissenschaft zu sein, die ihre einzige Legitimation in der Erhaltung und marginalen Reform des bestehenden Herrschaftssystems in der BRD und Westberlin erblickte. Stärker als in den vergangenen Jahren mußte die Diskussion um sozialistische Praxis in Hochschule und Gesellschaft in der redaktionellen Arbeit zum Ausdruck kommen. Letztlich ergab dies, daß das Redaktionskollektiv sich nur als Vermittler einer Lehr- und Forschungstätigkeit begreifen konnte, die ihr Ziel in der radikalen Umwandlung der bestehenden Gesellschaft und der Entwicklung einer sozialistischen Alternative sieht.

Damit wurde die Konzeption eines pluralistischen, nach allen Seiten hin offenen, Blattes ganz klar durchbrochen. Die redaktionsinterne Entwicklung wollte und konnte aber nur Begleiterscheinung der allgemeinen hochschulpolitischen Entwicklung im Rahmen des Kristallisationsprozesses der Linken sein. Der Konflikt blieb nicht aus, da das Redaktionskollektiv beschloß, die Zeitschrift ohne Herausgeber — u. a. Gilbert Ziebura und Richard Löwenthal — erscheinen zu lassen, d. h. die irrationale Trennung von Herausgebern und Redaktion aufzuheben. Die ehemaligen Herausgeber drohten mit gerichtlicher Disziplinierung, die liberale Maske fiel.

Zwar konnten die ehemaligen Herausgeber nicht das Erscheinen einer eindeutigen sozialistischen Zeitschrift durch das Redaktionskollektiv verhindern, aber um langwierige juristische Auseinandersetzungen zu vermeiden, mußten beide Seiten auf den alten Namen verzichten.

Zur selben Zeit, da die sozialistischen Studenten am Otto-Suhr-Institut ihre eigene autonome Lehr- und Forschungsgruppe aufbauen, hat sich damit auch die Zeitschrift konstituiert, die als Organ kritisch sozialwissenschaftlicher Forschungstätigkeit und theoretisches Sprachrohr sozialistischer Praxis in Hochschule und Gesellschaft versucht, die Isolation der sozialistischen Lehre und Forschung an den Berliner Hochschulen aufzuheben. Die pseudo-harmonischen Modelle paritätischer Entscheidungsgremien und eines pluralistischen Eklektizismus sind damit wieder einmal ad absurdum geführt worden. Die notwendige Unabhängigkeit und strukturelle Konsolidierung sozialistischer Organisationen haben sich damit von neuem bestätigt.

Andreas Buro

Kampagne und was weiter?

Was wird, so fragen viele, aus der Kampagne für Demokratie und Abrüstung, aus der „Ostermarschbewegung“?

Bald nach dem ersten Ostermarsch 1960 wurde klar, daß viele Gruppen von ihren spezifischen Ausgangspunkten her Friedenssicherung als übergreifendes Problem verstanden und bereit waren, dafür, unter Hintanstellung ihrer unterschiedlichen Motivierungen, gemeinsam in einer Sammelbewegung wie der Kampagne aufzutreten. Das Ergebnis dieser Bereitschaft war eine zunehmende Breite in der Zusammensetzung der Kampagne und eine Ausdehnung der Thematik von den Fragen der Friedenssicherung bis zum Kampf gegen den Abbau demokratischer Bestandteile der Verfassung.

Das Charakteristische der Kampagne bestand darin, daß sie die vielen Stimmen der an ihr beteiligten Gruppierungen in dem Bereich ihrer Thematik zu einer Stimme vereinte, daß sie als selbständige Bewegung ihre Aussage neu formulierte. Die Kampagne war in ihrer politischen Aussage nicht das bloße Spiegelbild eines Kompromisses der sie unterstützenden Organisationen, sondern eine selbständige Stimme. Ihr Programm war nicht der kleinste gemeinsame Nenner, auf den sich Organisationen einigen konnten, sondern das Kampagne-Programm prägte vielmehr häufig das politische Verständnis der sie unterstützenden Verbände. Daß sie trotzdem ihre Politik nur schrittweise entwickelte und nicht sprunghaft vorprellte, widerspricht dem nicht, sondern entspricht dem Ziel eines auf möglichst breiter Basis verlaufenden Lehrvorgangs.

Nun beschränken sich Sammelbewegungen thematisch zumeist auf einen engen Bereich, denn mit Ausweitung der Thematik sinkt unter Umständen das Ausmaß der Übereinstimmung zwischen ihren Trägergruppierungen. Es ist deshalb nicht verwunderlich, daß die Sammelbewegungen, die in den fünfziger und sechziger Jahren in den westlichen Staaten entstanden, meistens Ein-Punkt-Bewegungen waren. Sie alle litten an dem inneren Widerspruch, einerseits die Einheit der Sammelbewegung erhalten zu müssen, um aktionsfähig zu bleiben, andererseits aber ihre politische

Aussage erweitern und vertiefen zu wollen, um politisch vorn zu bleiben und Mitarbeit zu erhalten. Beides aber war schwer miteinander vereinbar. Bedeutete Erhaltung der Einheit die politische Aussage auf dem kleinsten gemeinsamen Nenner? Dann mußte eine Sammelbewegung schnell politisch steril und unattraktiv werden. Die Bewegungen, die diesen Weg einschlugen, schrumpften denn auch tatsächlich zusammen, die Mitarbeiter wandten sich politisch interessanteren Aktivisten zu. Die zweite Alternative, die thematische Vertiefung und Ausweitung der politischen Aussage, traf hingegen auf die Grenzen der Übereinstimmung der einzelnen Gruppierungen in der Sammlung und setzte zentrifugale Kräfte frei.

Der hier skizzierte innere Widerspruch von Sammelbewegungen dürfte die tiefere Ursache dafür sein, daß heute in fast allen westlichen Ländern die Kampagnen für Abrüstung de facto nicht mehr existieren. Selbst die große britische Campaign for Nuclear Disarmament ist heute nur noch ein bürokratischer Schatten und wäre ohne den Vietnam-Krieg wahrscheinlich überhaupt nicht mehr vorhanden. Es ist offensichtlich, daß der skizzierte innere Widerspruch nur in einer bestimmten historischen Situation ertragen werden kann. Diese ist dadurch gekennzeichnet, daß in ihr bereits die einfachen, wenig differenzierten Aussagen zu einem politischen Thema brisant genug wirken, um politisch wirksam zu sein. Die Forderung nach Abrüstung und Verständigung mit dem Osten in einer Hochzeit des Wettrüstens und des Anti-Kommunismus vermochte dies zu leisten. In dieser Situation wurden zunächst die Sammelbewegungen vom Typ Kampagne in fast allen Teilen der westlichen Welt effektiv. Ist diese Situation jedoch nicht mehr gegeben — wenn auch die erhobenen Forderungen keineswegs erfüllt sind — und treten sogar noch Veränderungen in der weltpolitischen Konstellation auf, die zu Differenzen der an der Sammlung beteiligten Gruppen über das eigentliche Thema der Kampagne führen, wie es seit der Okkupation der CSSR und der dadurch erneuerten Großmacht-Blockpolitik der Fall ist, so wirken sich die inneren Widersprüche der Sammlung schnell und verstärkt in Richtung auf ein Auseinanderstreben der Sammlung aus.

Die Kampagne für Demokratie und Abrüstung in der BRD hat sich lange Zeit bemüht, die aufgezeigten inneren Widersprüche zu überbrücken, indem sie die politische Thematik in der Hoffnung auf einen gemeinsamen Lern- und Annäherungsprozeß allmählich vertiefte und erweiterte. Doch dies erwies sich

STUDIEN VON ZEITFRAGEN-LINKS

ein Informations- und Dokumentationsdienst zur neuen Linken in der BRD und in Westeuropa

STUDIEN VON ZEITFRAGEN-NONKONFORM

ein Informations- und Dokumentationsdienst über außerparlamentarische Oppositionsgruppen

Herausgeber: N. J. Ryschkowsky

Beide Dienste erscheinen mit 15 Heften pro Jahr.

Probestummern und Bezugsbedingungen gegen Voreinsendung von DM 1,— (in Briefmarken) bei:

Studien von Zeitfragen, 6 Frankfurt/M. 70, Postf. 700 925

Rotbücher

- | | |
|---|--|
| 2. Paul A. Baran/Erich Fried/Gaston Salvatore: Intellektuelle und Sozialismus. 128 Seiten. DM 4,50 | 9. Ernesto Che Guevara: Guerilla - Theorie und Methode. 160 Seiten. DM 5,50 |
| 3. Aimé Césaire: Über den Kolonialismus. 80 S. DM 3,50 | 10. Wilfried Gottschalk: Parlamentarismus und Räte-demokratie. Mit einem Lesebuch. 128 Seiten. DM 4,50 |
| 5. Mao Tse-tung: Über Praxis und Widerspruch. 96 Seiten. DM 3,50 | Abonnieren Sie die Rotbücher in Ihrer Buchhandlung. Sie erhalten sie dann sofort nach Erscheinen für DM 1,— billiger. Der Verlag schickt gern den Almanach kostenlos: Berlin 31, Jenaer Straße 6 |
| 7. Wolfgang Dreßen: Antiautoritäres Lager und Anarchismus. Mit einem Lesebuch. 160 Seiten. DM 5,50 | Wagenbach |

schließlich doch als ein Spiel um Zeit. Die Politik Bonns gab der Kampagne immer wieder allen Anlaß zu gemeinsamen Aktionen. Doch auch hier wurde der oben skizzierte Widerspruch spätestens seit den Oster-Aktionen 1968 wirksam. Die ständige politische Kontroverse mit den herrschenden Kräften in der Bundesrepublik mußte das Bedürfnis nach vertiefter Einsicht und dieser Einsicht entsprechender Handlungsweise verstärken. Die Analysen der einzelnen, die Kampagne tragenden Gruppierungen fielen jedoch, wie nicht anders zu erwarten, sehr unterschiedlich aus.

Viele Aktivitäten verließen deshalb den ursprünglich gemeinsamen Boden der Arbeit durch die Kampagne.

Die Studentenbewegung einerseits drängte zu militanten Aktionen und teilweise auf eine Strategie der „Konfrontation“ mit der Staatsmacht; die KP andererseits bemühte sich um die Schaffung einer parlamentarischen Alternative. Zu diesen zentrifugalen Tendenzen kam, daß die Besetzung der CSSR auch die Gemeinsamkeit in Sachen Europapolitik weitgehend zerstörte.

So sind denn jetzt auch in der Bundesrepublik die wichtigsten Voraussetzungen für eine Sammelbewegung vom Typ der Kampagne in Frage gestellt. Infolgedessen steht die Kampagne für Demokratie und Abrüstung seit einem Jahr im Zeichen wachsender Schwäche. Sie kann die auseinanderstrebenden Kräfte nicht mehr zusammenhalten. Antiautoritäre Studenten und DKP, kritische Christen und unabhängige Sozialisten suchen heute ihr Schwergewicht in eigenen Aktionen. Sie treffen sich bei den Veranstaltungen der Kampagne oft nur noch zum öffentlichen Duell. Wo noch Interesse an der Kampagne bekundet wird, entspringt dies vielfach am ehesten dem Wunsch, Isolierung zu vermeiden. Eine Politik des kleinsten gemeinsamen Nenners, angesichts dessen würde aber die politische Aussage der Kampagne durch Ausklammern kontroverser Themen verzerren und unzusammenhängend und unglaublich werden lassen; kurz, sie würde den Schrumpfungsprozeß der Kampagne nur beschleunigen.

Man wird deshalb fragen müssen, ob die historische Situation, in der die bisherige Arbeitsform der Kampagne mit Erfolg anwendbar war, sich nicht ihrem Ende zuneigt; ob es nicht neuer Formen bedarf, um die unter den gegenwärtigen Voraussetzungen mögliche und zweifellos notwendige Zusammenarbeit im linken außerparlamentarischen Feld zu bewirken. Die Lösung dieses Problems, so scheint mir, könnte in punktueller Zusammenarbeit der einzelnen Gruppierungen und Organisationen liegen. Die Institutionalisierung ihrer politischen Diskussion und der Möglichkeit, von Fall zu Fall zwischen allen interessierten Gruppierungen und Organisationen eine Zusammenarbeit in konkreten politischen Fragen oder Aktionen zu vereinbaren, könnte aus dem jetzigen Dilemma der Kooperation herausführen. Die



Selbständigkeit der Gruppierungen und Organisationen würde hierdurch nicht berührt, eine Majorisierung ausgeschlossen. An die Stelle der einen Stimme der Sammelbewegung würden zwar die vielen Stimmen treten, die sich aber von Fall zu Fall, wenn Übereinstimmung in Aussage und Aktion erzielt werden kann, zum Chor vereinigen, ohne jedoch an ihn ständig gebunden zu sein. Daß dieser Chor in wichtigen politischen Einzelfragen unter Umständen größer würde als das heute von der Kampagne erreichte Potential, wäre ein wichtiges Ziel neuer Formen der Zusammenarbeit außerparlamentarischer Opposition.

An bestimmten Konzeptionen, die bisher die Arbeit der Ostermarschbewegung bestimmt und diese Bewegung aus vielen anderen Versuchen der Vergangenheit positiv herausgehoben haben, wäre freilich festzuhalten: so vor allem an der Einsicht, daß oppositionelle Aktionen nicht der Bestätigung scheinbarer oder echter eigener Radikalität, sondern der Ausweitung oppositionellen Bewußtseins und oppositionellen Engagements zu dienen haben. Oppositionelle werden sich in der Aktion weiterhin auf zwei vielbelastete Verhaltensweisen einrichten müssen: auf Frustrationen und auf Kompromisse.

Beilagenhinweis: Dieser Ausgabe ist im Posteinzelversand ein Prospekt der Europäischen Verlagsanstalt GmbH, 6 Frankfurt 70, Metzlerstraße 25, beigelegt, sowie entweder der „Prospekt 69“ des Jugenddienst-Verlag oder der Prospekt „Das Programm 1968“ des Peter Hammer Verlag, beide Wuppertal.

NEUE POLITIK

Unabhängige Wochenzeitschrift

Herausgeber: Wolf Schenke

- Informationen, die Sie in der Tagespresse nicht finden
- Berichte und Analysen
- Kritische Kommentare
- Konturen einer neuen Gesellschaft

Bezugspreis monatlich DM 4,-
für Studenten und Schüler: DM 2,50

Bestellen Sie einen Monat kostenlosen Probebezug beim

Verlag Neue Politik
2 Hamburg 20, Geschwister-Scholl-Str. 142

SOZIALISTISCHE

Theoretisches Sprachrohr sozialistischer Praxis in Hochschule und Gesellschaft
veröffentlicht Beiträge zur

Politischen Ökonomie
Rätediskussion
sozialistischen Strategie
kolonialen Revolution

Heft 1/69 erscheint Ende März 1969 und bringt u. a.:

- | | |
|--------------------|---|
| Rabehl: | Rätedemokratie II
(Teil I in Berliner Zeitschrift für POLITOLOGIE 4/68) |
| Flechtheim: | Zukunft der Politik - Politik der Zukunft I |
| Müller: | Arbeitswerttheorie bei Habermas |
| Hobsbawm: | Imperialismusdebatte |

Von der bis 1968 herausgegebenen Berliner Zeitschrift für POLITOLOGIE sind noch Exemplare des Jahrganges 1968 vorhanden.

Einzelheft: DM 3,-
Jahresabonnement: DM 12,- (Studenten DM 8,-)

Organ kritischer Sozialwissenschaft
Herausgegeben am Otto-Suhr-Institut
1 Berlin 33, Ihnestraße 21, 7690 2341

POLITIK

Fortsetzung von: Europa der Militärs und Monopole

TITELSEITE

anderen beteiligten Staaten unter dem Anschein verteidigungspolitischer Erfordernisse dem politischen und ökonomischen Interesse der eigenen Herrschaftsgruppen unterwirft. Nicht von ungefähr kam die Erregung über Heinemanns vorsichtigen Hinweis auf die Fragwürdigkeit der Militärblocke. Wer die NATO zugunsten eines gesamteuropäischen Sicherheitssystems in Frage stellt, der rüttelt in der Tat an einem Grundpfeiler auch der gesellschaftlichen Machtverhältnisse in der Bundesrepublik. Die Politik, wie man sie jetzt in Bonn anzieht, ist einerseits Teil einer gesamteuropäischen Reaktion auf die Verunsicherung der Herrschaftssysteme, andererseits der Versuch, diese Verunsicherung zugunsten eines spezifischen Führungsanspruchs der Bundesrepublik auszunutzen.

Überall in Europa, wenn auch in unterschiedlichen, zum Teil noch unklaren und widersprüchlichen Ausdrucksformen, zeigt sich eine fundamentale Krise, kommt eine neue Bewegung für Demokratisierung in Gang. Die „Ordnungsmächte“ verschärfen demgegenüber ihre Mittel zur Machterhaltung. Im „westlichen“ Teil Europas zeugen die Militärdiktatur in Griechenland und der Ausnahmezustand in Spanien von dem Versuch, die fundamentale Opposition im Keim zu ersticken. In Frankreich und in Italien ist die Opposition stark genug, um ähnliche „Lösungen“ zu verhindern. In der Bundesrepublik hingegen rechnet die Reaktion mit keiner ernstzunehmenden Gegenkraft. Franz Josef Strauß hat in dem eingangs zitierten Interview erklärt: „Frankreich ist ökonomisch und sozial schwer geprüft, weit mehr, als man jetzt schon sehen kann. Im Ergebnis bleibt nur Deutschland übrig.“ Gemeint ist: Nur die Bundesrepublik sei derzeit in der Lage, den Ausschlag für den Sieg der reaktionären Kräfte in Westeuropa zu geben und dabei zugleich Hegemonieansprüche durchzusetzen, und zwar deshalb, weil nur in der Bundesrepublik die Linke zu schwach ist, um solche Absichten zu durchkreuzen.

Ist man sich in der westdeutschen Linken selbst über diese Zusammenhänge im klaren? Der Zusammenhang zwischen der konkreten Auseinandersetzung um aktuelle politische Fragen und weitgreifenden politischen Gegenbildern scheint zur Zeit in der Opposition hierzulande vielerorts auseinanderzureißen. Der Begriff der Opposition wird vielfach (und in je unterschiedlicher Auslegung) in eine „Reinheit“ hineingesteigert, die diesem Begriff leicht jede Körperlichkeit, d. h. der Oppositionsbewegung die Realität nehmen kann. Wird sich die westdeutsche Linke ins Ghetto der Sekten abdrängen lassen? Die Machthaber scheinen sich dessen sicher zu sein.

links

Sozialistische Zeitung **ANALYSE · DISKUSSION · AKTION**

Herausgeber und Redaktionskreis: Arbeitsgruppe Sozialistisches Büro — Frank von Auer, Christel Beilmann (presserechtlich verantwortlich), Hans-Jürgen Benedict, Heinz Brakemeier, Hermann Bramerts, Gerhard Brandt, Andreas Buro, Frank Deppe, Wilfried Gottschalch, Heiner Halberstadt, Heinrich Hannover, Holger Heide, Joachim Kahl, Arno Klönne, Heinz Kopp, Willi Michel, Wolf Dieter Narr, Gert Schäfer, Ursula Schmiederer, Tom Schroeder, Martin Stankowski, Wolfgang Streck, Herbert Stubenrauch, Klaus Vack, Egon Wolfertz · Korrespondenten: Berlin — Peter van Spall, München — Helmut Maringer · Herausgeberadresse: Arbeitsgruppe Sozialistisches Büro, 605 Offenbach 4, Postfach 525; Postscheck Frankfurt Nr. 295 680; Girokonto Nr. 741 326 bei Bank für Gemeinwirtschaft, Offenbach · Redaktionsadresse: Redaktion „LINKS“, 463 Bochum, Kettelerstr. 14, Telefon 0 23 21 — 3 52 10 · Vertrieb und Bestellung: Verlag 2000 GmbH, 605 Offenbach 4, Postfach 525; Postscheck Frankfurt Nr. 61041; Girokonto Nr. 741 269 bei Bank für Gemeinwirtschaft, Offenbach. Bezugspreis jährlich DM 15,— (einschließlich Porto), einzuzahlen an Verlag 2000 GmbH; Einzelexemplar DM 1,20. Erscheinungsweise monatlich. (Die Nummer 1 erscheint im Juni 1969; Bezugspreis für 1969 DM 7,50) · Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung der Redaktion. Mit Namen gezeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Herausgeber wieder. Für Überschriften und Zwischentitel ist die Redaktion verantwortlich. · Druck: Schürmann & Klages, 463 Bochum.

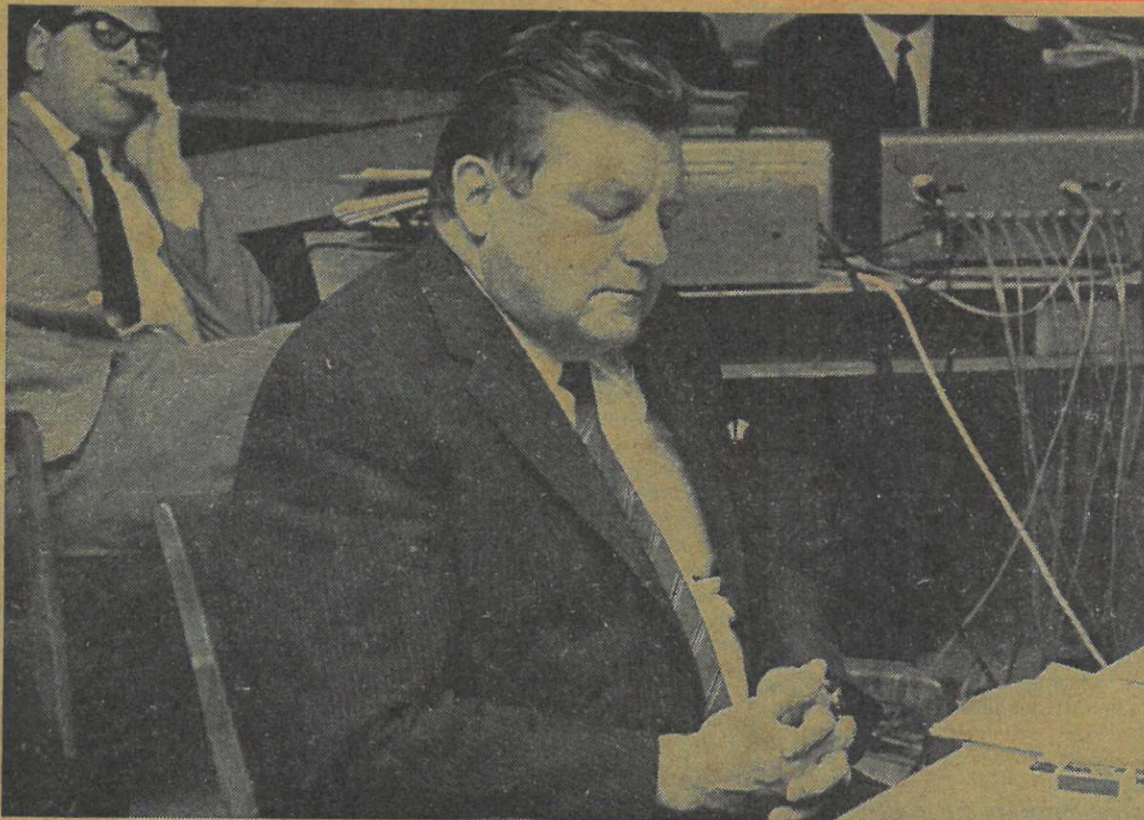


Foto: dpa

Er hat gut geschlafen. Die Linke ist schwach — und er weiß es. Also: Macht die Linke stärker! Eine Möglichkeit: Man kann linker Theorie und Praxis voranhelfen, indem man die linke Presse verbreitet. Dazu wiederum eine Möglichkeit: Man kann etwas für „links“ tun. „links“ braucht Abonnenten, Werber, Verkäufer. „links“ soll praxisnah werden und mehr über Aktionen usw. berichten. Dafür brauchen wir weitere Mitarbeiter und Korrespondenten.

Bestellschein

(bitte gut leserlich schreiben)

An den Verlag 2000 GmbH, 605 Offenbach 4, Postfach 525

Ich bestelle Exemplar(e)

„links“ sozialistische Zeitung

(Bezugspreis jährlich DM 15,—, einschließlich Porto. Die Nummer 1 erscheint im Juni 1969. Bezugspreis für 1969 DM 7,50, einzuzahlen an Verlag 2000 GmbH, 605 Offenbach, Postscheck Ffm. Nr. 61 041, Girokonto Nr. 741 269 bei Bank für Gemeinwirtschaft, Offenbach. Das Abonnement kann jeweils bis zum 30. November zum Jahresschluß gekündigt werden.)

Vor- und Zuname:

Postleitzahl und Wohnort:

Straße:

Datum:

Unterschrift